

Protokoll des 72. Studierendenparlaments

Zweite Sitzung am 7. August 2024

Korrekturfassung vom 7. Mai 2025

Redeleitung:	Lena Kertzscher, Marten Schulz
Protokollführung:	Alexander Hermesmeier, Wiebke Gütschow
Beginn:	17:15 Uhr
Ende:	01:30 Uhr

Im folgenden Protokoll gilt: Abstimmungsergebnisse werden in der Form (Ja/Nein/Enthaltung) angegeben, wobei M für eine Mehrheit steht und Rest eine weitere nicht ausgezählte und für das Ergebnis unerhebliche Anzahl an Stimmen darstellt. Bei geheimen Wahlen wird zusätzlich, soweit vorhanden, die Anzahl der ungültigen Stimmen angegeben. Die benutzten Abkürzungen sind in Anlage 1 „Begriffserklärung“ erläutert.

Im Verlauf der Sitzung nahmen ihr Stimmrecht wahr:

GHG	Annika Richter, Femke Pfaue (bis 18:25, ab 21:03 bis 0:34), Florian Winkler (ab 18:45 bis 0:55), Hannah Neubauer, Lara Wöhr, Maike Herrmann, Marco Leonhardt (bis 01:12), Sabri Gaaia (bis 22:24), Simon Roß, Isabelle Zehetner (bis 21:50), Alexander Kaltenbacher (ab 19:03 bis 21:03), Fynn Hangarter (ab 17:49), Marc Haberland, Maximilian Reicherseder (bis 0:55), Michael Dappen, Peter Wodrich, Valentin Voigtland
AlFa	Ira Lenau (ab 19:33), Aaron Dötsch, Andreas Mimberg (ab 22:14), David Hall, Jana Zühlke, Joshua Derbitz (bis 19:33), Justus Schwarzott, Max Tröger, Till Wenzel (bis 22:14), Wiebke Gütschow
RCDS	Ben Schrömgies (bis 19:45, ab 22:02 bis 23:18), Moritz Henkes
LHG Aachen	Karl Kühne (ab 23:31 bis 01:11), Liam Gagelmann, Moritz von Kempis
Die Linke.SDS	Carlos Forero Sandoval, Yaren Can, Heiko Hilgers (bis 19:54, ab 0:47), Lorenzo Cirillo (ab 19:54 bis 0:33), Malena Moog (bis 23:26), Tuna Akyol
Juso-HSG	Julius Kröger, Elis Özkan (bis 22:41), Aras Osso (ab 01:07), Baran Yenen (ab 22:16 bis 01:06), Simeon Ricking (ab 22:42), Zehra Ganidagli (bis 22:16)
Volt	Fritz Stracke (bis 22:07), Karl Hammer (bis 01:13), Noëmi Preisler (bis 23:43)
Die LISTE	Xenia Lehmann
FUNK	Mehmet Alagül (bis 01:10), Cansin Türken (bis 01:17)

Stimmrecht nicht wahrgenommen:

GHG	Lina Wiebesiek, Maren Jäger, Nikoleta Demetriou, Toyin Thomas
AlFa	Destina Kolac, Jasmine Morawietz, Maike Schäfer, Marc Gschlössl, Mika Lagendijk, Orpha Fiedler, Vivien Kutz
RCDS	Marie Petelkau
LHG Aachen	Isabelle Bach
Die Linke.SDS	Dominik Mazgaj, Kira Könning
Juso-HSG	Zekiye Kazan
Volt	Jan Schmitz
Die LISTE	–
FUNK	–

Zusammenfassung der Sitzung:

- Alexander Hermesmeier wurde mit (33/0/3) zum Schriftführer des 72. Studierendenparlamentes gewählt. (TOP 2)
- Die Tagesordnung wurde mit (M/0/2) angenommen und ist in dem Protokoll widergespiegelt (TOP 3)
- Der Antrag SP72-A009 (Mehr PL stellen für die AV) wurde mit (M/0/6) angenommen. (TOP 3.1)
- Der Antrag SP772-A023 ist mit (36/0/0) angenommen (TOP 4)
- Der Antrag wird mit (37/0/0) angenommen (TOP 6)
- Der Antrag SP71-A056 wurde mit (38/0/0) angenommen. (TOP 7)
- Der Antrag SP72-A004 „Antrag zur Änderung der Vertretungsregelung Finanzreferent*in“ wird mit (22/13/0) abgelehnt. (TOP 8)
- Der Antrag aus der Debatte „Beschlussvorlage Semesteranfangsparty“ ist mit (M/R/R) angenommen. (TOP 9)
- Der Antrag SP72-A016 wurde mit (25/4/1) angenommen. (TOP 12.0.1)

- Die Sitzung ist mit 21 Personen nicht mehr Beschlussfähig und wird daher geschlossen. (TOP 12.1)

Tagesordnung

TOP 1	Mitteilungen des Präsidiums	2
TOP 2	Wahl von bis zu zwei Schriftführer*innen des 72. Studierendenparlaments	2
TOP 3	Genehmigung der Tagesordnung	2
TOP 3.1	Antrag auf mehr PI-Stellen für die AV (Antrag SP72-A009)	3
TOP 4	Änderung der Finanzordnung (Ae der AV) (Antrag SP72-A023)	4
TOP 5	Vorstand Hochschulradio Aachen e. V.	4
TOP 6	Änderung der FSZOO (Antrag SP72-A013)	5
TOP 7	Änderung der Satzung (Einführung der Möglichkeit einer Geschäftsordnung für das Gleichstellungsprojekt) (Antrag SP71-A054)	5
TOP 8	Antrag zur Änderung der Vertretungsregelung Finanzreferent*in (Antrag SP72-A004)	5
TOP 9	Bericht: Vorsitz	8
TOP 10	Änderung der Finanzordnung (Anpassung der Aes) (Antrag SP72-A022)	21
TOP 11	Anträge zum Israel-Palästina Konflikt	29
TOP 11.1	Beschlussaufhebung SP71-E106 (Antrag SP72-A015)	29
TOP 11.2	Konkurrierende Anträge	33
TOP 11.2.1	Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments der RWTH Aachen zum Israel-Palästina-Konflikt (Antrag SP72-A016)	33
TOP 12	Bericht: Referat für Soziales	36
TOP 12.0.1	Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments der RWTH Aachen zum Israel-Palästina-Konflikt (Antrag SP72-A016)	38
TOP 12.1	Forderung nach Unterstützung zum Schutz der Meinungsfreiheit (Antrag SP72-A017)	44

TOP 1 Mitteilungen des Präsidiums

17:18 Uhr

- Lena Kertzsch er eröffnet die Sitzung um 17:18 und erinnert an die Brandschutz-Auflagen: Gänge sind freizuhalten und Jacken an den Garderoben draußen aufzuhängen. Taschen dürfen nicht in den Fluchtwegen aufbewahrt werden. Die Fensterbänke dürfen nicht zum Sitzen verwendet werden. Auf den Tischen dürfen keine offenen Getränke stehen. Flaschen sind immer zu verschließen. Alle Änderungsanträge wurden in Open Slides eingefügt sollte jemand Änderungsanträge vorgebracht haben welche nicht in Open Slides zu finden sind bitte dem Präsidium melden. Jos Steverding ist als stellvertretendes Mitglied des Studierendenparlamentes und als Referent für Lehre und Hochschulkommunikation zurückgetreten.
- Alle gefundenen Änderungsanträge wurden in Opneslides eingearbeitet. Mehr Änderungsanträge liegen uns nicht vor.

TOP 2 Wahl von bis zu zwei Schriftführer*innen des 72. Studierendenparlaments

- Alexander Hermesmeier wird von Lena Kertzsch vorgeschlagen. Er würde die Wahl annehmen.
- Alexander stellt sich vor: Ich bin Alexander. Ich studiere Chemie. Ich bin jetzt gerade mit meinem Bachelor darin fertig geworden und werde zum Wintersemester in den Master starten. Ich bin auch aktiv im Fachschaftskollektiv der Chemie tätig. Da war ich jetzt die letzten drei Jahre Finanzer und kümmer mich jetzt ein bisschen mehr um die nur Geschäftsführungssachen. Jetzt würde ich mich gerne hier ein wenig engagieren und dafür als Schriftführer kandidieren für das StuPa.
- Lena K.: Gibt es Fragen an Alex?
- Das ist nicht der Fall. Dann würde ich jetzt einmal darüber abstimmen. Es wurde geheime Wahl gefordert.
- Alexander Hermesmeier wurde mit (33/0/3) zum Schriftführer des 72. Studierendenparlamentes gewählt.**

TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung

17:28 Uhr

- Der Sitzungsausschuss hat eine Tagesordnung vorgeschlagen. Diese ist hochgeladen und in openslides einsehbar.
- Heiko Hilgers: Ich wollte mal kurz fragen, ob alle Antragstellerinnen, die zum Beispiel nicht Mitglied im Studierendenparlament sind, informiert worden sind, dass heute die Sitzung stattfindet.

Marten Schulz: Die Sitzungen sind öffentlich eingeladen worden, so wie es die Ladungsfrist in der Satzung und der Geschäftsordnung ist bedingt.

Heiko: Okay, nur vielleicht als Bitte, dass beim nächsten Mal nochmal drüber geschaut wird, dass die vielleicht nochmal eine Einladung bekommen.

Julius Kröger: Ich würde die beiden AV-Anträge nach vorne vorziehen, direkt danach oder gleich behandeln, da die Personen extern sind und die mich gebeten haben, das nach vorne zu ziehen. Das wäre einmal der SP72-A009, Geld für die AV und SP72-A023.

David Hall: Frage an dich Julius, sind das Bitten von dir als Privatperson oder von der Juso-Hochschulgruppe? Weil wir hatten ja gestern Sitzungsausschuss, wo die Juso-Hochschulgruppe auch anwesend war und die hat ja auch mit für diese Tagesordnung oder diesen Vorschlag gestimmt.

Julius K.: Ich wurde von Personen der AV gebeten, das zu stellen, dass die jetzt direkt angenommen werden sollen und ich führe das gerne aus, weil das sind teilweise auch externe Personen.

Justus Schwarzott: Um welche Anträge geht es?

Julius K.: Habe ich gerade gesagt, A23 und A009.

Justus: Genau, das wäre mir auch lieb, wenn ich aussprechen könnte und ich möchte zudem mitgeben, dass diese Erkenntnisse, dass die AV als extern gesehen werden könnte, jetzt auch keine Erkenntnis ist, die zwischen dem Sitzungsausschuss und jetzt stattgefunden haben sollte. Danke.

Lena Kertzscher: Wir stimmen jetzt einmal über die Änderung von Julius ab. Den Vorzug der AV-Anträge, das ist Top 8, auf jetzt.

Julius K.: Die Tagesordnungsanträge werden automatisch so übernommen und dann wird, wenn die bald nicht wieder zurückgeändert werden, werden die so übernommen.

Liam Gagelmann: Das heißt, ich kann jetzt einfach einen Antrag stellen, den zurückzunehmen und der ist dann automatisch auch übernommen und dann machen wir das so lange bis... Julius K.: Ja, theoretisch geht das so.

Marten: Ich schaue mal kurz nach. Ich bin der Meinung, dass es nicht so ist. (...) Ich zitiere. Zuerst werden Anträge über Hinzufügung und Streichung von Tagesordnungspunkten, anschließend Änderungswünsche zur Reihenfolge abgestimmt. Damit stimmen wir jetzt darüber ab.

Marten: Damit ist die Änderung mit (18/7/11) angenommen. Gibt es weitere Änderungswünsche? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit stimmen wir jetzt über die endgültige Tagesordnung ab. Wer ist für die Tagesordnung in der jetzigen Form? Das ist offensichtlich die Mehrheit. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Das sind zwei. Damit ist die mit (M/0/2) angenommen.

Die Tagesordnung wurde mit (M/0/2) angenommen und ist in dem Protokoll widergespiegelt

TOP 3.1 Antrag auf mehr PL-Stellen für die AV (Antrag SP72-A009)

17:34 Uhr

Der Antrag ist unter Anlage 2 zu finden.

Marten Ja, es wäre auch schön, wenn Änderungen mit der Tagesordnung mit Antragstellern abgesprochen würden. Aber ja. Dann stelle ich den Antrag vor. Der Antrag ist aus einem Denkfehler entstanden, da ich zu dem Zeitpunkt dachte, dass die Änderung des Haushaltsplans nur eine Stunde Zeit in Anspruch nehmen darf. Daher dachte ich, dass es sinnvoll ist, darüber im Vorfeld zu sprechen, bevor man mit dem Haushaltsplan spricht, damit man im Haushaltsplan einigermaßen gut durchkommt, ohne Änderungs- und Diskussionsbedarf.

Joshua Derbitz: Ich verstehe den Sinn des Antrags nicht, weil ich möchte mich als Parlament ja nicht für zukünftige Anträge festlegen. Der Haushaltsplan sollte unter dem Topf Haushaltsplan besprochen werden und nicht hier vor. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir das Ganze beim Haushaltsplan besprechen, wo wir das auch ganzheitlich betrachten. Es geht ja bei einer finanziellen Planung immer um eine ganzheitliche Betrachtung. Das Geld muss ja auch irgendwo herkommen. Das Ganze kann man also nicht getrennt voneinander betrachten. Ich würde deswegen vorschlagen, dass wir das nachher machen, wenn wir über den Haushaltsplan sprechen, und nicht hier in einem Topf, der das zukünftige Parlament irgendwie binden soll. Was ich auch generell schwierig finde, weil wir damit natürlich das Parlament in der Zukunft mit seinen Rechten beschneiden.

Marten: Wie gesagt, der Gedanke dahinter war, dass wir erst mal die ganzen Themen einzeln betrachten, damit wir nachher sinnvoll strukturiert den Haushaltsplan in Gänge durchdebattieren können und danach zurückgreifen können auf die Ergebnisse dieser Debatte, die wir hier geführt haben, und nicht, dass wir im Haushaltsplan erst mal alle zehn Debatten gleichzeitig führen, nacheinander kreuz und quer. Weil, wie ich das Parlament kenne, wird das so passieren.

Joshua: Dafür haben wir einen Haushaltsausschuss, der hätte ja sowas vorbereiten können.

Simon Roß: Ich finde die PL-Stellen sehr sinnvoll, weil die AV sehr viel macht. Und ich denke, das hat sich in den letzten Jahren auch sehr gesteigert. Und deswegen ist das auf jeden Fall gerechtfertigt.

Michael Dappen: Es wurde gerade eben schon von der AV eine Begründung für die Anträge gegeben, für die Erhöhung. Gibt es irgendwelche zusätzlichen Aufgaben, die die AV machen will? Oder ist das eine Sache von den Leuten, die bisher an der AV sind, besser vergüten?

Lena K.: Michel, ich würde dich bitten, auf deinen Ton zu achten.

Lal Sonel: Wir haben vor, schon neue Projekte zu machen. Also wir haben zum Beispiel vor, wieder Deutschkursen anzufangen. Und auch zusätzlich, wie zum Beispiel diese Seminare mit BSHK und TV-Stud weiterzuführen. Wir haben schon seit langem mehrere Veranstaltungen, die wir anbieten. Und wir möchten, dass auch die PLs, die dafür sorgen, gut entschädigt sind. Und auch, dass wir einfach mehrere PLs haben,

71 um die Qualität aufrecht zu halten.

72 Michael: Also es ist mehr so ein Ding von, die bisherigen Sachen zu halten, indem man den Leuten auch mal eine Aufmerksamkeit gibt.

73 Lal: Und auch neue, wie Deutschkurse und so.

74 Michael: Die Deutschkurse gab es doch schon vorher.

75 Lal: Schon vorher, aber nicht im Zusammenhang mit Events. Wir haben angefangen, mehrere Events anzubieten. Und dann haben halt ein paar Sachen ausgefallen, weil wir nicht die Kapazität dafür haben. Wir möchten die Kapazität da haben, damit wir die Angebote erweitern können.

78 Michael: Okay, verstehe.

79 Julius K.: Ich lese kurz mal die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu dem Antrag vor. Am 08.07. hat der Haushaltsausschuss über den Antrag beraten. Der hat folgenden Beschluss gefasst. Der Haushaltsausschuss sieht aus haushalterischer Sicht nichts, was gegen die Annahme des Antrags spricht. (4/0/2)

82 Moritz Henkes: Und zwar ganz konkret die Frage danach, was da mehr eingerichtet wird. Ihr sagt, es gibt Sprachkurse und dazu Veranstaltungen. Wie ist da die Arbeitsaufteilung? Infolge welcher Gedanken seid ihr dazu gekommen, das über mehr Stellen zu lösen, statt zum Beispiel über eine Umverteilung der Aufgaben unter den bisher bestehenden Personen? Einmal ganz konkret, was ist der Mehrwert, den wir schaffen, wenn wir da mehr PL-Stellen bereitstellen?

86 Lal: Die durchgeführten Veranstaltungen sollen erst einmal beibehalten werden. Und das entspricht für uns dann wahrscheinlich zwei PL-Stellen, weil wir fast wöchentlich eine Veranstaltung anbieten. Und das ist schon ziemlich viel Verantwortung. Daher hatten wir geplant, dass dafür zwei PL-Stellen reserviert werden sollten. Und dann außerdem auch die Seminare, die wir geplant haben, wie Deutschkurs, wahrscheinlich auch irgendwelche sportliche Kurse, die wir letztes auch angeboten haben. Und dann zusätzlich war der Plan, auch einen fachlichen Kurs anzubieten, wie zum Beispiel eine Programmiersprache, je nachdem, was da gewünscht wird, das dann auch ab nächstem Semester anzubieten. Zusätzlich.

92 Lal: Ich möchte auch hinzufügen, dass größtenteils der AV von Volunteers, die sind halt Volunteers, die auch keine Entschädigung bekommen, nur die PLs bekommen eine Entschädigung. Und die sind halt dann Teamleads und tragen die Verantwortung, dass alles richtig läuft. Und wir würden sehr gerne mehr Leute die Chance anbieten, dass sie auch für diesen Aufwand entschädigt werden.

95 Lena K.: Gibt es weitere Fragen? Sonst würde ich die Rednerliste schließen und zur Abstimmung kommen.

96 **Der Antrag SP72-A009 (Mehr PL stellen für die AV) wurde mit (M/0/6) angenommen.**

TOP 4 Änderung der Finanzordnung (Ae der AV) (Antrag SP72-A023) 17:44 Uhr

97 Lena Kertzsch führt zu den Modalitäten aus, dass für den Antrag drei Lesungen auf einer Sitzung notwendig sind.

98 Der Antrag ist unter Anlage 3 zu finden.

99 Lal Sonel: Also den Antrag habt ihr schon mehrmals als Änderungsantrag auch gesehen. Wenn ihr dazu Fragen habt, kann ich beantworten. Aber da steht schon eine Begründung drin.

101 Joshua Derbitz: Vielen Dank, dass sie den Antrag gestellt hat. Den halte ich für sehr sinnvoll. Wie auch schon im letzten SP gesagt, würde ich hier auf jeden Fall die Annahme befürworten. Und möchte das auch allen anderen Parlamentariern nahelegen.

103 Julius Kröger: Ich lese kurz die Stellungnahme vom Haushaltsausschuss vor. Der Haushaltsausschuss hat am Montag über den Antrag beraten. Der Beschluss war, der Haushaltsausschuss sieht aus haushaltslicher Sicht nichts, was gegen die Annahme des Antrags spricht. (5/0/0)

106 Marten Schulz: Der Satzungsausschuss sieht keine Gründe, die gegen die Annahme des Antrags sprechen.

107 Lena K.: Gibt es weitere Wortbeiträge? Ansonsten würde ich jetzt die Rednerliste schließen. Und dann überführen wir das Ding in die zweite Lesung. Mit einfacher Mehrheit. Wer ist dafür? Das ist eindeutig die Mehrheit. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

110 Marten: Gibt es in der zweiten Lesung, wo wir Änderungsanträge besprechen, Redebedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann überführe ich den in die dritte Lesung. Kommen wir zur Schlussdebatte. Gibt es im Schlussdebatte Redebedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann möchte ich anmerken, dass wir eine Zweidrittelmehrheit in satzungsgemäßen Mitglieder benötigen. Kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen den Antrag?

114 Lena K.: Wer enthält sich? Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

115 **Der Antrag SP772-A023 ist mit (36/0/0) angenommen**

TOP 5 Vorstand Hochschulradio Aachen e. V.

17:47 Uhr

116 Lena Kertzsch: Wir wären jetzt bei Top 5. Das wäre der Bericht des Hochschulradios.

117 Michael Dappen: Was war die Sache, weswegen wir ursprünglich bei der letzten Sitzung so wichtig war, den Hochschulradiobericht noch zu haben und alles Mögliche? In dem schriftlichen Bericht stand nichts Besonderes. Aber mir war zu Eurem gekommen, dass ihr wegen

119 irgendwas kommunizieren wolltet, was wichtig war.

120 Falk: Soweit ich mich entsinnen kann, ich habe gerade nichts im Kopf, was zeitkritisch war. Das letzte Mal, ich war da und hatte mich dann
121 entschieden, zu gehen. Also wird nichts weltbewegendes gewesen sein, glaube ich.

122 Michael: Okay, dann nicht.

123 Aras Osso: Ja, ich hätte eine Frage. Vorab, ich habe Euren Bericht nicht gelesen. Ihr könnt mir auch um den Kopf hauen. Aber habt ihr schon
124 jetzt für die neuen Erstis was geplant, um Menschen für das HoRa zu gewinnen?

125 Falk: Wir sind gerade dabei, mit den Fachschaften die anzuschreiben, zu gucken, was da kommt. Meistens kommt auch von denen einiges.
126 Aber es ist im Kopf, ja, und es tut sich was.

127 Lena K.: Gibt es weitere Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich die Rednerliste wieder schließen und zum nächsten Tagesordnungs-
128 punkt übergehen. Danke für den Bericht, Falk. Vielen Dank.

TOP 6 Änderung der FSZOO (Antrag SP72-A013)

17:50 Uhr

129 Der Antrag ist unter Anlage 4 zu finden.

130 Marten Schulz: Der Satzungsausschuss sieht keine Gründe gegen die Annahme des Antragsprechens. Ansonsten wurde ja schon mal vor-
131 gestellt. Auf der letzten Sitzung, wer da war.

132 Lena Kertzscher: Gibt es Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich auch jetzt wieder die Rednerliste schließen und zur Abstimmung
133 übergehen.

134 Der Antrag wird mit (M/0/0) in die zweite Lesung überführt.

135 **Der Antrag wird mit (37/0/0) angenommen**

TOP 7 Änderung der Satzung (Einführung der Möglichkeit einer Geschäfts- ordnung für das Gleichstellungsprojekt) (Antrag SP71-A054)

17:53 Uhr

136 Lena Kertzscher führt zu den Modalitäten aus, dass für den Antrag drei Lesungen auf zwei Sitzungen notwendig sind.

137 Der Antrag ist unter Anlage 5 zu finden.

138 Aras Osso: Wir haben hier keine Menschen vom GSP hier. Eine Frage vielleicht. Wurde das in Abstimmung mit dem GSP gestellt, der Antrag?

139 Noëmi Preisler: Wir hatten darüber mit dem GSP schon vor Jahre in der Gleichstellungskommission gesprochen. Wir haben uns dafür aus-
140 gesprochen.

141 Lena K.: Wenn es sonst keinen Redebedarf gibt, würde ich den Antrag jetzt in die dritte Lesung überführen. Gut, dann überführen wir den
142 Antrag jetzt in die dritte Lesung. Wir sind jetzt also in der Schlussdebatte. Gibt es Diskussionsbedarf?

143 **Der Antrag SP71-A056 wurde mit (38/0/0) angenommen.**

TOP 8 Antrag zur Änderung der Vertretungsregelung Finanzreferent*in (An- trag SP72-A004)

17:56 Uhr

144 Lena Kertzscher führt zu den Modalitäten aus, dass für den Antrag drei Lesungen auf einer Sitzung notwendig sind und der Antrag in der 01.
145 Sitzung des 72. SP in zweiter Lesung vertagt wurde.

146 Der Antrag ist unter Anlage 6 zu finden.

147 Lena K.: Da wir Top 8 vertagt haben, sind wir nun bei Top 9. Top 9 ist der Antrag zur Änderung der Vertretungsregelung des Finanzreferenten
148 bzw. der Finanzreferentin. Marco würde jetzt diesen Antrag mal wieder vorstellen.



Moritz J. L. Henkes: Änderungsantrag

150 Streiche „(4) Die bevollmächtigte Person ist für ihre Handlungen selbstverantwortlich.“

151 Füge hinzu: „(4) die Beauftragung nach Satz 1 bedarf der Einwilligung der oder des Vorsitzenden des Allgemeinen Studierenden-
152 ausschusses.“ **von Antragsstellenden vor der Sitzung übernommen**

153 Marco Leonhardt: Also als kleines Update zum letzten Mal. Ich habe, da hatten wir ja dann auch während der Sitzung ein bisschen drüber
154 gesprochen. Ich habe die Änderungen, die auch dann von Moritz Henkes vorgeschlagen wurde, übernommen, dass einerseits der Absatz 4

einfach gestrichen wird und andererseits wir auch, wie es nach HWVO möglich ist, die Beauftragung der Einzelnen zur Einwilligung der oder des Vorsitzenden des AStA Bedarf in den Antrag übernommen. Das sind die zwei Änderungen. Ich habe dann einen neuen Änderungsantrag gemacht, den habe ich eingepflegt. Ich hatte, glaube ich, euch gebeten, das auf die Webseite hochzuladen. Habt ihr auch gemacht. Perfekt, vielen Dank. Ich habe das eben vorher noch in Open Slides als neuen Änderungsantrag gestellt. Also wenn ihr da den neuesten aufruft, müsstet ihr auch die neuste Version haben. Ansonsten wollte ich eigentlich nichts weiter ergänzen.

Marten Schulz: Der Sitzungsausschuss sieht keine Gründe, die gegen eine Annahme sprechen.

Lena K.: Wir sind gerade in der zweiten Lesung. Gibt es in irgendeiner Form Diskussionsbedarf? Möchte jetzt jemand reden? Justus.

Justus Schwarzott: Also auch mit der Änderung von Moritz und der Formulierung, dass es eine Möglichkeit der HWVO ist, ändert sich nichts. Es liegt an der Tatsache, dass wir nicht jede Möglichkeit ausschöpfen müssen. Ich wiederhole mich oder fasse das noch mal zusammen. Wir sollten hier als Studierendenparlament eine gewisse Kontrollfunktion ausüben können über Leute, die eben solche wichtigen Ämter haben oder solche wichtigen Aufgaben haben, wie letztendlich Kassenanweisungen zu unterschreiben. Das ist zum einen eine Kontrolle und zum anderen auch eine Versicherung für denjenigen, der unterschreibt, weil dann zum einen mehr Leute drüber gucken und am Ende man ja auch hier in diesem Hause entlastet wird. Daher plädiere ich nach wie vor, das entweder bei einem oder einer Referentin zu belassen, der wir ja mit der Wahl schon mal ein grundsätzliches Vertrauen auch für die Ausführung solcher Aufgaben ausgesprochen haben oder eine sehr spezifische Regelung zu finden, wie etwa Dritte oder irgendwelche Angehörigen hier vorgeschlagen werden und dann aber auch dazu verpflichtet sind, hier Rechenschaft für diese Unterschriften oder Zeichnungen vorzulegen, weil ich ungern in eine Situation kommen möchte, wie da Entscheidungen getroffen wurden, die eventuell nicht im Sinne dieses Hauses sind und dann niemand mehr erklären kann, wie es eigentlich dazu gekommen ist. Das in aller Kürze dazu.

Marco: Also die Änderung hier schränkt das nicht ein, die Kontrollfunktion. Da steht ja drin, dass auch mit dem Ende der Amtszeit, vom Ref, endet auch die Beauftragung. Das heißt, wenn das Parlament der Meinung ist, ich solle irgendwie oder der oder die Finanzreferentin solle oder hat nicht mehr das Vertrauen vom Parlament oder auch dann entsprechende Beauftragungen, dann hat das Parlament ja auch die Möglichkeit, eine neue Person zu wählen. Weiterhin. Es besteht die immer weiterhin auch noch die Pflicht, diese Beauftragung anzuzeigen an den Haushaltsausschuss. Das heißt, findet auch die Information ans Parlament statt, wer jetzt hier eine Beauftragung hat und entsprechende Vertretungsregelungen ausüben darf. Auch da ist dann das Parlament mit eingebunden und kann sich das anschauen, welche Personen hier benannt werden vom Finanzref, der Finanzreferentin. Also besteht diese diese Möglichkeit, also schränkt das das nicht ein, sondern das Parlament hat weiterhin die Möglichkeit, zu schauen, dass die Arbeit da oder weiß ich nicht, dass das Amt gut ausgeübt wird oder halt die Möglichkeiten, entsprechende Alternative zu wählen.

Justus: Also dann trotzdem wieder ins Detail. Wenn hier jemand vorgeschlagen wird, dann sehe ich zum Beispiel nicht, warum das nicht absolut kurzfristig stattfinden kann. Es kann heute jemand vorgeschlagen werden. Der nächste Haushaltsausschuss tagt keine Ahnung wann. Dann hat das Parlament nicht mal die Möglichkeit, das zur Kenntnis zu nehmen. Wenn das Parlament die Möglichkeit hat, das zur Kenntnis zu nehmen, fehlt hier jegliche Form von Einspruch, außer jetzt vielleicht das Damoklesschwert, ein Misstrauen gegenüber dem Finanzreferenten auszusprechen. Ich glaube, das ist im Interesse keiner Person, hier solche Maßnahmen zu führen und was auch nach wie vor offen steht, ist, wie über die Entscheidungen, die dort getroffen werden, hier berichtet wird. Und da hilft es mir nicht zu wissen, wer das ist, sondern ich will wissen, welche Entscheidungen getroffen werden und wurden oder nicht mal das, sondern warum Entscheidungen getroffen wurden, mit dem das Haus eventuell Probleme hat oder eine andere Position hat. Eventuell gibt es dafür auch gute Begründungen, nur die Person wird keinerlei Verpflichtung haben, hier zu erscheinen.

Marco: Der AStA bleibt weiterhin das ausführende Organ, was die Beschlüsse vom Studierendenparlament ausführt. Das heißt, das, was hier im Parlament beschlossen wird, ist auch dann von so einer beauftragten Person weiterhin auszuführen und die Beschlüsse des Parlaments sind zu vertreten. Das heißt, es kommt nicht in so ein Szenario, wo irgendeine Person benannt wird, die jetzt total hier gegen das Parlament irgendwelche Sachen machen könnte. Da malst du, glaube ich, irgendein Bild, was nicht der Realität entspricht, wie sie sich aus dem Hochschulgesetz und den entsprechenden Satzungen und unseren Regelungen ableitet. Was auch noch ein Punkt ist, es ist auch eine gewisse Abwägung, die getroffen werden muss. Und der Punkt, der, denke ich, auch sehr wichtig ist, ist diese Regelung, dass der Finanzreferent oder die Finanzreferentin die Möglichkeit hat, eine Person zu benennen, die ergibt sich aus einer Landesverordnung. Das ist ja nichts, was wir uns selber ausgedacht haben in der Finanzordnung, sondern diese Regelung leitet sich aus der HWVO NRW ab. Und die HWVO steht da über unserer Finanzordnung. Und wenn man der Auffassung ist, dass das nicht in Ordnung ist, dass ich eine Person benennen darf, dann muss man die HWVO ändern und nicht unsere Finanzordnung. Der Punkt, den ich meine mit der Abwägung ist, dass es ja auch durchaus von Relevanz ist, dass die Geschäfte der Studierendenschaft laufen und dass es Situationen geben kann, wo es unbedingt notwendig ist, dass man eine gut eingearbeitete Vertretung hat. Und ich finde den Vorschlag hier sehr konstruktiv zu sagen, okay, Vertretungen sollen zukünftig auch die Personen machen, die sich schon lange im Referat engagieren und auch entsprechend mit dem Geschäftsbereich vertraut sind, anstatt eine Vertretung einen anderen Ref übernehmen zu lassen, die mit ihrem Amtsbereich schon ausgelastet sind und von den Geschäften im Finanzreferat auch nicht die Kenntnisse haben, die eventuell erforderlich sind. Und deswegen würde ich sagen, das ist ein sehr konstruktiver Vorschlag, wie man auch das zukünftig besser sicherstellen kann, dass auch die Geschäfte weiterlaufen, falls es mal zu einem Krankheitsfall kommt oder zu anderen Situationen, die ja jederzeit auftreten können. Und dann ist die Studierendenschaft, weil sie sämtliche finanzielle Verpflichtungen hat, darauf angewiesen, dass die Amtsgeschäfte in dem Referat laufen. Und da finde ich, kann man sich nicht auf die Position stellen, zu sagen, es ist wichtiger, dass irgendwie die Person vom Parlament sich hier vorne hinstellt, sondern es gibt Situationen, da ist es wichtiger, dass die Geschäfte funktionieren, dass die Überweisungen gemacht werden, dass die Verpflichtungen, die die Studierendenschaft eingegangen ist in bestimmten Verträgen, die bereits beschlossen wurden, etc., dass auch die erfüllt werden. Und der Punkt, den ich vorhin meinte, möchte ich damit noch mal ein bisschen verknüpfen, dass ja auch die Person dann an die Beschlüsse vom Parlament gebunden ist und die Studierendenschaft auch vertritt. Ja, dabei belaste ich jetzt erst mal.

David Hall: Genau, ich wollte mich nur an einem Punkt melden. Und zwar, wenn wir über eine potenzielle Vertretungsregelung für Finanzreferent

entsprechen, geht es meiner Meinung nach ja auch im erweiterten Sinne um eine Angelegenheit von grundsätzlicher finanzieller Bedeutung für die Studierendenschaft. Und die ist ja auch in Paragraf 14 der HWVO entsprechend erwähnt, dass diese der vorherigen Zustimmung des Studierendenparlaments bedürfen. Entsprechend würde ich sagen, wir als Parlament haben von der HWVO die Erlaubnis eingeräumt zu bekommen, dass wir auch als Parlament sagen können, wir weichen an bestimmten Punkten davon ab. Wir müssen nicht alles übernehmen im Sinne von, Justus, wir müssen uns jetzt nicht komplett daran angleichen. Das würde ich nur einmal reingeworfen haben wollen.

Marco: Also das sehe ich anders, dass das eine grundlegende finanzielle Bedeutung ist, weil explizit in der HWVO drin beschrieben ist, wie so eine Person ihre Beauftragung erlangt und das passiert nicht durch die Wahl, sondern durch eine Beauftragung von mir als Amtsträger.

Justus: Das kam überraschend hier bei mir, es standen noch mehr Leute vor mir. Meine Frage ist jetzt, also um das nicht irgendjemanden in die Schuhe zu schieben. Ich möchte Finanzreferent werden. Was hält mich davon ab? Ich würde dann kandidieren. Heute, morgen wäre ich im Amt. Was hält mich davon ab, übermorgen jemanden zu bestimmen? Mit dem ich regelmäßig kegeln gehe. Diese Person trifft eine Entscheidung, die sicherlich oder eventuell nicht im Interesse dieses Hauses ist, sich jetzt auch nicht mit meiner Position deckt. Ich komme zurück aus meiner Verhinderung. Und wie wird dieser Konflikt gelöst?

Marco: Wie kommst du jetzt erstmal auf den Gedanken, dass eine Person eine Entscheidung trifft, die nicht im Interesse von diesem Haus ist?

Justus: Kann ich sie ja nicht dazu zwingen. Ich bin ja im Krankenhaus.

Marco: Das kann ich auch eine Entscheidung treffen, die nicht im Sinne dieses Hauses ist. Nur dann würde ich gegen das Hochschulgesetz verstoßen.

Justus: Perfekt. Ja. Nur du bist halt hier. Ich kann dich fragen, wenn du mir antwortest. Und dich kann ich hier, du berichtest auch regelmäßig. Aber meinen Kollegen aus dem Kegelclub nicht. Aber der geht halt kegeln.

Marco: Aber in dem Moment, wo eine Person, die ich beauftrage, klar gegen einen Beschluss vom Parlament verstößt, ist das wahrscheinlich so grob fahrlässig vorsätzliches Handeln. Und eine Person ist dann dafür persönlich haftbar. Auch die Beauftragte.

Justus: So, jetzt verstößt sie nur inhaltlich. Was mache ich dann? Oder das Parlament? Was macht ihr als GHG?

Marco: Wie differenzierst du das denn jetzt inhaltlich?

Justus: Was kaufst du so ein? Wir kaufen im Schnitt damals für 100 Euro Büromaterial. Jetzt kauft man irgendwie dickeres, nicht ökologisches Papier für 10.000 Euro. Das ist jetzt irgendwie keine fahrlässige Entscheidung. Damit wird man niemanden vor das Verwaltungsgericht bekommen. Ich halte es inhaltlich und wie alle anderen hier im Raum für großen Humbug. Und da ist die Frage, wie läuft der Prozess weiter ab? Auf diese Frage gibt es keine Antwort. Und das ist mein Problem an dieser Änderung.

Marco: Es gibt erst mal keinen Unterschied, ob in deinem Szenario, glaube ich, ob ich sowas entscheiden würde oder ob die Person das entscheiden würde. Angenommen, irgendeine Person würde was entscheiden, wo im Nachhinein, es kann ja nur im Nachhinein sein, weil sonst wäre es gegen das Hochschulgesetz, wo im Nachhinein das Parlament sagt, okay, das wollen wir in Zukunft anders machen. Und dann kann das Parlament einen Beschluss fassen, dass sowas in Zukunft anders gemacht wird. Und dann gilt das für die Zukunft. In der Vergangenheit kann weder ich noch die Person irgendwie belangt werden, wenn das nicht grob fahrlässig oder vorsätzliches Handeln war.

Justus: Es geht mir nicht ums Belangen. Es gibt Leute, die kann ich fragen, weil sie hier in diesem Haus sind, gewisse Pflichten haben zu berichten. Und es gibt Leute, auf die entziehen sich komplett meinem Zugriff, so wie die Leute, mit denen ich kegeln gehe. Da bin ich darauf angewiesen, dass sie mit mir kegeln kommen. Die haben keine Verpflichtung dazu kommen. Und das ist der Unterschied zwischen dieser Person und dir und mir.

Marco: Also, Justus, was willst du denn machen, wenn ich hier nicht hinkomme? Willst du mit einer Pistole hinter mir herlaufen?

Justus: Dann kann man weitere Schritte greifen.

Marco: Ich finde das ganze Szenario irgendwie so ein bisschen hirnrissig. Es geht darum, dass wir hier die Ämter so gestalten, dass wir eine sinnvolle Vertretungsregelung haben, dass wir es besser schaffen, Arbeitslasten zu senken, damit wir es auch besser hinkriegen, wieder Personen zu finden, die diese Ämter ausüben würden. Und das Szenario, was du jetzt zeichnest, da hat ein Parlament Möglichkeiten, aber das hat ein Parlament auch jetzt nicht in die Vergangenheit zurück. Also, ihr seid doch als Parlament darauf angewiesen, dass ihr engagierte Leute habt, die dieses Amt gerne machen würden. Ansonsten habt ihr als, wie du sagst, Ordnungsmaßnahmen nicht wahnsinnig viel in der Hand. Ihr könnt die Person abwählen, okay. Aber wenn ihr dann keine Person habt, die das Amt ausüben will, toll, könnt ihr die Person auch nicht abwählen. Auch eine super Situation. Das heißt, ihr seid in einer Situation gefangen, wo eine Person ein Amt macht, ihr seid eigentlich unzufrieden, aber eine andere Person will das Amt auch nicht machen, weil die Arbeitslast zu hoch ist, etc. Also, es muss doch das Ziel vom Parlament sein, dass das Amt attraktiv ist, dass möglichst viele Studierende dieses Amt ausüben würden und am besten auch die besten Studierenden, die diese Universität hat. Warum ist das aber nicht so? Warum haben wir hier nicht 20 BewerberInnen für dieses Amt, die besten von der Uni und das Parlament sucht sich dann von den 20 die beste Person aus? Warum ist das denn so? Also, wir müssen doch mal endlich es hinkriegen, dass die Arbeitslast in so einem Level ist, wo eine Person es auch nebenbei mal schafft, vielleicht noch ein, zwei Klausuren zu schreiben. Ja, wo eine Person auch, und die Situation ist vielleicht nicht mehr vor zehn Jahren. Also, wenn man heute mit Leuten spricht, dann ist ihnen das wichtig, in einem bestimmten Zeitraum ihr Studium fertig zu haben. Und es sind heute nicht mehr so viele Leute bereit, ein Jahr komplett ihr Studium zu pausieren. Da muss man sich als Parlament aber mit dieser Situation mal befassen, dass die Situation jetzt anders ist als vor zehn Jahren und schauen, dass man die Ämter dann so gestaltet, dass es auch mit einem geringeren Stundenaufwand als 40, 50 Stunden oder 60 Stunden in der Woche möglich ist. Und das geht dann genau über so eine Vertretungsregelung. Beispielsweise, dass man es im Referat mit den Personen, die ja in dem Geschäftsbereich gut eingearbeitet sind, es besser schafft, sich die Arbeit aufzuteilen. Ich habe mich mit vielen Personen im letzten Jahr unterhalten darüber, ob sie eine Nachfolge machen, eventuell für das Amt. Und der größte

Hinderungsgrund war immer die Arbeitslast in dem Amt. Und was soll ich den Personen sagen? Soll ich denen Lügenmärchen auftischen und sagen, du kommst mit 20 Stunden in der Woche hin, easy peasy? Nee, ich muss denen ja ehrlich sagen, was das Amt erfordert, was vom Parlament hier gefordert wird. Und Justus, ganz ehrlich, wenn das Parlament jetzt sagt, der Antrag wird abgelehnt und nicht abgestimmt, dann kann ich als Person nicht mehr anderen Leuten empfehlen, dieses Amt zu üben. Weil dann sind wir wirklich in einer Situation, wo, wenn man konstruktive Vorschläge macht, diese Situation zu verbessern, die dann hier abgelehnt werden, dann kann ich doch nicht ernsthaft sagen, einer Person raten, ja, mach das, lass dich von diesem Parlament in dieses Amt wählen. Und wenn du konstruktive Vorschläge machst, dann werden die vom Parlament abgelehnt. Das würde ich keiner Person persönlich empfehlen wollen. Das ist da meine Haltung zu.

Lena K.: Hast du Michel, dein GO-Antrag.

Justus: Meine Redezeit war noch nicht abgelaufen.

Lena K.: Doch, war sie. Deswegen habe ich sie verendet.

Justus: Ja, weil Marco die zuquatscht und mich nervt,

Michael Dappen: wenn er über andere Themen spricht.



Michael: GO-Antrag auf Sofortige Abstimmung

: Ich wurde drangenommen. Danke. Sofortige Abstimmung. Wir haben beim Sitzungsausschuss darüber geredet, dass wir zügig und durch die Anträge durchkommen. Wir wiederholen gerade Sachen aus der Sitzung vom letzten Mal. Also gibt es offensichtlich keine neuen Punkte in diesem Antrag. Also können wir auch darüber abstimmen. Wenn ihr dagegen seid, könnt ihr dagegen stimmen, statt einfach zu blockieren. .

Gegenrede von Joshua Derbitz: Ja. Ich und auch andere Leute auf der Redeliste haben sich meines Erachtens noch nicht zu dem Punkt geäußert. Das heißt, es gibt auf jeden Fall noch neue Redebeiträge. Und ich finde es schade, dass man diesen Leuten hier ihr Rederecht verwirkt. Und deswegen würde ich auf jeden Fall nicht für eine sofortige Abstimmung plädieren. **16/15/1 angenommen**

Lena K.: Einmal Abstimmung über den GO-Antrag von Michael. Wer enthält sich? Also allen bewusst worüber wir abstimmen. Wer ist dagegen? Wer ist dafür? Xenia, du hast dich eben schon gemeldet. Sicher? Okay. Wir haben eine Enthaltung. 15 Nein-Stimmen, 16 Ja-Stimmen. Damit sind wir bei der sofortigen Abstimmung. Ich möchte übrigens anmerken, wir sind in der zweiten Lesung. Wir überführen also jetzt nur sofort in die dritte. Nein, wir waren in der zweiten Lesung.

Marten: Wir haben letztes Mal darüber abgestimmt. Auf der letzten Sitzung. Der Antrag wurde in der zweiten Lesung vom letzten Sitzung vertagt. Das heißt, wir verhandeln von Anfang an der zweiten Lesung. Wir hören jetzt über die Abstimmung zur dritten Lesung.

Lena K.: Wir sind jetzt in der dritten Lesung. Wir stimmen jetzt ab. Gut. Wir stimmen jetzt ab. Wer enthält sich über den Antrag? Wer enthält sich über den Antrag? Wer ist gegen den Antrag?

Marten: Da es hier vorne Unstimmigkeiten gibt, darüber abstimmen, würde ich vorschlagen, wir machen das noch mal, damit alle klar ist. Wir stimmen jetzt über den endgültigen Antrag ab. Wir brauchen davon eine Zweidrittelmehrheit. Das heißt, wenn wir jetzt annehmen, dann wird das so in die Änderung der Finanzordnung übernommen. Ist jetzt jedem klar? Gibt es Fragen? Okay. Dann wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer ist für diesen Antrag? Damit ist der Antrag mit 22 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen abgelehnt. Kommen wir nun zum Bericht des Vorsitzes.

Der Antrag wird in die dritte Lesung überführt.

Lena K. merkt an, dass zur Annahme 28 Stimmen (Zwei-Drittel der satzungsgemäßen Mitglieder) notwendig sind. **Der Antrag SP72-A004 „Antrag zur Änderung der Vertretungsregelung Finanzreferent*in“ wird mit (22/13/0) abgelehnt.**

TOP 9 Bericht: Vorsitz

18:24 Uhr

Simon Roß: Gibt es Fragen?

Joshua Derbitz: Ich war letztes mal auf der Webseite des AStA. Und dann kann man da auf einen tollen Tab klicken. Da steht irgendwie unsere AStA-Sitzung oder so was. Und dann kann man da auch so einen tollen Tab klicken. Und dann ist da ein Link, wo man angeblich die Protokolle einsehen kann. Der funktioniert aber bei mir nicht. Wo finde ich die Protokolle?

Simon R.: Genau. Das ist momentan ein IT-Problem. Dass die Protokolle nur im AStA-Netz aktuell einsehbar sind. Das soll so eingestellt werden, so wie es auch vorher war, dass das im RWTH-Netz mehr oder weniger verfügbar ist. Bzw. wir wollen das jetzt über den Single Sign-On koppeln. Die IT stand da auch schon mit dem IT-Center in Kontakt. Die haben das jetzt freigegeben. Dass der Single Sign-On dafür auch genutzt werden kann. Das musste man erst abklären. Und ich hoffe, dass das jetzt zeitnah umgesetzt wird.

Joshua: Was heißt zeitnah?

Simon R.: Kann ich dir jetzt nicht genau sagen.

Joshua: Will man dann so lange zumindest einen Hinweis auf die Webseite tun, dass man im Moment die Protokolle da nicht abrufen kann? Weil wenn ich da ein For-Of-For-Not-Found finde, ist das etwas verwirrend für mich als unwissende Studie.

Simon R.: Das ist ein guter Hinweis. Das kann ich gerne auf die Webseite nehmen oder Michel fragen, ob er das machen möchte.

Joshua: Vielen Dank dafür.

Justus Schwarzott: Ich hätte mal die Frage, was du jetzt auch mit dem Blick auf das letzte Jahr als die großen Herausforderungen gesehen hast, wo du Herausforderungen im nächsten Jahr siehst im Hinblick auf eine Nachfolge. Wenn dir jemand hoffentlich bald folgen sollte. Auf was er sich einstellen kann. Was du da als positive Entwicklung oder Projekte identifizieren würdest. Und wo du sagen würdest, an der Stelle ist es vielleicht auch eine Herausforderung für die Studierendenschaft.

Simon R.: Ich denke, sehr positiv würde ich sagen, ist mein Team. Die als Referenten da waren. Alle Leute, die hier sitzen. Aber auch Florian war sehr lange Zeit noch Referent. Kommissarisch in meiner Amtszeit. Auch Radite und Lall von der RV, mit denen wir sehr viel zu tun hatten. Das hat sehr gut funktioniert im ganzen Jahr. Wir hatten auch mal unsere Konflikte. Aber ich glaube, dass man sich da immer aufeinander verlassen konnte. Das war sehr positiv. Es gab viele schöne Ereignisse. Es gab sicherlich auch Erfolge, wo ich mir gewünscht habe, dass sie eintreten. Zum Beispiel das ganze Rundum-Semester-Ticket. Es gibt aber auch viele andere, vielleicht auch kleinere Sachen. Im Bereich Awareness haben wir deutlich mehr Projektleitende. Mehr Kapazitäten. Ich denke, da passiert auch mehr als vorher. Haura beschäftigt sich jetzt mit dem Thema Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit. Ich sollte darauf hinweisen, dass demnächst ein Antirassismus-Workshop stattfindet. Ihr habt dazu auch eine Mail bekommen. Dürft euch gerne anmelden. Oder wenn euch der Termin nicht passt, schreibt das trotzdem Haura. Dann weiß sie, dass da Interesse besteht. Sie freut sich auf jeden Fall über Rückmeldungen. Bisher ist das leider noch relativ mau. Es sind einfach sehr viele schöne Sachen. Ich glaube, das ist auch, was mir auch klar geworden ist, in den letzten Wochen, dass das Schöne an dem Amt auch ist, dass man weiß, dass man von bestimmten Leuten an dieser Uni und in der Stadt wertgeschätzt wird. Ich denke, das Negative ist, dass das Parlament dazu null beiträgt. Und dass das Parlament, glaube ich, die größte Herausforderung ist, was auch gerade jetzt am letzten Antrag klar geworden ist, das konstruktiv Änderungen vorzuschlagen. Änderungen, die in einem Landesgesetz schon enthalten sind. Und die hier nicht übernommen werden, schon stark ist. Wo man wirklich sagen muss, das Verhältnis ist in jedem AStA schlecht gewesen. Ich kann nicht beurteilen, ob es ein neuer Tiefpunkt ist. Aber es ist auf jeden Fall ultra anstrengend. Es ist sehr nervig. Es sind viele Leute hier, die versuchen, das Leben zu Hölle zu machen. Und das stört mich sehr.

Justus: Jetzt wollte ich auf Ratschläge für eine Nachfolge hinaus. Was sind da Punkte, die du einer Nachfolge raten würdest, um solchen Konflikten aus dem Weg zu gehen? Um da vielleicht auch das Verhältnis besser werden zu lassen? Mein Vorschlag wäre zum Beispiel, auf die Leute, die offensichtlich, und das waren ja nicht wenige, mit solchen Änderungen ihre Probleme, Schwierigkeiten haben, zuzugehen. Das ist ein Vorschlag von mir, aber vielleicht hast du da andere, konstruktivere, weitreichende Vorschläge. Weil ich es jetzt eigentlich nicht mit der vorherigen Debatte vermischen wollte. Aber vielleicht bleiben wir trotzdem dabei, wenn es so in deinem Interesse ist.

Simon R.: Also dazu habe ich wenig konkrete Vorschläge, weil ich da mittlerweile auch ein bisschen ideenlos bin, was da noch was bringen soll wirklich. Ich sehe den Punkt, den du gerade angesprochen hast, ich sehe es aber eigentlich auch mehr so, dass wenn tatsächlich Änderungen gewünscht sind, dann sind wir auch als Referenten immer vorher offen. Man kann uns kontaktieren per E-Mail, man kann im AStA vorbeikommen, man kann Termine anfragen und so weiter. Und wenn man tatsächlich Änderungsvorschläge hat, also sehr, sehr konkrete, dann kann man die am besten im Vorhinein besprechen. Dann wird es halt auch wahrscheinlicher, dass die angenommen werden und man dann eine Lösung findet.

Julius Kröger: Erstmal will ich mich bei dir bedanken für die Arbeit im letzten Jahr. Du hast das, meiner Meinung nach, sehr gut gemacht und auch dich immer eingesetzt. Und deswegen tut es mir auch besonders leid, weil ich weiß, du hast sehr viel versucht, auch sehr viel geschafft, aber ich glaube, wir als Studierendenschaft haben so viel Reformbedarf, den wolltest du auch anstoßen, aber einige Listen hier sind einfach nicht daran interessiert. Trotzdem dafür danke, dass du immer weiter versucht hast und immer auf neue Vorschläge eingestanden bist.

Lena Kertzsch: Ich würde an dieser Stelle allerdings darum bitten, dass wir nicht einfach sagen, irgendwelche Listen sind gegen irgendwas. Das ist ein Studierendenparlament, versucht einen Konsens zu finden. Das finde ich jetzt nicht sinnvoll.

Silas Ritz: Vielen Dank. Meine Frage ist, wir haben jetzt so eine indifferente Lage in der Kultur. Da wäre meine Frage, wie läuft es mit der Kultur? Wie läuft es in Hinsicht, im Oktober wäre eine Großveranstaltung des AStA wie läuft es da? Wie sieht es damit aus?

Simon R.: Also die SAP wird nicht stattfinden, ganz einfach. Es werden vorläufig keine Kulturveranstaltungen stattfinden, wo ich sage mal finanzieller Aufwand oder halt irgendwie sowas zu leisten wäre. Es fanden jetzt zwei längere Treffen mit dem Kulturreferat statt. Die Kultur an sich hat sich auch viele Gedanken gemacht, was da einzelne Leute jetzt vielleicht auch übergangsweise mal schauen, wie lange. Als Aufgaben übernehmen könnten. Das letzte Gespräch war Montag. Ich denke, wir haben da jetzt einige ganz gute Sachen gefunden. Und bei einigen muss ich dann halt auch sagen, das geht leider so nicht. Und das können wir einfach jetzt nicht im nächsten Jahr, solange Vorsitz, Finanzen, Kommissarischen am Amt sind und eben kein Referent für Kultur gewählt ist oder Referentin, das so weiterlaufen lassen.

Silas Ritz: Alles klar. Vielen Dank für die Antwort. Da hätte ich jetzt aber einen Antrag aus der Debatte, der sollte auch dem Präsidium schon vor zugesandt worden sein. Da würde ich einmal darum bitten, dass man den dem gesamten Parlament zur Verfügung stellt. Dann können wir nämlich darüber auch mal sprechen und am Ende auch darüber abstimmen.



Silas Ritz, Andreas Mimberg, Philip Audi, David Hall: Antrag aus der Debatte „Beschlussvorlage Semesteranfangsparty“

Sehr geehrte MdSP, hiermit möchten wir den folgenden Antrag aus der Debatte zum Beschluss einreichen.

„Das Studierendenparlament der RWTH Aachen beschließt, den AStA mit der Unterstützung bei der Semesteranfangsparty der Fachschaften der Fakultät 5 (5er Fachschaften) zu beauftragen. Dieser Beschluss wird in Übereinstimmung mit den Aufgaben der

Studierendenschaft gemäß HG NRW 2024 § 53 (2) gefasst, wonach es zu den Aufgaben der Studierendenschaft gehört, kulturelle Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang unterstützt der AStA die Planung und Umsetzung der Semesteranfangs-Veranstaltung der 5er Fachschaften durch die Personal Power der Mitarbeitenden im Kulturreferat des AStA, durch Bewerbung auf den öffentlichkeitswirksamen Plattformen des AStA und mit einer finanziellen Bezuschussung der Veranstaltung in Höhe von 15.000,00 €. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt zum 01.09.2024 an die Fachschaft 5/1. Die bezuschusste Veranstaltung ersetzt in ihrer Funktion die Semesteranfangsparty des AStA als Großveranstaltung im Wintersemester am 11.10.2024.“

Begründung:

Seit dem Rücktritt des letzten Kulturreferenten hat sich das Kulturreferat größtenteils selber verwaltet und in Absprache mit Simon als Vorsitz und Marco als Finanzreferenten das Tagesgeschäft aufrechterhalten. Leider musste mit dem Campus Festival die alljährliche Großveranstaltung des Sommersemesters aufgrund der erheblichen Belastung des AStAs abgesagt werden und auch die Zukunft anderer und ähnlicher Veranstaltungen steht auf der Kippe. Da ohne eine*n Kulturreferent*in in Veranstaltungen nur unter Einbezug anderer Referent*innen, die dies zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeitsbereichen übernehmen würden, stattfinden können, steht das Kulturreferat derzeit vor der Problematik, dass Veranstaltungen nur in sehr eingeschränktem Maße stattfinden können, weshalb ein Großteil der Arbeit des Kulturreferats obsolet zu werden droht. Aus diesem Grund entstand die Idee, dass wenn der AStA keine Semesteranfangsparty veranstaltet, dies stattdessen gemeinsam mit einigen Fachschaften geplant und umgesetzt werden kann. Dabei sollen die Fachschaften der Fakultät 5 die zentralen Aufgaben übernehmen und das Kulturreferat soll mit Erfahrung, Kontakten und Personal Power unterstützen, ohne dass die übrigen Referenten des AStA Mehraufwand bekommen. Da die 5er Fachschaften jedoch nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um eine Veranstaltung von der Größenordnung einer Semesteranfangsparty alleine stemmen zu können und vor dem Hintergrund, dass der AStA in seinem aktuellen Haushaltsplan für Kulturveranstaltungen eine Ausgabe in Höhe von 140.000,00 € einplant, welche bei der gegenwärtigen Planung nicht erreicht werden wird, erscheint es nur sinnvoll, dass wenn Teilkörperschaften der Studierendenschaft Aufgaben der Studierendenschaft übernehmen, diese von der Studierendenschaft darin unterstützt werden. Da nach Abzug aller durchlaufenden Kosten die Ausgaben einer SAP bei etwa 30.000€ liegen, ist ein Zuschuss in Höhe von 15.000€, welcher der Hälfte der geplanten Kosten der SAP entspricht, erwünscht.

Wir hoffen auf einen konstruktiven Austausch.

Lena K.: Du hast noch Redezeit, Silas. Wenn du weiterreden willst, kannst du weiterreden.

Silas Ritz: Okay, dann genau. Wie man sieht, ist da nicht nur alleine von mir der Antrag, sondern auch von weiteren Personen gestellt. Von David, Andreas, Philipp. Genau. Vielleicht einfach zur Erklärung. Wir haben gerade gehört, dass der AStA anscheinend keine Semesteranfangsparty stattfinden lassen möchte. Was natürlich sehr schade ist. Da es doch schon eine der größeren Veranstaltungen ist, die die Studierendenschaft bereichert. In der Hinsicht war die Frage, kann man das noch vielleicht abändern? Gibt es Personen oder Institutionen, die da einspringen würden und das vielleicht übernehmen könnten, wenn der AStA es nicht schafft, diese Veranstaltung auszurichten? Nach einigem Hin und Her haben sich da die Fachschaften aus der Fakultät 5 gefunden. Daraus ist dieser Antrag mit entsprungen. Weil die Fachschaften aus der Fakultät 5 natürlich nicht gerade so finanzstark sind wie der AStA. Bei so einer Großveranstaltung. Sie würden versuchen, diese Veranstaltung trotzdem stattfinden zu lassen. Es wäre schade, wenn sie nicht stattfinden würde. Daraus ist der Antrag entstanden. Ich glaube, ihr könnt gerade selber alle lesen, worum es im Endeffekt geht. Es geht darum, dass wir, weil wir nicht so finanzstark sind, doch gerne vom AStA einen Zuschuss für diese Veranstaltung haben würden. Dass sie sich finanziell an dieser Veranstaltung beteiligen würden. Und am Ende natürlich auch mit Personal, beziehungsweise Beratenden mit Personal zur Verfügung stehen würden, Kulturreferat. Und natürlich auch, dass man vielleicht darüber später auch die Bewerbung, die Reichweite des AStAs nutzen könnte. So vielleicht einmal kurz zusammengefasst. Ich weiß nicht, ob David oder Audi noch was ergänzen möchten. Gerade in dem Zusammenhang.

David Hall: Ergänzen kann man höchstens noch sagen, dass bevor die Entscheidung getroffen wurde, dass es von AStA-Seiten keine SAP geben soll, bereits die Planungen und Organisationen für die SAP begonnen hat im Kulturreferat. Das Referat wurde dann vor vollendete Tatsachen gestellt. Es haben sich Leute gefunden, die die Veranstaltungsleitung übernommen hätten, die wichtige Aufgabenpakete übernommen hätten. Und die Sachen könnten halt einfach weiterlaufen. Der einzige Mehraufwand wäre dieser Beschluss und eine Kassenanweisung mit der Bezuschussung, damit die Veranstaltung sicher sein kann. Das wäre gerade erst mal so das, was mir noch ergänzend dazu einfallen würde.

Silas Ritz: Da ich nicht weiß, wie lange ich noch reden darf, einfach noch vielleicht so weit, was mir noch so gerade sonst eingefallen ist. Das Ding steht so gesehen eigentlich schon auch komplett. Die großen Budgetsachen sind schon alle angefragt, beziehungsweise alles, was so anfrage mäßig für so eine Veranstaltung unterwegs ist, ist angefragt und sind gerade in den Rückläufern, sodass das Ding eigentlich alles schon gerade einigermaßen läuft. Und wir halt jetzt darauf hoffen, dass man unter dem Bündnis, dass man uns über das Parlament noch einen Zuschuss genehmigen würde, im Sinne, dass wir halt am Ende keine vier Fachschaften, die in ein Zeltbankrott gehen, da stehen haben. Wenn es im schlechtesten Fall ist, aber davon wollen wir jetzt nicht ausgehen.

Marten Schulz: Danke für deinen Redebeitrag. Wir haben einen Antrag aus der Debatte. Jetzt verfahren wir so fort, dass wir den Antrag debattieren, behandeln. Gibt es zu diesem Antrag Aussprachebedarf? Die Frage ist Joshua, ist seine Wortmeldung zum Antrag oder zu

Joshua: Beidem?

Joshua: Ich finde es sehr schön, dass die Fünfer-Fachschaften, die das Aachener Kulturleben, aktiv bereichern und freue mich

und bedanke mich bei euch, dass ihr das organisieren wollt. Ich hoffe, dieser Antrag wird angenommen und hoffe, dass wir damit die Erstis auch in Aachen gebührend willkommen heißen können mit einer coolen Party, wie sie in Aachen doch seit vielen Jahren Tradition ist.

Marco Leonhardt: Wir haben uns eigentlich für solche Unterstützung ein Verfahren gegeben. Ist Julius zuerst?



Julius Kröger: GO-Antrag auf Anzweiflung der Entscheidung des Präsidiums

Julius K.: Wir dürfen den noch nicht behandeln. Wir sind noch im Berichten drin und danach den ersten Antrag behandeln.

Marten: Soll ich die Satzung zitieren?

Julius K.: Ja.

Marten: (Anm.: § 21 Abs. 3:) Diese Anträge müssen in einem sinnvollen Zusammenhang mit der behandelten Thematik stehen. Sie sind unmittelbar im Anschluss an die Diskussion zu behandeln.

Julius K.: Ich würde eher sagen, dass es [...]

Marten: Gut, wir stimmen darüber ab.

Nach § 19 Abs. 2 hat Julius K. die Entscheidung angezweifelt, dass der Antrag aus der Debatte unverzüglich durchgeführt wird.

21/3/8 Der Antrag wird sofort behandelt.

Marco: Für solche Anträge, da ist ja auch gefordert, dass es 15.000 Euro Zuschuss geben soll, hat das Parlament sich eigentlich ein ordentliches Verfahren gegeben. Solche Anträge sollten mit einer ausreichenden Vorlaufzeit eingereicht werden und allen Personen lange vorliegen. Dann wird da im Haushaltsausschuss drüber beraten. Da wird sich ein Budgetplan angeguckt, etc. Dann spricht der Haushaltsausschuss eine Empfehlung aus für einen Zuschuss. Dann wird da mit ausreichend Vorbereitung über solche Anträge beschlossen. Ich sehe nicht, dass wir heute hier im Parlament mit so einem Antrag, der gerade hier in einem Rahmen vom Bericht rein flattert, einen Zuschuss von 15.000 Euro freigeben, der jeglichen Verfahren widerspricht, was sich das Studierendenparlament selber mal gegeben hat. Und ich kritisiere wirklich stark das Verhalten hier, zu sagen, okay, das ist keine Arbeit für manche Personen. Ich weiß nicht, es wird immer so getan, als müsste man nur irgendeine Kassenanweisung unterschreiben und als würde mein Tag aus keiner Arbeit bestehen. Jede Kulturveranstaltung ist auch immer ein großer finanziellerwicklungsaufwand. Jede Kulturveranstaltung etc. braucht eine feste Ansprechperson, die Verantwortung trägt im AStA. Und der Arbeitsaufwand, der in die Veranstaltung auch in der finanziellen Nachbereitung reingeht, der wird da nicht gesehen. Und stattdessen wird ein Antrag, der dafür da ist, die Arbeitslast auch im Finanzbereich zu senken, von denselben Personen abgelehnt. Wer hätte es besser möglich gemacht, dass wir so Sachen auch machen können? Das ist ein Widerspruch in sich. Es hat Gründe, warum gesagt wird, es ist einfach in der zeitlichen Kapazität nicht mehr drin. Ich bin über ein Jahr kommissarisch im Amt, länger, als ich richtig im Amt war, und das hat auch gewisse Grenzen, was zeitliche Kapazitäten angeht. Und ich stimme dem nicht zu, dass man einfach sagt, das ist ja schon alles gemacht, alles ist organisiert und da steckt keine Arbeit mehr hin. Wir sind immer noch einen großen Zeitraum vor der Veranstaltung und gerade im Finanzbereich ist auch nach den Veranstaltungen immer noch sehr viel Nachbereitung. Ich möchte das hier einmal wirklich anmerken, dass das auch hier zur Kenntnis genommen wird und nicht so getan wird, als sei damit keine Arbeit verbunden. Das wäre mein Beitrag und noch mal an den ersten Punkt, das widerspricht jeglichen Verfahren. Ich sehe nicht, dass das hier annehmbar ist in der Form.

Silas Ritz: Marco, deine Wortwahl. Ja, okay, aber vielleicht nicht ganz so aggressiv. Ich habe das nicht so ausformuliert. Ich habe das dir nicht so gesagt, dass ich deine Arbeit nicht wertschätze, dass ich dir da weiteres auffalsen möchte. Das habe ich so nicht gesagt. Und ich habe, wie gesagt, nur, dass wir das gerne machen würden und dass wir da halt eben am Ende dir eine Rechnung dazu stellen und dass wir halt eben versuchen, natürlich, denn AStA, wie du gesagt hast, hat die Debatte anscheinend auch überlastet, dass es in unserer Wahrnehmung so ist, dass wir da versuchen, das zu entlasten. Aber wenn du das halt eben.

Marten: Ich hätte folgenden Verfahrensvorschlag, und zwar, dass die Antragstellerinnen und Antragsteller aus der Debatte nach vorne kommen und jemand sich hinsetzt, wäre das für alle akzeptabel. Dann wissen wir auch, wer wann wie reden kann. Ist das in Ordnung für euch? Dann wäre Julius Kröger als nächstes.

Julius K.: Also, erst mal grundsätzlich finde ich okay, dass wir eine Semesteranfangsparty als Stupa unterstützen. Ich bin voll dafür. Ich muss mich aber, Marco, sehr anschließen, dass ich das Verfahren unter aller Sau finde. Ich habe gestern als Haushaltsausschussvorsitzender von dem Antrag erfahren, und ich finde das unter aller Sau, dass der Haushaltsausschuss davon nichts wusste. Der Antrag kann nicht erst seit Montag entstanden sein. Ihr müsst euch schon klar gewesen sein, dass ihr den Antrag in irgendeiner Fassung stellen wollt, damit der Haushaltsausschuss auch darüber reden kann. Wir hätten auch einfach zum Haushaltsausschuss kommen können und darüber reden können, dass ihr einen Antrag stellen wollt, obwohl er noch nicht eingegangen ist. Das ist vollkommen okay. Das habt ihr aber nicht gemacht. Und ich von Personen, die schon lange in der Studierendenzzeit aktiv sind und das Verfahren kennen, finde ich das noch schlimmer, weil wir halten uns immer an die Verfahren und sollen uns auch daran halten, dass es nicht schwierig ist, an die wir uns halten müssen. Wenn das nicht passiert, ist das meiner Meinung nach überhaupt nicht

okay. Dazu ist die Summe von 15.000 Euro schon nicht unsignifikanter Teil des dafür behandelten Topfs. Und einfach innerhalb von 20 Minuten darüber eine gewissenhafte Entscheidung zu treffen, weiß ich auch nicht, ob man das gut machen kann.

Silas Ritz: Ich würde dir in zwei Punkten widersprechen. Wenn wir ganz formal bleiben wollen, dann haben wir gerade vor zehn Minuten davon erfahren, dass keine Semesteranfangsparty stattfinden wird, weil Simon das berichtet hat. Also kann der, wenn wir ganz formal bleiben, kann der Antrag gerade nur entstanden sein, wenn wir formal bleiben.



Ordnungsruf an Fynn Grünwald

Begründung: unagemessene zwischenrufe

Marten: Und dann kriegen wir den ersten Ordnungsruf.

Silas Ritz: Dankeschön. Zum Zweiten, über die Antragshöhe, wie du vielleicht auch lesen konntest, ist das grob die Hälfte dessen, was dieses ganze Volumen dieser Veranstaltung beträgt. Und wir können am Ende, klar, das wäre das, womit ich reingehe. Und ich sage ja nicht, dass Sie einfach nur das Geld mir geben sollen. Ich sage ja auch am Ende, dass wir den möglichen Gewinn von dieser Veranstaltung am Ende nicht durch vier Fachschaften teilen, sondern durch fünf, dass der AStA dann auch noch beteiligt wird, weil er eben Geld dazu gibt. Also dass wir das eben natürlich aufwiegen und dass wir am Ende auch noch dazu kommen, klar, 15 wäre das Optimum, was ich gerne hätte. Wir können aber, wenn ihr sagt, ihr wollt keine 15 geben, können wir gucken, ob wir dann einen Kompromiss finden. Dafür sind wir ja auch hier. Wie eben so schön gesagt wurde, das Parlament ist ja auch da, um einen Kompromiss zu finden.

Julius K.: Also, ich Störe mich halt Extrem, dass das Verfahren nicht eingehalten wird. Ja, offiziell wisst ihr erst, dass das jetzt erst das es keine SAP geben wird. Aber zum Beispiel David weiß ich, dass er in der Kultur arbeitet, weil er als PL angestellt ist. Und da kann man schon denken, dass er das vorher weiß. Und da hättet ihr trotzdem noch den Antrag stellen können, in irgendeiner Art und Weise. Und wenn das Problem ist, ist mir scheißegal, ob das nur ein Gewinn ist oder ob der AStA 1 Euro kriegt oder 1.000 Euro dann. Es ist einfach nicht okay, dass man das so überrumpelt.

Silas Ritz: Vielleicht noch, Entschuldigung, was mir gerade erst eingefallen ist, du sagst, es ist ja ein signifikanter Teil. Also nach meinem Verständnis nach war der Kulturposten beim AStA ungefähr bei 140.000 Euro. Das heißt, da sind vielleicht gerade etwas 10 % von diesem Posten. Und sonst würde der AStA das ja komplett alleine stellen, die komplette Summe für den, also in den Postenkultur. Deswegen sehe ich, also ja, es ist eine hohe Summe.

Julius K.: Ja, diese Summe ist im Haushalt bereits drin. Und da kann man sich darauf vergewissern, dass das auch gewissenhaft nach vorm AStA durchgeführt wird. Ich glaube auch, dass ihr das gewissenhaft als Fachschaft ausführen könnt. Aber das ist trotzdem nicht okay, wie ihr es gerade macht. Das ist mein Hauptpunkt.

Justus: Also ganz kurze Worte vorweg. Also ich finde es natürlich schade, dass der AStA aktuell die Ressourcen nicht hat, das zu übernehmen. Auf der gleichen Ebene, aber das nur wirklich sehr kurz, finde ich es umso besser, dass es jetzt eine andere Gruppe gibt, die diese Lücke füllt und diese Veranstaltung weiterträgt. Weil, also ich möchte mal hier in die Runde gucken. Und auch das, finde ich, kann man debattieren, ob man so eine Veranstaltung für sinnvoll hält, für nicht sinnvoll hält. Ich habe mich damals sehr stark dafür eingesetzt, dass diese Veranstaltungen wieder stattfinden. Ich halte sie für extrem wertvoll, weil dort eben viele Studierenden, die nicht hauptsächlich dem Maschinenbau, Maschinenwesen, Elektrotechnik oder Bauingenieurwesen studieren, die Möglichkeit haben, eben auf einer Veranstaltung im Rahmen der Ersti-Woche sich kennenzulernen, auch im Freizeitkontext auch studierende aus anderen Fachrichtungen kennenzulernen. Ich persönlich halte das für eine sehr wichtige Veranstaltung. Wenn dem jemand widersprechen möchte, gerne später oder auch mit mir persönlich ausdebattieren. Ich finde es extrem wichtig oder gut, dass wir das als Studierendenschaft machen. Also ich hoffe, dass das mehrheitlich im Interesse dieses Parlaments ist, dass diese Veranstaltung stattfindet. Das in aller Länge zum Vorwort. Jetzt sind mit euch hier Leute da, die schon eine gewisse Expertise mitbringen. Ich glaube, du als ehemaliger Finanzreferent kannst auch ganz gut einschätzen, was für Arbeit das auf Seiten des AStA bedeutet. Ich kenne jetzt die Vorfeld nicht, ich weiß nicht, wie kurzfristig das entstanden ist, weil auch ich gerade primär lerne. Ich glaube aber, wir sollten hier heute zu einer Lösung finden. Und wenn diese Lösung ist, dass es zumindest ein Commitment zu dieser Veranstaltung ist, wenn diese Lösung beinhaltet, die Arbeitslast auf Seiten des AStA so niedrig wie möglich zu halten, weil auch ich sehe, dass wir potenziell einen neuen Finanzreferenten oder Referentin wählen, die dann als allererste Aufgabe einer Großveranstaltung nachkommen muss, was vielleicht suboptimal ist. Ich glaube aber, dass insbesondere mit deiner Expertise und auch mit der Expertise der anderen Leute, die ja im Kulturreferat schon Arbeit geleistet haben, also so ist es jetzt auch nicht, als würden wir diese 15.000 Euro da einfach reinwerfen, es ist ja auch schon Arbeit passiert. Ich glaube, darauf sollten wir uns fokussieren, wie wir im Sinne der Veranstaltung hier zu einer Lösung kommen. Und da gibt es aus meiner Sicht folgende Kernpunkte. Wie wird die Arbeit aufgeteilt und wie hoch ist das Commitment? Vom AStA getragen durch uns als Studierendenparlament, wenn wir hier einen Beschluss fassen, ist der AStA da relativ fein raus, wenn wir eine Entscheidung haben. Und genau um welche Höhe geht es.

Liam Gagelmann: Was mich jetzt ein bisschen wundert, es wurde mehrmals davon gesprochen, dass es verfahrenstechnisch überhaupt nicht geht. Das wurde mehrmals gesagt, aber meiner Meinung nach nicht einmal schlüssig begründet, warum das nicht geht. Weil es wurde ja auf ein Mittel zurückgegriffen, was in der Satzung oder in der GU steht. Und ich sehe an keiner anderen

Stelle, wo das Studierendenparlament nicht in der Lage sein sollte, solche Anträge aus einer Debatte zu behandeln. Dafür haben wir Anträge aus der Debatte. Dann, was mich auch gewundert hat, ist, dass diese Höhe so stark kritisiert wird und dass man nicht einfach mal so schnell so eine große Höhe beschließen sollte. Ich möchte daran erinnern, dass wir vor ein paar Wochen auf einer AStA-Sitzung 8000 Euro oder da beschlossen wurde für ein Rechtsgutachten, soweit ich weiß, aber 8000 Euro einfach mal auf einer AStA-Sitzung. Und das Studierendenparlament als deutlich, deutlich legitimes Gremium sieht sich nicht in der Lage, 15.000 Euro zu beschließen. Ich weiß nicht, was das soll. Wir hatten im AStA auch schon höhere Beträge in der AStA-Sitzung und die ist wirklich nicht so legitimiert. Ich hätte gerne wirklich einmal in einem Wortbeitrag von allen der Leute, die das stark kritisiert haben. Was ist das Problem im Verfahren? Ist es, dass man sich unfair behandelt fühlt, weil man nicht frühzeitig über den Antrag informiert war? Oder ist es, dass man tatsächlich sieht, dass es harte Probleme gibt, warum man das jetzt nicht durchstimmen könnte oder sollte? Also für mich wirkt es ein bisschen wie an der einen oder anderen Stelle gekränkter Stolz.

Karl Hammer: Hi, ich bin's. Ja, Liam, also wir können uns jetzt über das Verfahren die ganze Zeit unterhalten, aber das bringt ja auch nichts, wenn du Verfahrenstechnik machen willst. Es gibt noch ein paar Jobs oben auf Melaten. Ich kann dich da gerne hinbringen und dann können wir da weiterreden. Und ich finde es sehr schön, dass da 8.000 Euro beschlossen wurde, aber das ist jetzt überhaupt kein Argument hier an der Stelle. Wir können uns ja auch einfach mal hier über die Sache unterhalten. Ich finde, die SAP ist eine coole Party. Ich sauf da sehr gerne. Auch auf Kosten des AStAs ist das einfach was anderes, als wenn das eigene Geld da irgendwie verprasselt wird. Deswegen bin ich generell dafür. Aber wir können ja den AStA da auch einfach nicht mit reinnehmen, solange es kein Kulturreferent ist. Also würde ich da versuchen, wenn wir diesem Antrag zustimmen, dann möglichst den Aufwand des AStAs da einfach komplett rauszunehmen, soweit es geht. Also dann halt da gucken, was da möglich ist, um da eine Lösung zu finden. 15.000 Euro erscheinen mir auch irgendwie echt viel für sowas. Aber klar, solche Partys kosten Geld. Und ihr hättet das auch echt vorher stellen können. Ihr wusstet das ja vorher. Also müssen wir uns jetzt hier auch nicht einen vorlügen und so. Deswegen müssen wir jetzt hier vor Ort mal gucken, was wir da für eine Lösung finden. Ansonsten würde ich vorschlagen, das vielleicht um ein bisschen was zu reduzieren. Ich habe auch noch ein paar Sticker dabei, den könnte ich auch noch drauflegen. Vielleicht sind wir dann alle happy und dann müssen wir uns hier nicht so groß streiten oder über das Verfahren die ganze Zeit unterhalten, weil das bringt ja auch nichts am Ende.

Silas Ritz: Karl, wenn du das schon so sagst, dann würde ich einfach sagen, welche Summe schwebt dir vor? Einfach jetzt schon mal in den Raum geschmissen. Dann diskutieren wir das aus.

Karl H.: Wie heißt das? Eselhandel oder so? Nee, das mache ich nicht mit. Ich habe da keine Ahnung von. Wir sollten uns jetzt wirklich über die Sache unterhalten. Wie viel geben wir dazu? Wollen wir das generell machen? Vielleicht fangen wir da mal mit einem Meinungsbild an, ob wir das generell wollen. Wie groß das aussieht, wie wir den Aufwand vom AStA da möglichst minimieren können. Dann finden wir auch heute noch ein Ergebnis. Weil jetzt sich da anzukacken, bringt ja auch nichts. Und wir wollen ja alle auf Kosten der Geofachschaften saufen hoffentlich.

Michael Dappen: Erstmal, die 15.000 Euro entstammen die aus der vorherigen Planung.

Silas Ritz: Es ist aus der vorherigen SAP-Planung und halt eben, dass wir jetzt auch gucken, wie sieht unsere Planung? Weil es wird ja auch alles teurer. Wie gesagt, 15.000 ist die Hälfte von dem, was an Ausgaben beziehungsweise was an Durchsatz auf dieser Veranstaltung passiert. Dass wir das als Absicherung haben.

Michael: Das ist auch noch mit Puffer und ähnlich wie bei den normalen AStA-Veranstaltungen.

Silas Ritz: Das wäre die volle Summe. Das wären die vollen 30.000. Also wenn du wissen möchtest, was die Veranstaltung kostet? Oder welchen Durchlauf die hat, also welche Ausgaben, welche Einnahmen?

Michael: Wie viel von diesen 15.000 sind Puffer?

Silas Ritz: Drei.

Michael: Okay. Also ich würde euch trotzdem die 15.000 geben, weil da immer was passieren kann, dass es sinnlos ist, wenn jetzt die Fachschaften das nicht bezahlen können. Wenn irgendwie die Kosten zu hoch sind. Zu den Sachen, welche genauen Aufgaben soll der AStA denn abnehmen? Inwiefern soll der AStA unterstützen?

Silas Ritz: Am Ende wäre unsere Hoffnung, dass der AStA in dem Sinne unterstützt, halt eben am Ende vielleicht, dass wir eben Post teilen oder sonst irgendwas. Ich sage mal, einfache Aufgaben. Dass das Kulturreferat würde, Stand jetzt, freiwillig unterstützen und das alles mitmachen und die ganze Organisation mitmachen.

Michael: Die Kultur-PLs. Die Kultur-PL soll bei der Werbung helfen. Die Kultur-PLs.

Silas Ritz: Die würden freiwillig in der Organisation helfen und hatten sich schon zum Großteil bereit erklärt, das mitzumachen.

Michael: Sollen AStA-PLs als HelferInnen zur Verfügung stehen?

Silas Ritz: Das ist ja am Ende, würde ich sagen, eine freiwillige Überlegung.

Michael: Inwieweit soll finanziell unterstützt werden? Soll Marco dann trotzdem als Finanzleiter sitzen?

Silas Ritz: Von meiner Seite aus muss er das nicht, nein. Das wäre einfach nur, wie gesagt, ganz einfach gesprochen, ganz dumm gesprochen, einfach, dass Geld uns überwiesen wird und wir am Ende das, was übrig bleibt, das an der Gewinnbeteiligung, wieder zurück überwiesen wird.

Michael: Also keinen Mehraufwand für Simon oder Marco?

Silas Ritz: Von meiner Seite aus nein.

Michael: Wie von deiner Seite her?

Silas Ritz: Wie ich es mir vorstelle, nein.

Michael: Wie sehen das denn die anderen beiden?

David: Der Antrag ist in der Idee so gestellt, dass die derzeitigen Mitarbeitenden im Kulturreferat die mehrere SAPs schon erlebt haben, mit ihrer Erfahrung, mit ihrer Unterstützung als Helfende, teilweise auch in der Orga mit anpacken. Ansonsten wäre es wünschenswert, wenn die Bewerbung der Veranstaltung durch den AStA unterstützt werden könnte, im Sinne von, wir haben Posts fertig und der AStA teilt die einfach nur. Das heißt, Design und Ähnliches wäre weg. Das müsste nur in den Redaktionsplan übernommen werden. Und damit die Veranstaltung abgesichert ist, wäre die Bezuschussung der einzige weitere Punkt, der mir gerade als Aufwand aus dem Stehgreif einfällt, der auf den AStA zukäme.

Michael: Wir hatten jetzt häufiger auch immer das Thema mit Verantwortung. Wer trägt die Verantwortung, wenn irgendwas bei der Veranstaltung schief läuft? Rein die Fünfer-Fachschaften.

Silas Ritz: Rein die Fünfer Fachschaften, beziehungsweise da haben wir uns jetzt schon intern besprochen, ist das eine Veranstaltung, wo der Name 5.1 am Ende drauf steht. Also bei den Verträgen und so weiter steht dann am Ende die Fachschaft 5.1. Und die unterschreibt das.

Michael: Dann sehe ich damit kein Problem mehr. Ja, also ich sehe das auch, dass ihr das hättet früher kommunizieren können mit eurer Idee diesbezüglich. Ich weiß, dass das nicht so einfach ging mit dem Antrag vorher stellen, weil außerordentliche Sitzungen und die Tagesordnung war schon festgelegt. Deswegen konntet ihr keinen normalen Antrag stellen. Ihr hättet das früher kommunizieren können. Dennoch werde ich für den Antrag stimmen, weil ich das unter den Umständen, wie es mir gerade kommuniziert hat, für sinnvoll halte.



Julius Kröger: Änderungsantrag

Füge am Ende hinzu: Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der vorherigen Zustimmung des Haushaltsausschuss.

Der Änderungsantrag wird von den Antragsstellenden übernommen

Julius K.: Ich kann gleich noch mal nach vorne kommen. Der soll nur hinzufügen, dass sich der Haushaltsausschuss noch mal drüber nachdenkt. Damit gewissenhaft bestätigt, damit wir auch ein bisschen noch die Form bahnen können, auch wenn das mit dem Antrag aus der Debatte nicht vorgesehen ist. Aber ich finde es trotzdem wichtig, dass vor allem bei der Höhe, generell bei Höhen über 3.000 €, dass der Haushaltsausschuss da trotzdem noch ein bisschen was zu sagt. Und wenn jetzt den, ich weiß nicht, was ihr damit machen wollt, aber.

Silas Ritz: Wir würden, wie es im Antragstext steht, der genaue Satz, Beschäftigung im Haushaltsausschuss würden wir uns untersetzen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Haushaltsausschusses. Sind wir damit einverstanden, würden wir uns hinten anschieben.

Julius K.: Okay, das ist super.

Marten: Dann ist das angenommen. Ja, das war eine Feststellung. Simon.

Simon R.: Ja, wieso? Du hast vorhin davon gesprochen, dass der AStA auch eine Gewinnbeteiligung kriegen soll. Wieso steht das nicht im Antrag?

Silas Ritz: Der Antrag war erst mal so formal. Das war jetzt eine ganz einfache Verhandlungsmasse, dass wir einfach mit euch sprechen können. Was seht ihr vor? Was sehen wir vor? Das können wir auch am Ende im Vertrag untereinander auslegen. Das ist ja, wie wollt ihr, sollen wir euch einen Vertrag, wollt ihr einen Vertrag mit uns darüber machen? Sollen wir euch einfach eine Rechnung stellen? Schreibt ihr uns am Ende eine Endrechnung, wenn wir am Ende wissen, wie viel Gewinn wir haben? Da sind wir ganz offen. Wir können das noch vertraglich regeln. Wir können das einfach jetzt so über Rechnungen regeln.

Simon R.: Das muss Marco im Zweifel wissen. Du schreibst, dass nach Abzug aller laufenden Kosten, dass 30.000 Euro, oder durchlaufenden Kosten, dass 30.000 Euro kostet. Das heißt, ihr rechnet mit einem Minus von 30.000 Euro?

Silas Ritz: Nein, nicht Abzug aller Kosten. Der durchlaufende Kosten, also die Veranstaltung, was sie an Ausgaben hat, sind 30.000 Euro. Die versuchen wir natürlich auch wieder einzunehmen. Durch die Veranstaltung.

Simon R.: Das heißt, wir tragen die Rechte der Kosten und dann schauen wir, was wir da an Gewinn kriegen.

Silas Ritz: Grob gesagt ja, beziehungsweise beteiligen sich auch die Fünfer. Die haben sich ja auch schon mit einem gewissen Betrag X jeweils committed, beziehungsweise es geht den ja auch noch durch einige AVVs. Aber die haben sich auch schon bezüglich einem gewissen Betrag X committed, denen sie bereit sind, jede einzelne Fachschaft für sich abzustimmen. Ich möchte jetzt keinen genauen Betrag senden, weil wir halt alle noch durch eine AVV müssen. Und das wäre jetzt vorher gegriffen, dass ich dann sage, was genau jede Fachschaft zahlt.

Simon R.: Welche Mitarbeitenden haben wir im Kulturreferat? B

Silas Ritz: Habe ich Mitarbeitenden geschrieben?

Simon R.: Dann waren die PLs gemeint. Entschuldigung.

Simon R.: Und du hattest ja gesagt, das kann aus den Veranstaltungsposten genommen werden. Zumindest Marco sieht das eher nicht so. Das kann er gleich gerne auch noch selbst begründen. Aber es wäre, müssen wir mal schauen, wo das dann möglich wäre.

Silas Ritz: Du kannst das durch den Veranstaltungsposten, du kannst das durch den durchlaufenden Posten, du hast verschiedene Möglichkeiten, das zu buchen. Es gibt auch einen Haushaltspostenzuschuss. Also du hast da eine Varietät an Möglichkeiten, wo du es buchen kannst.

Simon R.: Okay, also durchlaufend finde ich sehr spannend.

Carlos Forero Sandoval: Ja. Es wurden ja viele Probleme erwähnt, vor allem bezüglich nicht befolgter Verfahren. Wärt ihr denn bereit, diese Verfahren sozusagen einzuhalten, zum Beispiel das für die nächste Sitzung bis dahin zu machen? Oder was spricht für euch dagegen? Und was meinen die anderen? Wäre das so sinnvoll, das in der nächsten Sitzung zu besprechen? Okay.

Silas Ritz: Kommt da jetzt noch eine Frage? Oder hat sich das erledigt? Hat sich erledigt.

Marten: Zur Erklärung, die nächste Sitzung ist nach der Veranstaltung. Moritz.

Moritz Henkes: Und zwar kam mir jetzt immer wieder die Frage auf, nach dem Verfahren. Und es ist richtig, dass wir uns Verfahren gegeben haben, dass wir eine Arbeitteilung haben, dass wir eine Aufteilung betreiben, dass wir verschiedene Ausschüsse bilden. Aber am Ende des Tages sind das eben Ausschüsse des Parlaments, was Sinn inhaltlich schon hat, dass auch wir als Parlament natürlich genau die gleichen Entscheidungen treffen können, die in Ausschüsse ausgelagert werden. Dementsprechend glaube ich, dass wir hier durchaus, auch heute und auch jetzt, darüber befinden können, ob so eine Geldleistung sinnvoll ist. Die dritte Frage, die Dringlichkeit, müsste natürlich sicherlich in dem Antrag noch mal aufgenommen werden. Sie wurde gerade genannt. Das wäre aber ganz wichtig, dass wir das auch noch mal feststellen. Ich frage das Präsidium, ob wir das gegebenenfalls abstimmen müssen, dass wir die Dringlichkeit erkennen. Der Grund liegt ja nahe. Ansonsten gerne weiter in der Debatte. Danke.

Marten: Die Sache, ein Dringlichkeitsantrag bedeutet, dass ein Antrag vor dem in der Sitzung des Studierendenparlaments eingegangen ist. Das ist ja nicht der Fall. Der ist in der Sitzung innerhalb der Debatte eingegangen. Sprich, es gibt an sich keine Dringlichkeit. Sorry, dann wäre der nächste. Marco.

Marco: Also, in der Finanzordnung steht drin, wie diese Anträge zu behandeln sind. Der Haushaltsausschuss ist vor, Beschlussfassung zu hören, etc. Ich sehe nicht, dass wir das in der Debatte heute so abstimmen können. In der Form. Dabei bleibe ich. Auch das Durchlaufen zu buchen, die Idee finde ich geradezu irre. Ich sehe auch nicht, dass das von AStA-Seiten in Veranstaltungsposten laufen kann, weil die Einnahmen eurem Antrag nach nicht beim AStA wären. Und der AStA auch keine Veranstaltung da trägt. Das ist kein, in dem Sinne, wie im Haushalt die Veranstaltungen kalkuliert sind, dass es zu den entsprechenden Ausgaben Einnahmen in entsprechender Höhe gibt, wo auch ein Budgetplan vorgelegt wird, etc., wo sich angeschaut wird, wie waren die Werte in den Vorjahren und ist die Kalkulation stimmig, was dann geprüft wird. Das fehlt hier alles. Von daher sehe ich das alles nicht. Das Einzige wäre der Zuschuss, der auch in der Finanzordnung drin steht. Und das ist verfahrenstechnisch einfach total gegen das, was wir selber in unserer Finanzordnung stehen haben, wie sowas zu laufen hat.

Silas Ritz: Vielleicht noch mal zu Einnahmen. Wie gesagt, am Ende, wenn die Veranstaltung positiv ausgeht, was wir alle jetzt hoffen, habt ihr auch wieder Einnahmen. Wir können gerne sagen, dass wir am Ende den Gewinn nicht durch vier teilen, sondern durch fünf oder dass wir auch dann am Ende sogar noch sagen, ihr kriegt sogar noch einen Prozentsatz, ihr kriegt Prozentsätze mehr als die Fünferfachstaffen. Das ist ja auch möglich, dass ihr darüber kannst sich wieder in den Einnahmen buchen. Das ist ja alles möglich.

Marco: Wenn ich noch Redezeit habe. Silas, vieles ist möglich. Wenn ihr ein Interesse daran habt, dann kann man auch vorher mal auf Simon zugehen, auf mich zugehen, vorher mal besprechen, hey, wir haben eine Idee, wie wir diese SAP vielleicht machen können. Dann kann man sich diese Fragen im Detail mal anschauen. Dann kann man den Budgetplan aufstellen. Dann kann man sich das Ganze mal anschauen, durchkalkulieren und die ganzen Fragestellungen sich mit befassen. Und ich sage nur, dass es nicht möglich ist, weil all diese Punkte, wie man so etwas ordnungsgemäß angeht, in dem, wie ihr den Antrag aus der Debatte stellt, nicht gegeben sind und erfüllt werden können. Und da über so finanzielle Sachen aus der Debatte zu entscheiden, wo wir eigentlich andere Richtlinien zu haben, das sehe ich nicht.

Silas Ritz: Wenn du über den Finanzplan gucken möchtest, können wir uns gerne alles noch zusammensetzen. Ich sage mal, ich habe ab Montag wieder zwei Wochen Zeit. Wir können uns gerne zusammensetzen. Wenn du das alles noch wissen möchtest, ist das kein Problem. Das können wir dir natürlich auch alles darlegen. Wenn es bei dir daran scheitern sollte, das können wir dir alles darlegen.

Joshua: Wir können uns von mir aus gerne in den Haushaltsposten zu den Zuschüssen für Eigeninitiativen buchen. Wir haben heute den Haushaltsplan als Tagesordnungspunkt. Da kann man das auch entsprechend anpassen, wenn da nicht genügend Geld drin sein sollte. Das sollte das geringste Problem sein an der Stelle. Wir müssen auch bedenken, was wir mit diesem Antrag machen. Wir sichern nicht nur die SAP für dieses Jahr, sondern es ist auch eine Investition in die Zukunft, dass die Semesteranfangsparty auch in den kommenden Jahren weiter stattfinden kann, weil wir es schaffen, Know-how und Kontakte in der Hochschule zu binden damit und damit klarzustellen, Aachen ist ein Kulturstandort. Aachen hat eine Semesteranfangsparty und diese Semesteranfangs-

party findet jedes Jahr statt. Ich glaube, allein deswegen würde ich dafür stimmen, weil ich fände es wirklich schade, wenn diese Semesteranfangsparty, eine Party, die uns schon seit vielen Jahren in Aachen, erst im Karmann, mittlerweile im Carl, als Highlight des Jahres, das Kulturprogramm der Studierendenschaft, dient, wenn die uns verloren gehen würde, wäre das ein herber Verlust für die studentische Kultur in Aachen und für die Kultur in Aachen allgemein. Deswegen würde ich stark dafür stehen, dass wir es heute beschließen.

Justus: Es kommt heute ein bisschen zur Verwechslung, ich bin da nicht böse. Ich hoffe, Joshua auch nicht. Wir setzen uns das nächste Mal, glaube ich, wieder weiter auseinander. Joshua hat es mir schon ein bisschen vorweggenommen. Also, ich wiederhole mich da. Ich fände es schön, wenn wir heute ein Commitment für diese Veranstaltungen aufsetzen können, unter denen alle Beteiligten bedacht sind. Ich fand den Vorschlag sehr pragmatisch, dass, wenn wir eh noch den Haushalt vor der Brust haben, das dort notfalls einzupacken, damit solche strukturellen Hürden uns jetzt nicht von dem hoffentlich gemeinsamen Interesse abhalten, diese Veranstaltung auszurichten. Und deswegen fordere ich jetzt noch mal ein Meinungsbild dazu, wer denn hier in diesem Raum prinzipiell dafür ist, dass so eine Veranstaltung stattfindet. Das soll noch nicht beinhalten, welchen Aufwand wir dafür tätigen, sondern einfach prinzipiell, ob es befürwortet wird, so eine Veranstaltung stattfinden zu lassen oder nicht.

Meinungsbild ob sich das Stupa dafür einsetzen sollte, dass eine Semesteranfangsparty stattfindet: **(M/0/6)**

Justus: Dann würde ich gerne den AStA noch mal fragen, wie er persönlich dazu steht, die Veranstaltung an die Fünfer abzugeben oder die Verantwortung, so wie Silas das gerade skizziert hat und natürlich auch, welche Forderungen der Mitwirkung da von eurer Seite gestellt werden müssen, um das hier wieder ein bisschen konstruktiver zu gestalten.

Simon R.: Ich habe erst mal noch einige andere Punkte. Für Finanzreferenzen ist es insofern mehr Aufwand, weil da dann auch Ausgabegenehmigungen und so weiter erteilt werden müssen für einige Sachen. Und ich habe jetzt gerade auch noch mal in die Finanzordnung geschaut. Wir können das eigentlich nur auszahlen als Unterstützung für studentische Eigeninitiativen, wie Marco gerade auch schon gesagt hatte. Da steht dann im letzten Absatz, Fachschaften sind studentischen Eigeninitiativen gleichgestellt. Das heißt, wir müssen das dann auch aus dem entsprechenden Topf nehmen. Das steht in Absatz 1 von Paragraph 59. Marco meinte, wir haben 45.000 in dem Topf für studentische Inis und davon wären dann 15.000 weg.

Silas Ritz: Das wäre, wenn ich mich jetzt nicht ganz irre, aber beim Zuschuss auch wirklich, ihr seht das Geld nie wieder, wenn mich nicht alles täuscht.

Simon R.: Das ist euer Antrag, ja. Ehrlich gesagt, sehe ich aber auch keine andere Möglichkeit, das zu machen, weil ansonsten können wir für Fachschaften nur einen Zuschuss auf ESA-Gelder gewähren. Da haben wir auch noch einen Antrag, der das heute anpasst. Und ansonsten haben wir nur Darlehen für studentische Eigeninitiativen, aber nicht für Fachschaften, sondern halt nur die Unterstützung. Und bei der Unterstützung gilt ja, dass dann am Ende eine Überschussrechnung gemacht werden muss. Und wenn es einen Überschuss gab, dann muss dann auch Unterstützung entsprechend zurückgezahlt werden. Das heißt, wir würden dann ja am Gewinn beteiligt werden müssen. Nach Finanzordnung. Also alles bis 15.000 Euro Gewinn hätten wir dann.

Michael: Ihr habt keine Position dazu bezogen, dass auf Marco die Aufgaben für die Ausgabegenehmigung zur Teilhabe der Ausgabegenehmigung zukommen wird. Also dass es doch eine Aufgabe für ihn gibt, die er tragen muss.

Silas Ritz: Wenn ja, die habe ich vergessen. Das sind drei Ausgabegenehmigungen, wenn mich nicht alles täuscht. Das ist eine für die Technik, eine für die Zäune und eine für, es sind drei oder vier, es sind nicht mehr. Am Ende kann es sogar sein, dass die auch für eine andere Fachschaft leitet, das Geld hintereinander, das Geld hin und her, dass wir da die Rechnung, das war eine Überlegung, ob wir den Rechnungssplitting machen. Aber das ist für Parlament jetzt schon wieder zu detailgetreu. Und Michel, Entschuldigung, aber dann ist meine Rückfrage, sind vier Ausgabegenehmigungen wirklich so ein Mehraufwand? Für mich damals nicht gewesen. Eigentlich möchte ich meine Nachfolger und die, die das am machen, nicht kritisieren und mich aus dem Gesamt raushalten. Aber ich finde es gerade, wenn vier, fünf Ausgabegenehmigungen, drei bis fünf, ich möchte mir mal ein bisschen Spielraum lassen, drei bis fünf, die sind innerhalb von ein paar Minuten geschrieben, wenn der Antrag richtig dazu gestellt wurde. Also dann sehe ich da keinen großen Mehraufwand. Meiner Erfahrung nach. Aber vielleicht haben sich auch Prozesse in den letzten zwei Jahren so stark geändert, dass es auf einmal ein riesiger

Michael: Mehraufwand ist. Ich finde das auch vertretbar, aber ich kann nicht für andere Leute garantieren, dass wir es als vertretbar empfinden. Wenn wir dem anderen Antrag nebenbei zugestimmt hätten, dann müsste ich diese Frage nicht stellen, dann hätte das jemand anders für ihn machen können.

Marco: Wenn die Fachschaft 5.1 das machen will, hat die Fachschaft 5.1 überhaupt die finanziellen Mittel, um das zu machen? So eine große Veranstaltung im Rahmen von 40.000 Euro? Die Preise steigen?

Philip Audi: Das ist nicht der Fall. Dementsprechend gibt es ja auch diesen Antrag.

Marco: Okay, und wie läuft denn das mit den Zuschüssen ab? Wie ist das Verfahren bei den Zuschüssen?

Philip Audi: Worauf ziehst du jetzt ab mit der Frage?

Marco: Ich ziehe auf die Finanzordnung ab. Ich kann euch kein Geld überweisen, was ihr dann ausbebt, sondern ihr müsst die Sache finanzieren. Und erst dann erfolgt der Zuschuss.

Philip Audi: Das versuchen wir hier zu umgehen. Es gibt natürlich auch die Möglichkeit, über die anderen Dreifachschaften das Geld zusammen zu bekommen.

Marco: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass es nicht so ist, dass wir euch Geld zur Verfügung stellen können, sondern

dass ihr eine gewisse Summe erst mal selber aufbringen müsst.

Philip Audi: Diese Summe ist durch die Vierfachschaften vorhanden.

Marco: Worauf ich aber eigentlich hinaus wollte, das war ein ganz anderer Punkt.

Silas Ritz: Marco, wenn ich dich gerade unterbrechen darf. Das ist eine Suggestivfrage. Du bereitest jetzt gerade auf dem einen Punkt mit den Zuschüssen drauf. Wir haben auch andere Möglichkeiten aufgezeigt. Die gibt es ja auch, die man verwenden könnte. Also wenn man, ich sage mal, jetzt bin ich böse, weil wenn man so ein starres Denken hat, klar, gibt es nur eine Meinung. Aber du kannst natürlich auch das anders buchen. Wie gesagt, wir haben ja schon gesagt, das kannst du über Veranstaltungen buchen. Durch eine Gewinnbeteiligung habt ihr dann auch wieder bei der Veranstaltung Einnahmen. Also da gibt es ja Möglichkeiten. Wenn du dich natürlich nur auf eine Möglichkeit von mehreren fixierst, ist das natürlich richtig.

Marco: Das können wir nicht machen. Das gibt unsere Finanzordnung nicht her. Ich glaube, das würde aber jetzt ausufern, das hier auszudebattieren. Worauf ich eigentlich hinaus wollte, ist, wenn man sich jede Einzelsache anschaut, die ich zu machen habe, dann ist das natürlich betrachtet auf einen Einzelpunkt nie viel Arbeit, sich um eine einzelne Sache zu kümmern. Aber die Summe macht es. Die Summe an Dingen, die zu erledigen sind. Das Studierendenparlament hätte ja auch die Chance gehabt, in den letzten Monaten eine Nachfolge zu finden oder sich mal mit der Frage zu befassen, warum der Kulturreferent zurückgetreten ist und wie man das so hinbekommen kann, dass es wieder Personen gibt, die für das Amt kandidieren, damit es eben so eine Veranstaltung gibt. Wenn man sich so einen Einzelpunkt wie eine Ausgabe nehmen und rausgreift, dann ist das nicht viel Arbeit. Aber die Summe macht es. Und wir sind nun mal in einer Situation, das haben wir ausreichend geschildert, wo dann viele Sachen auch letztlich, und das ist ja auch dann gewünscht, nur bei mir auf dem Tisch landen. Und ich darf das auch nicht an eine andere Person so einfach abgeben, nach Meinung der AIFa oder anderer Personen. Dann ist es ab einem gewissen Zeitpunkt auch einfach zu viel für bestimmte Personen. Und wir finden auch nicht die Personen, die diese Ämter übernehmen. Da sehe ich viel eher den Grund, wo man sich mal mit auseinandersetzen sollte, dass man das wieder hinbekommt, dass Personen diese Ämter ausüben, anstatt jetzt hier zu fordern, dass wir das selbe Level fordern, ohne die Leute dazu haben, an dem, was die Studierenden schafft, an Output für die Studierenden ermöglicht. Da muss man sich einfach mal auch mit den Konsequenzen damit befassen, dass, wenn die Personen wegfallen, dass damit auch was wegfällt, was die Studierenden oder der AStA erbringt. Und man kann nicht die Erwartungshaltung haben, dass immer alles so weiterläuft, wenn es aber keine Personen mehr gibt, die die Ämter ausüben möchten.

Marten: Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es hier um einen Antrag geht, der behandelt, dass die Party von dem Fünferfachschaften stattfindet, nicht vom AStA aus durchgeführt wird. Als nächstes wäre Karl an der Rednerliste.

Karl H.: Es geht ja auch darum, dass irgendwo der AStA hier Arbeit leisten muss. Deswegen müssen wir darüber durchaus sprechen. Ich finde es schon fast eine Frechheit, wenn du jetzt Marco hier vorwirfst, dass das gar keine Arbeit ist. Wenn ihr euch offensichtlich noch nicht mal darauf einigen konntet, wie der richtige Weg ist, das Ganze durchzuführen. Das ist ja auch eine kritische Frage. Am Ende des Tages hat Marco bei dem Punkt recht, dass wir dem AStA theoretisch nichts mehr aufladen sollten, bis es da eine Nachfolge gibt. Da müssen wir auch mal einstecken, dass bestimmte Sachen nicht durchgeführt werden. Das ist halt einfach so am Ende des Tages. Deswegen müssen wir das auch einfach respektieren, dass eine Person, die nur noch Kommissarisch im Amt ist, auch nicht jede Aufgabe übernimmt. Eine Party ist nun mal ein Plus. Das müssen wir hier einfach sehen. Bitte Marco, da sinnvoll und lieb behandeln. Das ist echt dankbar, können wir sein, dass er das aktuell noch alles macht und nicht einfach sagt, ich mache jetzt gar nichts mehr. Darüber hinaus, um jetzt zu den wichtigen Punkten zu kommen, finde ich es bei einer potenziellen Party wichtig, dass DJ Giro auftritt. Das ist der beste DJ in Aachen. Andere Sachen sind da einfach nicht möglich bei einer SAP. Ganz klar. Außerdem für A-Level-Helfer müsste eine Engelbert-Strauß-Hosen-Pflicht gelten. Alles andere wäre nicht sinnvoll. Ich will euch auch noch mal anhalten, über das Thema Steuersparen nachzudenken, weil dann können wir auch noch mal diese 40.000-Euro-Summe vielleicht runterkriegen. Also wo das möglich ist, darauf vielleicht verzichten.

Liam: Ich habe zwei Fragen. Das erste ist, in einem der vorstellbaren Modelle, was ist denn das Minimum, wovon du ausgehst, Silas, dass der AStA das leisten muss? Ich habe bis jetzt drei Sachen, die mir vorschweben, den Zuschuss prüfen, das Geld überweisen und die Ausgaben genehmigung erteilen. Kannst du dem Dinge hinzufügen?

Silas Ritz: Aus vorher genannten Gründen würde ich mich einfach jetzt, wie gesagt, da einfach raushalten, wie auch Karl gerade gesagt hatte. Ich halte mich da jetzt raus. Ich möchte einfach auch nicht meinen Nachfolger irgendwas kritisieren oder irgendwas. Das möchte ich hier nicht. Deswegen werde ich darauf keine Antwort geben.

Liam: Die zweite Frage. Ihr habt gesagt, das Geld bekäme man über die Fachschaften irgendwie zusammen, weil Marco ja eingeworfen hat, was macht ihr, wenn ihr das, also ihr müsst das ja erstmal irgendwie haben. Das heißt, der Zuschuss ist für eure Risikominimierung, wenn man so möchte und für die Sicherheit dann.

Silas Ritz: Risikominimierung, Sicherheit, genau, weil die 30.000, also wenn ich drüber gucke, werden wir über vier Fachschaften keine 30.000 zusammengekratzt bekommen. Dafür sind dann doch am Ende die vier Fünfer-Fachschaften zu klein, als dass wir die 30.000 als Risikoabsicherung zusammengekratzt bekommen.

Liam: Okay, das heißt, es ist eben nicht nur die Risikominimierung, sondern die Ermöglichung. Das heißt, lehnen wir diesen Antrag jetzt ab, gibt es keine SAP?

Silas Ritz: Auf den Punkt gebracht, sehr wahrscheinlich ja.

Justus: Ja, genau, den Teil kann ich mir schon mal sparen und deswegen nochmal die Frage, wie kommen wir hier zu einem Modus

hin, wie der AStA möglichst wenig Arbeit damit hat, nach Möglichkeit nur die Dinge unterschreiben, genehmigen muss, die er für solche Veranstaltungen genehmigen muss und darüber hinaus alle nicht unvermeidbaren Aufgaben ferngehalten werden. Ich bin da leider zu wenig im Thema, aber ich bin doch recht zuversichtlich oder vertraue auf die Kompetenz der hier anwesenden Leute, dass es da eine Regelung findet und dass man den Arbeitsaufwand dann auch dort so klein halten kann. Weil der Arbeitsaufwand, den ich auch wertschätze, hin oder her, man muss ja jetzt schauen, stehen da mit euch drei Leute auf der Bühne, die die ganze restliche Arbeit übernehmen wollen, zusammen mit vielen anderen und euer Interesse ist ja, die Arbeit wegzunehmen, nicht wegzunehmen, abzunehmen und eine Veranstaltung auf der gleichen Qualität zu bieten. Also genau das, was eigentlich das Interesse sein sollte, die Aufgaben weiter wahrzunehmen, aber nicht mehr mit so viel Arbeitslast im AStA. Ich glaube, das ist genau die Sache, die passieren sollte und ich hoffe doch, dass wir jetzt für diese bürokratischen oder finanzhaushalterischen Probleme eine einfache und pragmatische Lösung finden, dass wir so etwas ermöglichen können, dass Leute was machen können. Weil sonst haben wir, glaube ich, wirklich ein Problem. Danke.

Simon R.: Das ist ja auch alles schön und gut, wenn man das vorher weiß, weil so hantieren wir hier gerade mit Satzungsordnung und schauen alle spontan nach und nennen euch Gründe, die wir euch auch im Vorhinein hätten nennen können, wenn ihr da schon mal vorher auf uns zugekommen wärt. Also erster Punkt, Unterstützung von studentischen Eigeninitiativen. Da steht ganz klar drin, bei Unterstützung über 1000 Euro muss der Haushaltsausschuss vorher angehört werden und seine Entscheidung vorlegen. Das ist hier nicht passiert. Hätte man, wenn der Antrag vor zwei Wochen gewesen wäre oder letzte Woche, hätte man das machen können. Aber der Haushaltsausschuss hätte den ja trotzdem machen können am Montag. Dann, Silas, du hast gerade gesagt, die 30.000 Euro kriegt ihr nicht zusammen. Aber nochmal, das, was Magno gesagt hat. Wir können euch die 15.000 Euro erst nachher auszahlen, nachdem alle Originalbelege vorgelegt wurden.

Silas Ritz: Ich habe Möglichkeiten genannt. Wir können jetzt hier eine Ordnungsreiterei machen und eine komplette, ich würde es hier ungern machen, weil das ist für das meiste Parlament hier nicht, du kannst am Ende sagen, drei Juristen, vier Meinungen. Du kannst das hier groß und breit diskutieren, in welche Richtung du jetzt gehen möchtest. Du wirst für alles Argumente finden.

Simon R.: Ja, aber das können wir hier an der Stelle zumindest darüber nicht machen. Was möglich wäre, aus meiner Sicht, sind Vorschüsse auf die ESA-Gelder. Wenn man das bei jeder Fachschaft machen würde, 90 % der Studierendenschaftsmittel, das wäre das Einzige, was wir machen können, aus meiner Sicht.

Silas Ritz: Aber aus ESA-Geldern dürfen dann wiederum keine Veranstaltungen finanziert werden.

Simon R.: Das ist ja ein Vorschuss auf die ESA-Gelder. Ihr zahlt das ja am Ende wieder zurück. Das ist ja nur quasi, damit ihr erstmal mehr Liquidität habt, um diese ganzen ESA-Ausgaben machen zu können. Dass die Party am Ende nicht über ESA-Gelder abgerechnet wird, ist ja egal. Es ist ja einfach nur, dass ihr erstmal mehr Geld auf dem Konto habt. Das ist was, was wir machen können. 90 % der Studierendenschaftsmittel für jede Fachschaft. Könnt ihr euch überlegen, ob das reicht oder nicht. Was anderes sehe ich nicht.

Silas Ritz: Kann ich dir gerade nicht aus dem Kopf sagen, da ich nicht genau weiß, welche Fachschaft welche Mittel bekommt und was davon 90 % sind. Und was das aufsummiert ergibt. Das kann ich dir jetzt aus dem Kopf nicht sagen.

Karl H.: Ich kann dir das auch nicht aus dem Kopf sagen, weil ich bin auch schlecht in Mathe. Aber das ist ja nicht schlimm. Wir drehen uns ja jetzt irgendwo im Kreis. Das ist nicht gut, sonst kommen wir nicht auf ein Ergebnis. Und diese Verwirrungstaktik, und am Ende stimmen wir dann doch zu, weil es um Party geht, ist ja auch irgendwie doof. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir das so machen, wie Julius das eigentlich gesagt hat. Am Anfang oder irgendwann zwischendurch. Dass wir sagen, wir sind generell dafür. Oder stimmen dem zu unter der Auflage, dass das alles im Haushaltsausschuss besprochen wird im Detail. Und der Haushaltsausschuss hat dann einfach die Aufgabe, mit euch zu gucken, ob es da einen sinnvollen Weg gibt, das Ganze durchzuführen und abzurechnen unter minimalem Aufwand des AStAs. Und wenn es dann nicht möglich ist, dann machen wir es eben nicht. Dann müssen wir auch mal dem Haushaltsausschuss vertrauen. Ich glaube, für uns sitzt da vielleicht auch jemand drin. Ich weiß es nicht. Und dann kriegen wir das auch hin. Aber jetzt hier, gerade in den letzten neun Minuten, kriegen wir das auf keinen Fall hin. Deswegen würde ich einfach vorschlagen, dass mit diesem Ding, was Julius ja vorhin gesagt hat, das jetzt einfach mal zuzustimmen. Dann muss der Haushaltsausschuss da einen sinnvollen Weg finden. Und wenn man da keinen sinnvollen Weg findet, dann besprechen wir es eben irgendwann im September oder so. Und was ich jetzt auch wirklich Wichtiges noch mal sagen will. Jan würde auch einen Teil seiner AE dazu geben, unter Bedingung, dass Voltis dann A-Helfer werden. Darauf kannst du aber später noch auf uns zukommen.

Justus: Ja, ich wollte mit einem ähnlichen Vorschlag um die Ecke kommen. Ich würde auch bei Karl sein, den letzten Teil jetzt für mich da aufzunehmen. Ich habe das auch mal ausgeschlossen. Wir sollten hier einen Antrag machen, der den Willen bekundet, das zu tun und aus welchem Haushaltsposten das abgerechnet werden soll und kann. Das mag berechnete Aufgabe des Haushaltsausschusses sein. Und ich bin zuversichtlich oder sehe gerade, dass da auch Interesse besteht, da eine konstruktive Lösung zu finden. Und darauf, denke ich, kann man sich heute gut verständigen. Danke.

Liam: Weil es jetzt von zwei Leuten begrüßt wurde, dieses Vorgehen, und ich noch nichts von euch dazu gehört habe. Wie steht ihr dazu? Findet ihr das in Ordnung, das in den Haushaltsausschuss zu überführen und dort dann weiter darüber zu sprechen? Was für Risiken sieht man bei dem Vorgehen oder eventuell auch nicht?

Silas Ritz: Der Antrag, also der aktuelle Antrag ist ja dementsprechend, dass wir ja angefügt haben an den aktuellen Antragstest, den wir haben, dass halt ja noch eine Zustimmung des Haushaltsausschusses ausstehend ist. Den Änderungsantrag hatten wir übernommen. Also sehe ich jetzt nicht, wenn wir dem Antrag in der Form zustimmen, mit dem Zusatz halt eben, dass der Haus-

haushaltsausschuss sich damit befasst und die insgesamt Zustimmung vom Haushaltsausschuss abhängig ist, sehe ich da jetzt kein Problem, was dagegen sprechen würde. Okay, danke. Solange der Haushaltsausschuss in den nächsten zwei Wochen sitzen wird. Aber ich glaube, das sollte möglich sein.

Marten: Ich würde einmal, da das der letzte Redebeitrag war, um fünf Minuten Sitzungsunterbrechung bitten, damit wir einmal debattieren können, welche Mehrheit der Antrag braucht, weil es gibt aktuelle verschiedene Versionen. Gibt es irgendwelche Meinungen dazu? Gegenrede? Marco?



Marten Schulz: GO-Antrag auf 5 Minuten Sitzungsunterbrechung

Begründung: Wir müssten einmal diskutieren, welche Mehrheit der Antrag benötigt.

Gegenrede Marco: Definitiv benötigt das eine zwei-drittel Mehrheit. **Die Sitzung ist mit (M/R/R) unterbrochen.**

Lena K.: Die Pause ist dann jetzt zu Ende. Dementsprechend würde ich alle bitten, reinzukommen, sich hinzusetzen, dass wir weitermachen können.

Jana Zühlke: Ja, das geht relativ schnell. Aber mir ist das eben ein bisschen untergegangen. Ich möchte mich einmal ganz herzlich bei euch dafür bedanken und bei den Fünfer-Fachschaften, dass ihr es zumindest versucht. Ich hoffe, dass ihr die Chance bekommt, die SAP weiterzumachen, dass ihr euch dafür verantwortlich fühlt. Und ihr Aufgaben übernehmt, für die ihr eigentlich nicht zuständig seid. Und ich finde, es ist super, dass ihr das macht.

Jan Kösters: Ich habe eine Frage an die Antragstellenden. Ich habe im Kopf stehen, dass die drei wichtigsten Aufgaben vom AstA eigentlich die Studierenden vertreten, Soziales und Kultur sind. Liege ich damit falsch?

Silas Ritz Jetzt fragst du mich, was ich glaube, nachdem, wie ich das Hochschulgesetz interpretiere, fragt mich bitte nicht, welcher Paragraf, ja.



Marten Schulz: Änderungsantrag

Ersetzt „Mitarbeiter“ durch „Projektleitende“.

Streiche „und mit einer finanziellen Bezuschussung von 15000€. Die Auszahlung erfolgt ...“

Streiche den letzten Satz.

Füge hinzu: Der AstA soll nach § 49 die ESA Gelder auszahlen.

Marten: Es ist ein weiterer Änderungsantrag eingegangen von mir, der besagt, dass Mitarbeitende durch Projektleiter ausgetauscht werden sollen. Und das Wort weiterhin streiche und mit einer finanziellen Beschlusszuschussung der Veranstaltung in Höhe von 15.000 Euro die Aushandlung des Zuschusses erfolgt zum 1.9.2024 an die Fachschaften 5.1. Das soll gestrichen werden. Weiterhin soll der Satz hinzugefügt werden. Der AstA soll nach Paragraf 49 der Finanzordnung einen Vorstoß zur Vorfinanzierung der Erstsemesterarbeit der Fünferfachschaften auszahlen. Und der letzte Satz, den wir mit dem Änderungsantrag geschrieben haben, soll ausgestrichen werden mit der Begründung, dass jetzt keine finanzielle Sachen mehr drin stehen in diesem Antrag. Würdet ihr den Änderungsantrag annehmen? Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Justus: Ich habe zwei Rückfragen. Zum einen zu dem letzten Satz, der gestrichen wurde, das ist mir jetzt akustisch ein bisschen untergegangen.

Marten: Das war der Änderungsantrag von Julius. Das war der Haushaltsausschuss gibt dazu eine Stellungnahme ab. Der ist gestrichen worden mit der Begründung, mit dem Gedanken, weil jetzt nichts mehr finanzielles drin steht. Also finanziell bindendes.

Justus: Alles klar. Das finde ich schade, aber würde ich verstehen. Und meine andere Frage wäre, und dann wäre auch der Haushaltsausschuss wieder im Boot. Warum man die 15.000 Euro nicht drin lässt und zumindest versucht, dort eine Lösung zu finden. Ich bin erinnert oder ich sehe, dass das schwierig sein kann, das jetzt hier so ad hoc zu machen. Aber wenn es nicht geht, dann geht es nicht. Dann müssen die Fachschaften eine andere Lösung finden. Aus meiner Sicht verlieren wir nichts, den Willen zu bekunden. Wenn es allerdings für diesen Vorstand keine Mehrheit gibt, dann bin ich natürlich auch Pragmatiker.

Marten: Dann lässt man das raus. Ich kann das ganz kurz begründen, weil ich den Änderungsantrag gestellt habe. Wir als Studierendenparlament können nur beschließen, dass der AstA einen Zuschuss in Form der Finanzordnung stellen kann. Sprich, dass der AstA im Nachhinein das Geld auszahlt. Und zugleich brauchen wir dann das Zweidrittelmehrheit. Die ganzen Formale sind in dem Fall fraglich. Nur das kann das Studierendenparlament beschließen. Natürlich gäbe es noch andere Möglichkeiten, wie der AstA das unterstützen kann. Dazu bräuhete es aber nicht die Beschlussfassung des Studierendenparlamentes. Und genau deshalb, weil das dann kritisch ist mit den 15.000 Euro, wenn wir das so im Nebensatz reinschreiben, haben wir nicht die Befähigung dazu, das müsste der AstA freiwillig von sich aus entscheiden und nicht durch uns aufgedrückt bekommen.

Justus: Okay, wenn ich noch darf, sonst kann auch gerne, sonst macht Julius erst.

Julius K.: Weil jetzt alles finanziell aus dem Antrag gestrichen wurde. Ihr habt vorhin gesagt, dass ihr die Veranstaltung nur machen könnt. Ja. Du hast gesagt, dass die nur durch die Unterstützung der Studierendenschaften passieren kann, weil jetzt alles aus der. alles finanziell aus der Beschlusstexte gestrichen wurde. Wie wollt ihr das dann stattfinden lassen?

Silas Ritz: Wir haben ja jetzt, ich sag mal, der aktuelle Antragstext ist aus einem Kompromiss, den wir mit dem AStA zusammen erarbeitet haben in der Pause. Das heißt, wir haben jetzt. Im aktuellen Moment versuchen wir es jetzt darüber zu regeln, wie es jetzt im Antragstext steht. Und ich hoffe, dass wir es auch über alle Fachschaften kommuniziert bekommen, dass wir das so hinbekommen. Das ist jetzt ein anderer Weg, den wir jetzt versuchen zu gehen. Wie gesagt, es gibt mehrere Wege und wir versuchen jetzt hoffentlich, dass wir es damit hinbekommen. Aber ich möchte jetzt kein Commitment abgeben, ob die Fünfer damit jetzt alle d'accord sind, mit diesem Commitment. Weil das jetzt was ganz anderes ist, aber wir werden es versuchen.

Lena K.: Als nächstes ist Michael Dran mit einem GO-Antrag auf sofortige Abstimmung.

Michael: Ich glaube, der Zeitraum für den Tagesordnungspunkt ist abgelaufen. Die Stunde.

Lena K.: Tatsächlich nicht ganz. Wir haben noch ein paar Minuten übrig.

Michael: Dann nehme ich es zurück.

Lena K.: Es sind aber auch nur noch zehn.

Karl H.: Also, ich habe den Änderungsantrag jetzt nicht gelesen und ich verstehe nicht, worum es geht. Könnt ihr das bitte wiederholen, bevor wir über irgendwas abstimmen, wo jetzt nur fünf Leute Bescheid wissen, die super Cracks sind hier.

Silas Ritz: Ich versuche es, auch ohne, dass es mir gerade selber vorliegt, nochmal so zusammenzufassen. Also, es geht jetzt darum, der AStA würde, ich glaube, Paragraph 49 der Finanzordnung, ich bin mir nicht mehr ganz sicher, den Fachschaften die ESA-Mittel vorfinanzieren. Das heißt, wir würden Geld vom AStA bekommen, das wir am Ende natürlich aber auch zurückzahlen müssten. Genau. Wir würden vom AStA jetzt Geld bekommen, der AStA wäre damit d'accord. Und das ist jetzt so gesehen der Antrag.

Karl H.: Ja, okay, wenn die beiden damit da vorne okay sind, also ich meine jetzt nicht die da hinter dir, sondern die da links neben dir, dann können wir dem jetzt einfach mal zustimmen, weil dann gibt es ja auch keine Probleme, weil das war ja die größte Kritik, dass irgendwo mehr Aufwand beim AStA liegt.

Silas Ritz: Genau, das war jetzt das, worauf wir uns eben verständigt hatten und wo wir jetzt alle mitgehen würden.

Marten: Der Antrag ist in OpenSlides einsehbar.

Justus: Genau, noch einmal zu der Rückfrage oder zu der Ausführung von euch. Also danke schon mal für die Aufklärung. Ich finde auch, dass es jetzt hier zu einem guten Kompromiss gekommen ist. Und ich höre jetzt raus, dass es ein Commitment dazu gibt, dass man versucht, eine Unterstützung dann auf anderen Wegen, also sprich in der AStA-Sitzung oder im Rahmen der Referenten, stattfinden zu lassen. Das höre ich raus und ich finde, dass das eine Zusage ist, mit der man arbeiten kann. Und wenn ihr das über den Zuschuss oder diese Vorfinanzierung schafft, glaube ich, haben wir da eine gute Möglichkeit gefunden.

Lena K.: Justus stand jetzt als Letzter auf der Redeliste. Gibt es weiteren Rednerbetrag? Ansonsten würde ich jetzt die Redeliste schließen. Wir würden jetzt mit dem Antrag abstimmen. Wir brauchen eine einfache Mehrheit für diesen Antrag. Dementsprechend würde ich jetzt zur Abstimmung kommen.

Der Antrag aus der Debatte „Beschlussvorlage Semesteranfangsparty“ ist mit (M/R/R) angenommen.

Simon R.: Gibt es noch Fragen? Ich muss sagen, dass das unglaublich anstrengend war. Ich hätte mir das sehr viel früher gewünscht, um nicht diese Debatte hier zu führen.

Justus: Ich stand da noch und dachte, dann mache ich das noch mal. Ich finde es sehr gut, dass man zu dieser Lösung gekommen ist. Ich glaube, an der Stelle lohnt sich dann auch eine Anstrengung. Vielen Dank an meiner Stelle. Und vielleicht direkt die Frage, weil das jetzt so ein bisschen untergegangen ist. Wie war jetzt die Überlegung, die ganze Veranstaltung vielleicht noch zu unterstützen, finanzieller Sache? Man plant das auf einer AStA-Sitzung noch mal zu diskutieren. Oder was war das Commitment?

Simon R.: Nein, wir haben ja gerade beschlossen, dass der AStA einen Zuschuss an die Fünferfachschaften für die Erstsemester-Arbeitsgelder auszahlen soll. Das heißt, wir können dann in Höhe von 90 % der Studierendenschaftsmittel für das Sommersemester einen entsprechenden Zuschuss gewähren. Die Entscheidung darüber liegt bei Marco und mir. Und dann müssen die Fachschaften das am Ende komplett zurückzahlen.

Justus: Ihr wollt aber keinen Zuschuss im Sinne eines Zuschusses gewähren. Das habe ich falsch verstanden.

Simon R.: Das können wir nicht. Das habe ich ja vorher mehrfach erklärt. Oder auch Marco. Das ist dafür entsprechende Regelungen der Finanzordnung gibt. § 59 Zuschuss für studentische Eigeninitiativen, wo auch Fachschaften zu fassen sind.

Justus: Alles klar, dann finde ich das schade und hoffe, dass jeder noch Möglichkeiten sucht und wird das Wort weitergeben.

TOP 10 Änderung der Finanzordnung(Anpassung der Aes) (Antrag SP72-A022)

19:58 Uhr

Lena Kertzsch führt zu den Modalitäten aus, dass für den Antrag drei Lesungen auf einer Sitzung notwendig sind.

Der Antrag ist unter Anlage 7 zu finden.

Simon Roß, Marco Leonhardt, Zekiye Kazan stellen den Antrag vor.

Lena K.: Gibt es noch Personen mit weiteren Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Vielen Dank für deine Arbeit, Simon. Wir wären jetzt bei den Top-11-Anträgen zum Israel-Palästina-Konflikt. Dann haben wir das vielleicht einfach verkackt. Sorry. Ich glaube, die Anträge wären zuerst dran. Wir haben sie noch nicht aufgenommen.

Lena K.: Sorry, ich bin euch durcheinandergelassen. Wir sind jetzt bei, immer noch Top-11, Änderung der Finanzordnung, Anpassung der AEs. Auch für diesen Antrag, Leute, bringt Ruhe rein. Danke. Zurück. Für diesen Antrag brauchen wir drei Lesungen auf einer Sitzung. Ich würde einmal um die Stellungnahme des Satzungsausschusses bitten.

Marten Schulz: Der Satzungsausschuss sieht keine Gründe, die gegen eine Annahme sprechen.

Julius Kröger: Der Haushaltsausschuss hat dazu auch noch eine Stellungnahme. Der Haushaltsausschuss sieht aus haushalterischer Sicht keinen Grund, der gegen eine Annahme spricht.

Lena K.: Vielen Dank. Dann befinden wir uns hiermit in der ersten Lesung. Simon wird, denke ich, den Antrag vorstellen.

Simon Roß: Ja, ich denke, wir haben da schon sehr häufig drüber geredet, zumindest über einzelne Punkte. Höhe der REF-AE. Das ist eben unser Antrag aus dem Januar noch mal. Wir haben beim Strukturausschuss drüber gesprochen. Da wurde vorgeschlagen, das Ganze auf 50 % dessen zu reduzieren. Das kam von der LHG. Ich habe gestern im Sitzungsausschuss erfahren, dass es von der ALFa auch noch einen anderen Vorschlag gibt. Das würde ich aber gerne auf die Enddebatte in der zweiten Lesung verschieben. Und jetzt in der Grundsatzdebatte einfach nur sagen, dass wir da hoffentlich dann schnell durchgehen, dass wir gleich noch mal einen Änderungsantrag stellen wollen, der das bei den Fachschaften wieder rausstreicht. Ich hatte das ja schon in meiner Mail geschrieben, dass ich das Ganze schon mal im April auf einem Kex oder im März, ich weiß nicht mehr, angesprochen hatte, wo die Meinung der Fachschaften war, man wolle das eigentlich nicht mit den AEs. Dann gab es aber im Studienparlament dennoch immer wieder die Forderung, dass die Fachschaften auch mit AEs bedacht werden müssten. Deswegen habe ich mir beim letzten Antrag gedacht, okay, dann entwirft man da einfach mal für was, weil dann haben die Leute auch was in der Hand und können sich entweder dafür oder dagegen konkret aussprechen, wenn sie das tatsächlich wollen. Und dann gab es noch mal ein Finanzkex, was Julius einberufen hat vom Haushaltsausschuss. Danke dafür an der Stelle auch noch mal, wo die Meinung der Fachschaften wieder relativ einhellig war. Die Maschis haben gerade auch noch mal eine Stellungnahme rumgeschickt, habe ich gesehen. Ihr sitzt da auch an der Seite. Von den Boeings habe ich eine Mail bekommen. Und von den Bios habe ich auch eine Mail bekommen, dass sie das ablehnen. Insofern würde ich das dann wieder rausstreichen. Ich stelle den Antrag aber gerne dann zur Abstimmung, sodass das Parlament das Ganze entscheiden kann. So viel erst mal vorweg. Und ich würde mir wünschen, dass wir zeitnah in die Änderungsdebatte übergehen.

Lena K.: Möchte jemand jetzt in der Grundsatzdebatte darüber reden?

Marten: Kurz Ruhe. Es gab ein GO-Antrag von Michael. Das war mein Fehler. Das heißt, du wirst in die zweite Lesung überführt. Gibt es Gegenrede? Justus? Dann stimmen wir darüber ab. Möchtest du was sagen?



Michael Dappen: GO-Antrag auf Sofortige überführung in die zweite Lesung

Begründung: Eine Grundsatzdebatte bringt noch nichts.

GO-Antrag ist mit (22/5/7) angenommen

Der Antrag wird mit (23/2/8) in die zweite Lesung überführt.

Der Antrag wird mit 23/2/8 in die zweite Lesung überführt

Justus Schwarzott: Jetzt die Frage zu diesem Antrag. Wie oft wird dieser Antrag noch gestellt, wenn er heute leider nicht die Mehrheit finden sollte?

Zekiye Kazan: Ich hoffe, der wird angenommen. Ansonsten wird der im Oktober noch mal gestellt. Wenn wir einen Vorsitz finden sollten.

Marco Leonhardt: Der Antrag hatte eine Mehrheit. Es fehlten nur die erforderlichen wenigen Stimmen. Aber eine Mehrheit ist dafür da.

Michael: Zur letzten Sitzung war das Thema, dass es Formen von diesem Antrag gab, weswegen ich das auch direkt in die zweite Lesung überführen wollte, die auch Unterstützung von der ALFa gefunden hätten. Das wurde mir so kommuniziert. Wir haben jetzt bei dem letzten Antrag auch hier von uns und dieser Seite bewiesen, dass wir auch konstruktiv umgehen können, selbst wenn Sachen sehr kurzfristig kommen, selbst wenn das Vorgehen schlecht ist. Ich weiß, dass ihr der Auffassung seid, und das ist auch begründet, dass es dumm ist, dass wir die

ganze Zeit nur diesen Antrag stellen und nicht so wirklich groß auf eure Kritikpunkte eingehen. Die selbe Form von konstruktivem Miteinander, was ihr gerade von uns erwartet habt, erwarte ich jetzt von euch. Wenn ihr Änderungen habt, wenn ihr wirklich eine Form habt davon, wie der Antrag annehmbar werde, dann kommuniziert das jetzt. Dann setzen wir uns zusammen. Wenn nicht, dann sagt, dass ihr grundsätzlich dagegen seid. Dann wird das halt nichts. Einfach Zeit sparen jetzt.

Karl Hammer: Ja, ich will ein bisschen destruktiv sein. Nee, Spaß. Wir als Volt sind mit den neuen Änderungen sehr einverstanden und finden das sehr gut. Zuletzt gab es Probleme, weil das Gehaltsverhandlungen waren. Das war echt komisch. Da das jetzt vom Tisch ist, können wir wohlwollend dafür stimmen und sehen da jetzt auch keinen weiteren Debattenbedarf.

Julius K.: Danke. Ich will mich noch mal bei euch bedanken, dass ihr das wichtige Thema immer weiter uns nervt. Das ist eine Frage, die wir beantworten müssen. Wir können nicht einfach das Thema so beantworten, wie wir sagen, wir wollen das jetzt nicht weiter diskutieren. Wir können uns darauf nicht einigen. Wir müssen uns in irgendeiner Weise darauf einigen. Deswegen freue ich mich und meine volle Unterstützung, dass ihr den Antrag immer weiter anbringen. Das ist eine sehr wichtige Frage.

Jan Kösters: Ich finde das eigentlich ganz gut, die ist anzupassen. Ich würde jetzt aber auch gerne über Gruppen, die in dem Antrag nicht erwähnt worden sind, sprechen. Explizit BSHK-Vertretung, GSP und Sportref. Da wurde vor zwei Jahren schon angesprochen, die auch auf 67 % zu erhöhen. Das würde ich da eigentlich gerne sehen, zeitnah.

Simon R.: Bin ich sehr offen, darüber zu reden. Ich stelle gerne einen Änderungsantrag.

Jan Kösters: Ich bin kein MdSP.

Simon R.: Du darfst auch als normaler Studierender.

Jan Kösters: Du darfst. Okay, dann stelle ich einen Änderungsantrag.

Lena K.: Justus, du bist dran.

Justus: Ich habe mich nicht gemeldet oder zumindest nicht absichtlich. Ich ziehe das zurück.

Karl H.: Hi, das bin wieder ich. Jan, ich finde zwar deine Idee gut, dass man auch diese Gruppen beachtet, aber ich finde das jetzt ehrlich gesagt bei dem Antrag so ein bisschen zu viel, das vor allem jetzt beim dritten Mal noch mal komplett ein neues Schauplatz da aufzumachen. Ich glaube, da brauchst du einen eigenen Antrag. Der wird auch sicherlich mit einer anderen oder einfacheren Mehrheit, also nicht einfache Mehrheit, aber mit einer einfacheren Mehrheitsfindung dann sicherlich angenommen. Aber lass uns doch jetzt bitte auf diesen Antrag konzentrieren. Wenn es da noch Fragen gibt, darüber reden und jetzt nicht noch mal zehn andere Sachen aufmachen, weil das war auch das Problem beim letzten Mal, dass bei diesem eigentlich sehr direkten Antrag dann noch mal zehn andere Sachen dazu kamen. Das wäre viel sinnvoller und den Antrag, den du dann stellen willst, können wir auch gerne beim nächsten Mal gesondert behandeln und ich glaube, dass der, wie gesagt, eine sehr gute Mehrheit finden wird.

Marten: Es ist ein Änderungsantrag eingegangen von Simon. Ich zitiere, streiche die Änderung der Fachschaftsrahmenordnung sowie die Zeile zu den AEs für Mitglieder der Fachschaftsräte. Simon, nimmst du den Änderungsantrag an?

Simon R.: Ich hatte gerade schon gesagt, dass ich das nicht selbst entscheiden möchte, sondern das Parlament das entscheiden soll, weil das ja immer gefordert wurde von uns, dass wir das mit bedenken.

Marten: Gut, dann stimmt. Gibt es Redebedarf zu dem Änderungsantrag?

Julius K.: Ich verstehe, wie du das meinst, aber ich glaube, wir sollen auch die Fachschaften hören und auf die Finanzkexxe. Das war die sehr, sehr eindeutige Meinung, dass sie das nicht wollen.



Simon Roß: Änderungsantrag

Streiche die Änderung der Fachschaftsrahmenordnung sowie die Zeile zu der AE für Mitglieder der Fachschaftsräte.

Der Änderungsantrag wurde mit (29/1/6) angenommen.

Lena K.: Gut. Der Antragsteller nimmt den Antrag nicht an. Dementsprechend würde ich jetzt einmal über den Änderungsantrag abstimmen zum Streichen der Fachschaften AEs. Wer ist, wer enthält sich zu diesem Antrag? Enthaltungen? Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Damit ist der Änderungsantrag angenommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? David Hall.

David Hall: Ja, Michel, du hattest um Feedback gebeten oder um Input. Gebe ich dir sehr gerne. Hatte ich im Sitzungsausschuss auch schon angekündigt. Und zwar war ein Gedankenspiel, das als Grundkonstrukt angelegt wurde im Zusammenhang mit einer möglichen maximal höher einer Aufwandsentschädigung, wie sie auch im Rahmen ist. Eine Idee. Wir haben als Studis die Möglichkeit, aufs Jahr gerechnet, können wir arbeiten parallel zum Studium, ohne aus der studentischen Krankenversicherung zu fliegen und Sozialbeiträge zu zahlen. Das sind 19 Stunden. Gleichzeitig kann man als HIWI bei einem ganz guten Stundenlohn von 12,50 Euro sind es aktuell arbeiten. Als WHB sind es, ich glaube, 14,50 oder sogar 15 Euro. Und diese Zahlen anzulegen als maximal ist es eh möglich bei einem akzeptablen Lohn, die RWTH zahlt akzeptable Löhne, sei dahingestellt, das zu bezahlen oder das hochzurechnen auf einer AE, nicht als wir orientieren uns wie bisher am BAföG oder einer Geringfügigkeitsgrenze, sondern wir schauen darauf, was zahlt die RWTH, was kann man als Studi überhaupt haben? Was

ist möglich? Und klar, es gibt immer Möglichkeiten für andere Arbeitgeber zu arbeiten, die sehr viel mehr zahlen. Aber irgendwo ran müssen wir uns orientieren. Deshalb war die Überlegung zu sagen, okay, wenn wir sagen würden, man hätte die Zeit zu arbeiten, 19 Stunden die Woche, das rechnen wir mal SHK-Gehalt, das die RWTH derzeit zahlt. Und das setzen wir als die Höhe einer AI für Refs an, die ja nebenbei wahrscheinlich eh studieren oder zumindest nicht unbedingt in Vollzeit arbeiten, wäre eine Idee, ein reines Gedankenkonstrukt, welches mir gekommen ist, wo wir listenintern auch schon darüber gesprochen haben. Es ist keine Listenmeinung. Es ist einfach nur das, was ich Simon bereits auf dem Sitzungsausschuss einmal erzählt habe, was ich der Produktivität halber einmal auch hier geteilt haben wollte.

Marco: Das ist ein interessanter Vorschlag, weil genau da hat eure eigene Liste, nämlich Joshua, beim letzten Mal kritisiert, als wir das letzte Mal hier drüber gesprochen haben, dass eine Orientierung, wie wir das beim letzten Mal vorgeschlagen haben, an einem Lohn oder Gehalt, so eine steuerrechtliche Frage aufwerfen würde, ob das als Steuerhinterziehung gewertet werden könnte. Und die Kritik kam das letzte Mal aus eurer Liste. Ich habe den Punkt von Joshua verstanden, auch wenn das in dem Falle noch zu klären gewesen sei. Aber ich finde das auch wieder ein unmögliches Vorgehen, beim letzten Mal uns einen Vorwurf zu machen für einen Vorschlag und den jetzt dann noch mal von eurer Seite aus selber dann genauso in einer ähnlichen Form zu bringen.

David: Ich rede an der Stelle mal rein, das ist kein Vorschlag meiner Liste. Ich habe gesagt, das ist eine Idee, die ich hatte, ein Gedankenkonstrukt. Ich würde gerne ganz klar meine eigene Idee von der Meinung meiner Liste getrennt haben. Als Listensprecher spreche ich auch gerne für die AIFa. Das tue ich gerade nicht. Ich rede als ich.

Marco: Du hattest gesagt, dass du das mit deiner Liste abgesprochen hast. Das habe ich dann anders gewertet.

David: Ich habe gesagt, ich habe mit denen geredet. Ich habe gesagt, dass es keine Meinung meiner Liste ist. Das habe ich relativ klar gesagt.

Marco: Ja, da hast du das ja noch mal klargestellt. Aber trotzdem finde ich das interessant.

David: Okay, finde es interessant.

Michael: Ich kann verstehen, Marco, dass du da verletzt bist. Ich würde aber gerne wirklich nur damit beschäftigen, was sind Sachen, die wir machen können, um zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen. Wir wollen den Beschluss haben, also ein bisschen Vergangenheit sein lassen. Die Frage ist aber jetzt, du hast jetzt gerade gesagt, dass es nicht eine richtige AIFa-Position ist. Voraussichtlich wird es so sein, dass dieser Antrag nur durchkommt, wenn es in gewisser Weise AIFa-Position wird. Ich glaube, sonst haben wir hier keine Chance für das Ding. Es wäre dann in gewisser Weise eine Frage, kann das noch AIFa-Position werden heute, damit wir da tatsächlich ernsthaft drüber reden können. Dann können wir nämlich gucken, das ist dann ein Vorschlag. Dann können wir gucken, geht der Rest damit gut? Dann ist gut und dann können wir ihn abstimmen. Dann sind wir alle glücklich und müssen nicht noch mal diesen Antrag machen.

Simon R.: Beziehungsweise wie divers ist die AIFa da auch an der Stelle? Ich könnte mir auch vorstellen, dass es einige Leute gibt, die vielleicht auch diesen Antrag gut finden. Ich könnte mir auch vorstellen, dass es einige Leute gibt, die das grundsätzlich ablehnen.

Fynn: Alles gut. Ich bin ja auch gar nicht mehr in eurer List. Vielen Dank trotzdem. Zwei Sachen. Zum einen zu Davids Vorschlag, sind wir da ja schon wieder doch irgendwie nah an diesem Gehaltsgedödel. Das finde ich schon irgendwie, das haben wir gerade als Volt kritisiert. Ich bin nicht Felix Hennig, ich bin auch gar nicht für die Volt gewählt. Aber ich spreche jetzt einfach mal für die Volt. Karl kann sich ja dann noch von mir distanzieren, der ist ja gleich noch dran. Aber das haben wir ja schon kritisiert. Zum anderen möchte ich meinem Ruf als Kommunisten auch gerecht werden und sagen, dass es zum einen nicht so was gibt wie gute Löhne und zum anderen 12,50 Euro auch dem Maßstab nicht entsprechen würden.

Karl H.: Ja, ich möchte mich erst mal von Fynn distanzieren. Ich finde ehrlich gesagt die Orientierung an dem, was wir jetzt vorgeschlagen haben, sinnvoller als an 19 Stunden und dann einen möglichen Mindestlohn. Weil das halt einfach unrealistisch ist an der Stelle. Und ich glaube, dass wenn wir so einen groben Betrag haben, oder so eine andere Festlegung haben, da deutlich besser hinkommen. Und ich glaube, dass das auch einfach deutlich mehrheitsfähiger ist. Aber vielleicht gibt es da noch andere Vorschläge aus der Liste, die wir noch diskutieren können. Wir können ja zum Beispiel in den Antrag aufnehmen, dass die AIFa die beste Liste der Welt ist. Und dass der AStA öffentlich posten muss oder so. Das wäre ja auch ein Punkt, den man vielleicht einbringen könnte. Ich habe auch noch Sticker dabei.

Liam Gagelmann: Ja, ich halte auch ehrlich gesagt nichts davon, das über irgendwelche Stunden Mindestlöhne zu machen.

Ira Lenau: Ihr könnt mich jetzt für dumm erklären, aber mal so in Zahlen. Ihr habt sehr viele Zahlen genannt in den letzten paar Anträgen. Was heißt dieser Antrag jetzt gerade in einer Zahl? Und was würde Davids Vorschlag in einer Zahl heißen? Weil ich verstehe das nicht.

Simon R.: Also die Minijobgrenze liegt gerade bei 538 Euro. Da ist unser Vorschlag, dass wir die aktuelle AE um 538 Euro erhöhen. Im Monat. Und Davids Vorschlag. Erstmal möchte ich dazu noch sagen, man kann 20 Stunden die Woche arbeiten, nicht nur 19. Wenn ich das mit 20 Stunden die Woche rechne, mal 4,348 mal 13,25, wo der aktuelle SAK-Lohn ist, dann kommt man auf 1.152, was über der aktuellen AE liegt, mit nur 218 Euro. Das ist nicht mal der Ausgleich zum Kindergeld an der Stelle, der beim letzten Mal vorgeschlagen wurde.

Lena K.: Dann wäre jetzt noch einmal David dran.

David: Ich muss gerade gucken, wo ich in der Quelle drin bin. Ich habe nämlich dazu noch eine schöne Pressemitteilung von De Statis, wo es darum geht, was so ungefähr der Alleinlebende Studie durchschnittlich braucht. Und damit sind wir bei irgendwas um die gerade errechneten 1160 bis 1200, was immer noch weniger ist als das, was in dem Ursprungsantrag drin ist, das, was derzeit in dem eventuellen Vorschlag vom Strukturausschuss im Raum steht. Da kommt meine Idee her. Neben der Tatsache, dass sich das für eine sinnvolle Orientierung hielt. Aber wie Fynn schon gesagt hat, Löhne kann man immer kritisieren. In Zweifel wird den Leuten zu wenig gezahlt für das, was sie tun.

Lena K.: Gut. Dann wäre jetzt noch einmal Liam dran. Oh ja, sorry. Das stimmt. Noemi, du wärst dran. Tut mir leid.

Noëmi Preisler: Ich würde gerne auch noch ergänzend zu Simon hinzufügen, dass es teilweise echt von der Krankenkasse abhängt, wie viele Stunden man die Woche arbeiten darf. Und wenn wir uns dann daran orientieren, das könnte halt eine ziemliche Ideallösung sein. Du bist sehr

leise. Okay, noch mal. Wenn ich David jetzt richtig verstanden hatte, also wenn wir in Richtung SHK-Löhne gehen, es kommt teilweise auf die Krankenkasse an, wie viele Stunden man arbeiten darf, um noch den Studierendenstatus zu haben. Das heißt, ich würde wirklich absolut nicht in diese Richtung gehen. Also 20 ist bei einigen der Fall, bei anderen ist 18,5. Und irgendwann macht das dann halt schon einen Unterschied.

Liam: Ja, ich würde an der Stelle um ein Meinungsbild bitten, ob man Interesse hat, das an Löhnen festzumachen oder egal, was man mit der Höhe macht, das an BAföG-Satz bzw. an den Löhnen festzumachen, über die wir vorher schon gesprochen haben. Und eben nicht an möglichen Löhnen auf 20 Stunden oder wie auch immer. Ich hätte gerne eine Aussage vom Studierendenparlament, ob man jetzt darüber weiter nachdenken und reden möchte oder nicht. Möchtest du das? Die Option eins wäre, wir befassen uns weiter mit Möglichkeiten, das über Lohn und wie viel kann man verdienen in der Stunde, 20 Stunden, wie auch immer, oder nicht. Wollen wir darüber weiter in der Form nachdenken oder einfach weiter über andere Punkte wie zum Beispiel die Höhe und andere Dinge reden, statt eben über, machen wir das über einen Lohn oder über eine Lohnberechnung.

Lena K.: Gut. Möchtest du das explizit nur an die MdSP stellen oder möchtest du das an sämtliche anwesende Menschen stellen?

Liam: Sämtliche anwesenden von mir, also ja.

Lena K.: Das Meinungsbild wird vom Präsidium. Also er kann sein Meinungsbild stellen, das liegt in der Bemessung, das Meinungsbild von Präsidium, ob es das durchfällt oder nicht. Und es ist nur ein Meinungsbild. Das bedeutet nicht. Nein, das ist auch das Auslegen des Präsidiums. Mein Vorschlag für ein Meinungsbild wäre jetzt folgendes. Okay. Und zwar, es gibt folgende Optionen. Wir diskutieren gerade über. Marco, Liam, wenn ihr diskutieren wollt, könnt ihr das vor der Tür machen? Okay, danke. Noch mal von vorne. Folgender Vorschlag zum Meinungsbild. Die Frage wird sein, möchtet ihr, dass wir über eine Lohnkopplung sprechen, also soll es an einen Lohn gekoppelt werden oder soll es nicht an einen Lohn gekoppelt werden? Ja oder nein? Das wären die Antwortmöglichkeiten. Koppelung an den BSHK des StuPas. Macht das Sinn? Wollt ihr darüber diskutieren? Ja oder nein? Verstanden? Fragen offen? Okay. Dann Diskussion über Koppelung an den BSHK. Ja. Jetzt die Hand heben. Alle können abstimmen. Muss nicht zwangsweise mit einer Stimmkarte sein. Gut. Wer ist tendenziell gegen die Diskussion? Das ist definitiv die Mehrheit. Also habt ihr da jetzt eher weniger Lust drauf. Ihr könnt trotzdem weiter darüber diskutieren, falls ihr wollt.

Marten: Es ist noch ein Änderungsantrag von Jan eingegangen. Der heißt, ändere auch die AES von. Der BSHK je 67%, die GSP-Mitglieder je 67%, die stellvertretende Beauftragte für inklusive Studium 67%. Gibt, möchtet ihr den annehmen oder möchtet den abstimmen lassen? Oder diskutieren lassen?

Simon R.: Ich würde das auch dem Parlament überlassen. Da gab es vorhin auch schon Gegenstimmen.

Marten: Gibt es Redebedarf zu dem Änderungsantrag?

Michael: Können wir dazu kommen, Sachen da reinzutun, den Antrag entsprechend zu ändern, damit er annehmbarer ist und nicht Sachen reinnehmen, damit er ablehnbarer ist?

Lena K.: Also die Antragsteller haben ihn abgelehnt. Dementsprechend würde darüber jetzt eh abgestimmt werden.

Michael: Ja, okay. Aber er hat mich gefragt.



Jan Kösters: Änderungsantrag

Ändere auch die AEs von:

- BSHK auf je 67%
- GSP Mitgliedern je 67%
- stellv. BIS 67%

Der Änderungsantrag wurde mit (1/17/10) abgelehnt.

Lena K.: Ja, gut. Wer enthält sich bei der Annahme dieses Änderungsantrags? Wer ist dagegen? Wer ist dafür? Gut. Der Antrag ist mit 17 Neinstimmen, einer Ja-Stimme und fünf Enthaltungen abgelehnt. Weiter mit dem Antrag an sich.

Simon R.: Ich stelle dazu gerne im nächsten Parlament einen Antrag, dass das kommt.

Lena K.: Michel, war das eben ein Wortbeitrag oder hast du noch einen?

Michael: Ja, ich wollte eigentlich noch was sagen, wenn ich darf.

Lena K.: Ja, mach schnell.

Michael: Können wir jetzt dazu kommen, wollen wir jetzt einen Änderungsantrag schreiben, den wir dann machen und den wir dann durchstimmen? Ist das eine Sache, die wir gemeinsam machen können? Sonst reden wir jetzt einfach. Das ist, glaube ich, die einzige Sache, die jetzt gerade produktiv ist. Wenn wir das nicht machen, dann weiß ich nicht, was die anderen Wortbeiträge sind.

Carlos Forero Sandoval: Ich will auch dafür plädieren, dass wir diesen Antrag durchbringen. Bei der jetzigen Bezahlung von Refs im AStA. Das kann nicht jeder Mensch machen. Nicht jedem reichen 800 Euro im Monat. Ich hoffe, das sind die Menschen, die grundsätzlich gegen

einen solchen Antrag sind, bewusst, dass nicht alle das Privileg haben, für 800 Euro Vollzeit zu ackern. Deswegen würde ich auch, wie Michel, gerne mich über eine Wortmeldung von Menschen, die vielleicht grundsätzlich dagegen sind, wie wir das hinkriegen können. Weil die AStA-Menschen ackern brutal hart.

Lena K.: Dann wäre jetzt einmal Moritz Henkes dran.

Moritz Henkes: Zur Frage, wie man damit umgeht. Und als jemand, der grundsätzlich dagegen ist, kann ich sagen, es gibt ja verschiedene Ansätze. Wir sehen, es mangelt an Attraktivität des Amtes. Und jetzt ist die große Lösung, auf das Problem Geld zu schmeißen. Ist es nicht viel sinnvoller, sich dazu überlegen, dass man andere Aufgabenverteilungen machen kann? Was ist das Problem? Was ist das Problem? Es bringt uns nichts. Bitte.

Lena K.: Leute, das muss nicht sein.

Moritz Henkes Dann bitte ich noch mal um Antwort. Wie kommt man zu dieser Lösung? Ich bin gerne noch dran. Ich will das gerne hören und direkt reagieren.

Simon R.: Ich sehe deinen Punkt. Absolut. Wir brauchen auch eine Aufgabenverteilung. Wir brauchen mehr Aufgabenverteilung im AStA. Ich wäre auch dafür zu haben, dass man sagt, man macht irgendwie noch einen zweiten Vorsitz. Marco hatte ja extra einen Antrag gestellt, den man zum Beispiel im Finanzreferat, und Marco ist wirklich noch mehr im AStA als ich, der Aufgaben besser verteilen kann. Und der wurde halt vorhin abgelehnt. Und das ist halt leider eine Frage, wo wir in den letzten Jahren nie weitergekommen sind. Und wir sehen einfach, dass wir aktuell kein AStA haben für das nächste Jahr. Und das ist ein Riesenproblem.

Moritz Henkes: Genau, das ist ein Riesenproblem. Und meiner Meinung nach ist es eben durchaus diskutabel zu sagen, dann müssen wir weniger Aufgaben übernehmen. Also, ich bin ja nicht dagegen, weil ich sage, ich sehe das Problem nicht, was soll das? Sondern meiner Meinung nach machen wir hier einen fundamentalen Fehler, zu glauben, es würde irgendwas an der Attraktivität des Amtes machen. Es würde irgendwie einen Fortschritt bedeuten, hier mehr Geld auszugeben, wenn wir wissen, dass wir tendenziell nicht mehr haben, dass wir überhaupt Legitimationsprobleme haben, weil ich immer nur die Rückmeldung bekomme, dass der Beitrag die ganze Zeit steigen würde, wo ist die Qualität? Ich kriege den AStA nicht mit, ich kriege das Parlament nicht mit. All diese Dinge. Wir laufen in eine Situation rein, wo wir offensichtlich betriebsblind dafür geworden sind, dass man einen AStA auch schmaler gestalten kann, kleiner gestalten kann, dass man gegebenenfalls Aufgaben abgeben muss oder wegfallen lassen muss. Denn wenn es doch darum geht, die mentale Belastbarkeit, alle, die sich für uns engagieren und die sich hier engagieren, gering zu halten und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu bleiben, dann muss doch auch die Lösung denkbar sein, zu sagen, dass wir eben Aufgaben streichen, Kapazitäten zusammenziehen, schauen, dass wir uns wieder stärker auf Kernaufgaben konzentrieren. Wir haben jetzt gerade gesehen, dass wir eine der zentralen Aufgaben, mit der wir alle erreichen, so was wie eine Fete, das kriegen immer alle mit. Das ist super. Das zeigt uns doch, da werden wir wahrgenommen. Da wird die Arbeit wahrgenommen. Da wird die Arbeit wertgeschätzt. Das kriegen wir nicht mehr hin. Jetzt ist die Lösung zu sagen, na ja, dann müssen wir tendenziell die Beiträge erhöhen, tendenziell mehr Geld ausgeben und versteigen uns sogar darauf, Menschen wählen zu wollen oder vorzuschlagen, die sagen, ich mache das aber nur, wenn es mehr Geld gibt, weil die Arbeitsbelastung doch so hoch ist. Das heißt, wir nehmen das Problem gar nicht wahr. Wir nehmen das Problem gar nicht an. Wir bauen eine Lösung, die einfach den Status quo fortschreibt, zum Schaden aller, die mehr Geld in unsere Institutionen investieren müssen, ohne dass wir einen Mehrwert schaffen. Das ist mein entscheidender Punkt. Ich sehe nicht, wie ich den Leuten draußen erklären soll, dass wir für die gleiche Arbeit mehr Geld ausgeben, weil wir überlastet sind. In welcher anderen Konstellation als dem Umstand, dass wir hier nahe der öffentlichen Hand sind, könnten wir uns erlauben, immer noch mehr Geld auszugeben? Ich sage also, lasst uns das nicht anfassen. Lasst uns eine Obergrenze einführen. Lasst uns schauen, dass wir uns andere Wege suchen, um diese Arbeitsbelastung zu reduzieren. Ich glaube, da sind wirklich noch nicht alle Register gezogen worden. Vielen Dank.

Marco: Ein interessanter Punkt ist, es gibt Sachen, die sind nicht sichtbar. Wir geben Geld, ich muss mich kurz sortieren, damit das ein bisschen strukturierter ist. Indem dass wir einen gut funktionierenden AStA haben, sichern wir, dass der Beitrag niedrig bleibt. Das kann ich an ein paar Beispielen festmachen. Wir haben uns als AStA beispielsweise vor einem Jahr reingekniet, bei den Sozialdarlehen, das mal richtig ans Laufen zu bekommen, dass die Rückzahlung wieder stattfindet irgendwann. Das ist Arbeit, die muss man machen. Da muss man irgendwann mal Zahlungserinnerungen schreiben. Es ist keine große Sache, es ist viel Arbeit, aber man muss einfach nur die Person daran erinnern. Du hattest da mal ein Sozialdarlehen von der Studierendenschaft, wir hätten gern dein Geld zurück. In den meisten Fällen zahlen die Personen das dann zurück. Wenn man aber keine Person hat, die das Amt macht, wird diese Zahlungserinnerung nicht geschrieben. Das sind Punkte im Geld, wenn du dir ganz genau den Haushalt anguckst und vor allem die Jahresabschlüsse der letzten Jahre, dann siehst du, dass wir an verschiedenen Punkten da richtig viele finanzielle Erfolge erzielt haben, die der Studierendenschaft finanziell zugutekommen würden und die auch dafür sorgen, dass wir nicht den Beitrag weiter erhöhen, wie in dem Szenario, was du gesagt hast. Ein anderes Beispiel ist, Simon und ich haben uns sehr dafür stark gemacht, beim Semesterticket. Da haben wir den Beitrag um mehrere 10 Euro gesenkt durch das Deutschlandsemesterticket. Wir waren auch nicht glücklich mit vielen Punkten, aber ich habe nichts Vergleichbares, wo ich dann nach April so viele positive Rückmeldungen aus der Studierendenschaft bekommen habe, wie gut, dass Leute finden, sie zahlen weniger im Semester und sind deutschlandweit mobil. Dieser Upgrade-Mist ist endlich vorbei. Da ist es wichtig, dass wir Personen, genau in diesen Ämtern, in diesen Kernämtern, haben, die das Amt mit der vollen Ernsthaftigkeit ausführen und dass wir da eine Situation schaffen, dass das Amt so attraktiv ist, dass ein großer Teil der Studierenden bereit ist, das Amt auszuüben. Weil dann hat ein Parlament die Möglichkeit, die beste Person auszuwählen. Und das, was das mehr kostet an AE, das holen die Personen in den Ämtern locker wieder raus. Beispiel, wir haben während den Semesterticketverhandlungen uns auch ganz auf dieses Thema Rückerstattung fokussiert. Wir haben, glaube ich, die besten Rückerstattungskonditionen in ganz Deutschland beim Deutschlandsemesterticket. Vorher war es so, wenn Studierende im Ausland waren, dann konnten sie das nur erstatten, wenn sie mindestens vier Monate im Semester weg waren und dann auch nur für das gesamte Semester.



Ruf zur Sache an Marco Leonhardt

Marco: Es geht um die Finanzierung von dem, wie wir uns das leisten können. Und wir haben auch in dem aktuell laufenden Vertrag, den wir eigentlich schon beschlossen hatten, noch mal eine Vertragsänderung bewirkt, die vorher gesehen hat, dass wir diese Neuregelung bei der Erstattung schon frühzeitig, mitten im Semester, ändern, haben den Vertrag noch mal dahingehend angepasst. Da haben jetzt schon über 100 Studierende profitiert von dieser Regelung, weil die Fristen anders geregelt sind. Und die haben monatlich eine Erstattung von mindestens 30 Euro gekriegt. Nur durch so eine kleine Anpassung. Und das sind alles so kleine Details. Die sind super für alle Studierenden. Und da kann man auch zeigen, hier der AStA macht super Sachen, wir können das Semesterticket rausstellen, aber dafür braucht es auch die Leute. Und wir sollten in einer Situation wieder kommen, wo Personen sagen, okay, das ist auch für mich attraktiv und ich habe kein quasi, ich leide nicht in der finanziellen Situation, wenn ich mich für das Amt entscheide. Und deswegen haben wir den Antrag ganz streng am BAföG orientiert. Und was der Antrag aktuell vorsieht, ist dieselbe Regelung wie beim BAföG, dass das der Höhe entspricht, wo auch das BAföG-Gesetz sagen würde, das darf ein Studi zum Leben haben, ohne dass was vom BAföG abgezogen wird.

Lena K.: Es wäre jetzt Annika Richter dran. Ich würde darum bitten, dass ihr euch ab jetzt unfassbar kurzfasst, vor allem auch mit dem Antworten, weil wir ab jetzt in einem Punkt sind, wo mehr Leute auf der Redeliste stehen, wenn die ihre volle Zeit nutzen würden, würden nicht mehr alle Leute dran kommen. Fasst euch also alle kurz, das gilt vor allem auch die Antragsteller. Annika, sorry.

Annika Richter: Ja, ich möchte nur ganz kurz auf zwei Punkte gerade in Richtung RCDS aufmerksam machen. Klar erreicht man mit einer Party tendenziell sehr viele Leute, dafür bräuchte man denn eine Referentenperson in der Kultur. Schwierig. Und ich glaube, wir ignorieren gerade ein bisschen, dass mehr Geld diese Position tatsächlich attraktiver macht. Ja, das war es auch alles von mir.

Lena K.: Danke. David Hall.

David: An Michel gerichtet. Eben wurde ja um Feedback und Ähnliches gebeten. Selbstverständlich sind wir bereit, darüber zu verhandeln. Mir wird gerade nicht das Gefühl gegeben, dass meine Meinung oder die Diskussionsbereitschaft gewertschätzt wird. Ich sehe hier keine Kompromissbereitschaft in diesem Raum, schon gar nicht von Seiten der Antragstellenden. Entsprechend sehe ich nicht, dass wir uns heute hier aufeinander zubewegen und dass sich in irgendeiner Form was Sinnvolles dabei herumkommt. Da ist einfach jetzt mittlerweile zu viel verhärtet und zu viel negativ belastet.



Michael Benjamin Dappen: GO-Antrag auf fünf minuten Sitzungsunterbrechung damit die AIFa sich außerhalb des Parlaments beraten kann

Gegenrede Liam Morison Gagelmann: es gibt auch außerhalb der antragsstellenden und der AIFa Leute mit Redebedarf **Der GO-Antrag ist mit (17/6/R) angenommen**

Lena K.: Ich würde darum bitten, dass alle Leute sich wieder hinsetzen. Meinenwegen, das fände ich sehr schön. Wir machen jetzt weiter, weil die Pause vorbei ist. Ich würde euch bitten, eure Seitengespräche auf ein Maß zu reduzieren, dass ich nicht mehr ins Mikro brüllen muss. Baran bitte Leiser. Ihr wisst, raus. Oder vielleicht ein Flüsterton, wie in den Kindergärten und der Grundschule. Laute Stimme, leise Stimme. Danke schön. Ich kann euch beide hören. Wundervoll. Da wir jetzt leise geworden sind, würde ich weitermachen.

Karl H.: Weitere Vorschläge für den RCDS, wären von mir reich geboren werden, reich heiraten, reich erben, dann können die Leute sich endlich mal leisten, im AStA zu sein. Das wäre ja mal was für euch. Simon, vielleicht einfach mal reich geboren werden. Steueroptimierung, Schneeballsystem. Ich habe noch weitere Vorschläge. Aber ganz ehrlich, können wir nicht mal aufhören, wirklich über so etwas zu diskutieren, ob wir das generell machen können. Wir sind jetzt in der Detaildebatte, lasst uns darauf fokussieren, wie man das verbessern kann. Der RCDS ist bei den Wahlen abgestürzt, zu Recht, finde ich an der Stelle. Wir sollten einfach mal wieder zur Sache reden und mit den Listen vor allem hier zusammen konstruktiv arbeiten, die auch daran interessiert sind, hier was Sinnvolles zu machen. Das bringt sonst einfach nichts.

Ira: Ich werde jetzt gleich einen Änderungsantrag stellen. Ich habe allerdings auch noch eine kleine Anmerkung zu dem Redebeitrag. Ja, Geld draufwerfen hilft nicht immer, aber wir haben schon mal darüber geredet. Wir müssen irgendwo anfangen. Wir müssen irgendwo beginnen, was zu ändern. Und ich weiß nicht, ob ihr es gemerkt habt, wenn ihr in den letzten zwei Jahren nicht im AStA seid. Ein komplettes Jahr AStA hat sich nur darum gedreht, das Chaos des letzten AStAs aufzuräumen. Die Referenten hatten keine Zeit, keine Kapazität und auch keine Kraft, Arbeit zu verteilen, weil die nur damit beschäftigt waren, dass der AStA sich nicht innerhalb des AStAs zerfetzt. Also müssen wir irgendwo anfangen. Und ich werde jetzt einen Änderungsantrag einreichen. Und ich hoffe, dass wir da auch gediegend drüber diskutieren können. Und ich möchte da auch gerne Meinung zu hören und sonst irgendwas. Ich hoffe, dass wir einen Kompromiss finden können. Aber so ein Argument wie, wir müssen die Arbeit verteilen, ja. Aber die Arbeit kann auch nur von Leuten verteilt werden, die arbeiten.

Moritz Henkes: Egal, wie reich jemand geboren ist, es geht um die Frage einzuschätzen, kann ich diese Arbeit leisten, kann ich die nicht leisten? Sehe ich da eine zu große Belastung, ja oder nein? Und dann sind wir aufgerufen, das zu regulieren. Wir sind nicht dazu aufgerufen, Menschen, von denen wir immer wieder die Rückmeldung bekommen, es ist zu viel, wir sind ausgelastet, wir sind überlastet. Da sehenden Auges in eine Situation zu laufen, wo wir sagen können, na ja, ihr nehmt immer mehr Aufgaben an, es ist sehr viel, aber hier ist mehr Geld, dann geht es bestimmt. Das wird nicht die Lösung sein. Noch schlechter wird es gemacht dadurch, dass wir uns in die Situation begeben, damit werben zu wollen, und nicht an die Wurzel des Problems zu gehen. Wir brauchen einen AStA, überhaupt eine verfasste Studierendenschaft, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert, die gut macht. Das schafft man auch mit den Mitteln, die wir bisher bereitstellen. Vielen Dank.

Zekiye: Ich möchte gerne was dazu sagen. Moritz, wenn ich mich nicht falsch erinnere, du warst auch mal im AStA. Da war ich PL noch, oder? Ich weiß es nicht mehr ganz, aber du weißt ganz genau. Da müssen wir definieren, was die Kernaufgaben des AStA sind. Sollen wir uns nach Hochschulgesetz bedienen? Dann müssten wir vielleicht einige Referate wieder komplett auflösen. Sollen wir unser Angebot, das wir

gerade haben, komplett runterschrumpfen? Ich kann dir vom Sozialreferat definitiv sagen, dass bei uns, wenn wir die Öffnungszeiten haben, mittlerweile nicht nur Studis der RWTH bedienen, sondern auch fast die Hälfte der FH bedienen. Nicht Studis bei uns auch auftauchen, weil wir einfach super Arbeit machen. Unter mir.

Zehra Ganidagli: Ich rede. Danke. Ich finde, wir sollten keinen AStA haben, den man, wie du es dir wünschst, mit weniger Geld ausstattet. Ich finde, wir sollten einen AStA haben, der Chancengleichheit bietet. Das heißt, auch Leute, die auch mit diesem mickrigen Geld, auch wenn wir es erhöhen, das machen wollen würden, ohne dass sie, wie du sagst, reich geboren sind.

Liam: Mich würde interessieren, da es unterschiedliche Referate gibt, die unterschiedlich stark belastet sind, wie viel Aufwand bis jetzt in Arbeitsstunden in verschiedene Versionen von AE-Änderungsanträgen seitens des AStA reingeflossen ist. Ich würde sagen, das ist eine Aufgabe, die das Parlament eher zu übernehmen hat. Dementsprechend wäre da der erste Punkt, wo ich sagen würde, wir brauchen nicht, dass unsere Finanzreferenten oder Vorsitzenden jedes StuPa einen neuen Antrag mit langer Begründung schreiben, statt zum Beispiel Ausgabe-genehmigungen zu unterschreiben. Ich sehe da nicht, dass in der Verantwortung des AStA liegt, eher in der des StuPas. Wenn ihr das macht, dann bin ich der Meinung, dann müsst ihr das nicht in eurem Amt tun.

Lena K.: Es wurde ein Änderungsantrag eingereicht. Der Änderungsantrag sieht folgendermaßen aus. Füge § 54 Abwärts 2 zudem hinzu. Hierbei können insgesamt bis zu neun BAföG-Höchstsätze ausgezahlt werden. Diese sind unter den Referenten aufzuteilen. Auf Teile dieser Suppe kann verzichtet werden. Die Begründung dafür ist, die Diskussionsgrundlage und eine maximale Grenze, um zukünftige Überausgaben zu vermeiden. Ira und Jana, wollt ihr den Antrag vorstellen? Möchtet ihr dazu noch kurz nach vorne kommen? Würdet ihr den annehmen?

Ira: Es dient einfach nur dazu, dass der vielleicht annehmbarer ist. Sind wir ganz ehrlich. Als der Antrag beim letzten Mal gestellt wurde, gab es zum Beispiel auch eine Höchstgrenze, die hätte ausgezahlt werden können. Vielleicht ist er dann annehmbarer. Könnte ein Kompromiss sein. Was haltet ihr davon? Wir wissen außerdem nicht, ob das, es kann auf einen Teil davon verzichtet werden, unbedingt nötig ist. Wir fanden es aber wichtig, damit reinzuschreiben. Einfach damit klar ist, die Option besteht. Und auch wenn neun BAföG-Höchstsätze ausgezahlt werden könnten, muss das nicht getan werden. Am Ende zielt es darauf hin, wir haben aktuell zumindest Platz für sieben Referate und eventuell einen zweiten Vorsitz und eventuell eine zweite Person für Finanzen zu beauftragen. Bis zu neun Referenten könnten damit ausgezahlt werden.

Moritz Henkes: Und zwar haben wir gerade gehört, dass das Angebot ein sehr gutes ist und von ganz großen Teilen nicht nur unserer Studierendenschaft, sondern der gesamten Studierendenschaft der Stadt angenommen wird. Und da ist doch Kern des Problems. Wir sind hier in der Situation, dass wir das Geld der Mitglieder der RWTH verwalten müssen, der Studierenden, die uns das geben für unsere Aufgaben, und haben ein Angebot geschaffen und uns in eine Situation gebracht, in der wir ganz anderes Klientel auch noch mitversorgen müssen. Dass dann natürlich der AStA und die Referenten sagen müssen, wir sind überlastet, ist doch klar. Dann aber das in Kauf zu nehmen, im wahrsten Sinne des Wortes, und zu sagen, na ja, dann stellen wir einfach so lange Geld bereit, bis dieses Angebot in diesem Maße getragen werden kann, von unseren sowieso schon überarbeiteten PLs und Referenten, ist doch der falsche Ansatz. Dann muss man doch, und ich habe mich da gerade damit auseinandergesetzt, auf die lieben Kommilitoninnen und Kommilitonen von der FA zu gehen und fragen, na ja, wo ist euer Service? Können wir euch helfen, solche Strukturen aufzubauen? Wie können wir die Arbeit in der ganzen Stadt gerechter verteilen? Bitte? Ja, natürlich ist das auch Arbeit, aber das ist sicherlich Arbeit, die deutlich besser in dem Rahmen, den wir haben, in dem getragen werden kann. Noch mal, warum ist es nicht möglich, anzuerkennen, dass wir nun mal Grenzen haben, und wenn wir sehen, dass die gedehnt werden und überschritten werden, gerade was die Belastung angeht, warum sollen wir dann die finanzielle Grenze, die am härtesten sicherlich gesetzt ist, erhöhen, anstatt zu sagen, nein, wir nehmen uns ein Stück zurück und schauen, dass wir uns konzentrieren auf die Sachen, die wir stemmen können. Denn es ist keine Lösung. Es wird mehr Geld ausgegeben für Leute, die dann immer noch genauso überarbeitet sind. Vielen lieben Dank.

Ira: Um mal ganz kurz dazu zu kommen. Erstens, das ist null auf den Änderungstrag eingegangen. Und zweitens, es ist immer noch so, wenn die Leute im AStA versuchen, Aufgaben abzugeben, wird ihnen vorgeworfen, dass sie ihre Aufgaben nicht machen, weil die Leute hier der Meinung sind, dass es Aufgaben vom AStA sind, die nicht Aufgaben vom AStA sind. Als die Ausleihe von Life ausgesetzt hat, wurde er persönlich dafür kritisiert, dass keine Ausleihen vom AStA mehr gemacht werden. Und das war nicht der Job des AStAs. Und trotzdem kommt Kritik von Leuten dafür. Dann müssen wir vielleicht mal daran arbeiten, was wir als Aufgabe des AStAs sehen, wie Zekiye es schon eben gesagt hat. Und trotzdem sage ich das auch wie eben noch mal. Es kann nur Aufgaben aufgeteilt werden von Leuten, die auch arbeiten wollen. Wenn wir keinen Vorsitzenden haben, kann der Vorsitzende auch seine Aufgaben nicht aufteilen.

Lena K.: Leute, wir müssen uns beeilen, sonst läuft die Zeit ab. Nehmt ihr den Änderungsantrag an? Ja, nein?

Simon R.: Ich würde das auch abstimmen.

Lena K.: Okay, gut. Wir stimmen ganz schnell über die Annahme des Änderungsantrags ab. Und zwar, wer enthält sich für die Annahme des Änderungsantrags?

Ira Corinna Lenau, Jana Zühlke: Änderungsantrag

Füge in §54 Absatz 2 hinzu „Hierbei können insgesamt bis zu neun BAföG-Höchstsatz ausgezahlt werden. Diese sind unter den ReferentInnen aufzuteilen. Auf Teile dieser Summe kann verzichtet werden.“ **der Änderungsantrag ist mit 23/6/6 angenommen**



Marten Schulz: GO-Antrag auf 5 Minuten Sitzungsunterbrechung

Um den Antrag gerade zu ziehen **Der GO-Antrag ist ohne Gegenrede angenommen.**

Lena K.: Wir würden jetzt einmal mit der Sitzung weitermachen. Als kurze Erinnerung, wir haben noch fünf Minuten. Entweder wir stimmen dann sofort ab oder das Ding wird vertagt. Ist das allen klar? Okay, wir haben einen Änderungsantrag.



Simon Roß: Änderungsantrag

Ändere im Antrag in §54 Absatz 2 in der Zeile Mitglieder des AStA die zweite Spalte in:

„Je 1 pro Monat zuzüglich monatlich eines Zuschlags“

und die dritte Spalte in:

„Insgesamt können bis zu 9 BAFöG-Höchstsätze (Zuschlag in Summe eingeschlossen) pro Monat ausgezahlt werden. Über die Aufteilung der Zuschläge auf die einzelnen Mitglieder des AStA entscheiden diese einvernehmlich. Kommt keine Einigung zustande, legt die*der AStA Vorsitz die Aufteilung vorläufig fest, das StuPa entscheidet dann nachgelagert und rückwirkend für den betreffenden Monat. Nicht oder nicht-vollständig verausgabte Mittel für Zuschläge werden innerhalb eines Haushaltsjahres in die Folgemonate übertragen.“

Von den Antragsstellenden übernommen.



Karl Philipp Hammer: GO-Antrag auf Sofortige Abstimmung

David Hall: Sorry, aber nein. **Der GO-Antrag ist mit (17/12/7) angenommen**



David Hall: GO-Antrag auf Namentliche Abstimmung

- Der GO-Antrag ist ohne Gegenrede angenommen.

Annika: Ja

Femke Pfaue: ja

Florian Winkler: ja

Hannah Neubauer: ja

Lara Wöhr: ja

Maike Herrmann: ja

Marco: ja

Sabri Gaaia: ja

Simon R.: ja

Isabelle Zehetner: ja

Marc Haberland: ja

Maximilian Reicherseder: ja

Michael: ja

Peter Wodrich: ja

Valentin Voigtland: ja

Liam: nein

Moritz Henkes: nein

Aaron Dötsch: nein

David: nein

Jana: nein

Justus: nein
 Max Tröger: nein
 Till Wenzel: nein
 Wiebke Gütschow: nein

Carlos: ja
 Yaren Can: ja
 Lorenzo Cirillo: ja
 Malena Moog: ja

Fritz Stracke: ja
 Karl H.: ja
 Noëmi: ja

Mehmet Alagül: Enthaltung
 Cansin Türken: Enthaltung

Xenia Lehmann: nein

Julius K.: ja
 Elis Özkan: ja
 Zehra: ja

Lena K.: Ergebnis ist folgendermaßen. 25 Ja-Stimmen. 10 Nein-Stimmen. 3 Enthaltungen. Der Antrag ist damit nicht angenommen, da eine Zwei-Drittel Mehrheit von 28 Leuten benötigt wird. Es wurde eine persönliche Erklärung von David Hall eingereicht.



David Hall: Persönliche Erklärung

Als Mitglied dieses Hauses bedauere ich es sehr, erneut Zeuge des Übergehens demokratischer Prozesse geworden zu sein. Wenn Listen aktiv um Partizipation durch Änderungsanträge gebeten werden, sollte ihnen diese Option auch gegeben werden. Es sollte nicht mittels GO-Anträgen verhindert werden. Ich bedauere es sehr, heute erneut Zeuge antidemokratischen Verhaltens geworden zu sein.



Präsidium: GO-Antrag auf Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten

Es gibt eine nicht verständliche Gegenrede **Der GO-Antrag ist mit (2/M/R) angenommen**

TOP 11 Anträge zum Israel-Palästina Konflikt

21:51 Uhr



Valentin Andreas Voigtland: GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung: Vorziehen des Antrages zur Beschlussaufhebung.

Gegenrede von Justus: Es wurde bereits einmal die Tagesordnung umstrukturiert und die die GHG ist Teil des Sitzungsausschusses. Daher hätte dieses auch im Vorfeld geschehen können. **Der GO-Antrag ist mit (20/1/9) angenommen**

TOP 11.1 Beschlussaufhebung SP71-E106 (Antrag SP72-A015)

21:43 Uhr

Liam Gagelmann: Ich habe den Antrag zur letzten Sitzung schon eingebracht, beziehungsweise auch in der Begründung, euch eine sehr, sehr ausführliche Begründung zukommen lassen. Wenn ihr wünscht, dass ich die noch mal hier vortrage, dann kann ich das gerne tun, sonst könnt ihr auch schon losschießen und Fragen dazu stellen.

Aras Osso: Du hast ja gerade gesagt, wenn sich das Menschen wünschen, dass du noch mal wieder gibst, wieso dieser Antrag gestellt wurde. Ich glaube, es ist gut, persönlich das Gespräch zu suchen. Deswegen wäre ich dankbar, wenn du noch mal kurz begründest hättest, warum. Auch wenn du sehr ausführlich alles formuliert hast.

Liam: Es geht im Prinzip um zwei, beziehungsweise drei eventuell wesentliche Punkte. Ich fange an mit dem ersten. Der ursprüngliche Antrag wurde gestellt als Antrag zur Solidarisierung mit Students for Palestine. Das ist weiterhin im Titel des Antrags so zu finden. Dieser Titel suggeriert, dass man das tut. Inhaltlich tut man das aber in dem Antrag gerade nicht mehr. Auf der anderen Seite geht es darum, dass das weiterhin in dem Titel des Antrags, Students for Palestine, ein Antrag in geänderter Form beschlossen wird, dass man auf eine gewisse Art und Weise den Antragstellenden damit entgegenkommt und man macht sich irgendwo auch mit den Antragstellenden gemein. Es steht in dem Antrag, so wie er formuliert ist, auch immer noch ein Bezug, zwar kein direkter, aber ein indirekter Bezug zu dem Camp drin, weil da drin steht, dass die friedlichen Proteste legitim sind. Das sehe ich auch so, aber dieser Bezug wird dadurch nun mal hergestellt. Ich bin der Meinung, dass die Motivation der Antragstellenden bei der Stellung des Antrags nicht derart sind, dass wir dahinter stehen können als Studierendenparlament. Dazu gehören ganz viele, also wirklich zahlreiche problematische Äußerungen von SFP und einzelnen Leuten von SFP auf verschiedenen Kanälen. Dazu gehört, dass man sehr, sehr, sehr, sehr, sehr stark die israelische Regierung angeht für Dinge, die sie tut oder unterlässt. Auf der anderen Seite so gut wie kein Vorwurf an die Hamas sieht, dass Israel in verschiedenen Stellungnahmen dämonisiert wird. Andere Sachen, über die wir im letzten StuPa ganz am Schluss zum Teil auch noch gesprochen haben. Das heißt, die ursprüngliche Motivation hinter dem Antrag, so wie er gestellt wurde, bevor er geändert wurde, ist für mich problematischer Natur und da über einen Änderungsantrag das Ding dann trotzdem irgendwie so zu biegen, dass das Zustimmung findet, finde ich unglaublich problematisch. Dann kommt das nächste Punkt, dass wir über diesen Antrag nicht hinreichend debattiert haben. Es gibt jetzt andere Anträge auf der TO, über die wir diskutieren können und ich bin mir sicher, wir werden auch die notwendige Zeit dafür finden, aber ich sehe nun mal gerade nicht, dass wir den alten Antrag, der in einer sehr ad hoc, mal schnell durchgestimmt wurde, über den Änderungsantrag gesprochen, dass das so gelaufen ist. Es kann so nicht bleiben. Deswegen möchte ich hier einmal, dass wir als Studierendenparlament in einer etwas anwesenderen, größeren Runde sich entscheiden, wie man das machen möchte und hoffentlich mit mehr als vier Redebeiträgen zu diesem Thema.

Aras: Ich bin noch dran, weil ich dich gefragt habe und dann hast du es kurz erläutert und ich möchte auf ein paar Punkte eingehen. Der erste Kritikpunkt war ja, dass auch noch unter dem Blog Antrag auf Solidarisierung mit SFP passiert. Wenn man sich den Änderungsantrag anschaut und den auch durchliest, wird SFP zu keinem Zeitpunkt erwähnt. Du hast auf einen Satz angespielt, wo gesagt wird, dass man friedlichen Protest akzeptiert. Es gab ja nicht nur von SFP Proteste. Es gab ja auch Proteste, die sich beispielsweise Israel-solidarisch gezeigt haben. Da möchte ich noch mal betonen, wenn man davon spricht, dass man friedliche Proteste befürwortet, ist das meines Erachtens keine Anspielung auf SFP. Das ist ja Teil der demokratischen Teilhabe, dass man eben für etwas oder gegen etwas protestiert. Im Antrag steht halt nirgendwo, dass man sich mit SFP solidarisiert. Deswegen finde ich das jetzt nicht so valide. Das erste Argument aber, dass das alles noch auf Antrag auf Solidarisierung mit SFP verläuft, da stimme ich dir zu. Das sollte nicht so sein. Die Frage ist ja dann auch die, inwiefern das auch ein Problem aus dem Präsidium heraus ist. Ich weiß nicht ganz genau, wie das abläuft beim Präsidium. Aber wenn jetzt ein Änderungsantrag gestellt wird, oder wenn jetzt ein neuer Antrag... War das ein Änderungsantrag? Ja, oder? Das von der GHG war ein Änderungsantrag. Ich finde es halt problematisch, dass dann der Titel vom alten Antrag noch übernommen wird. Das ist dann eigentlich eine formale Sache, die man ja erklären kann. Das ist nichts, wo man jetzt sehr viel diskutieren muss. Im Konsens. Die SFP hat sich in der Vergangenheit sehr problematisch geäußert. Darüber müssen wir nicht sprechen. Das ist sehr klar. Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir uns vor allem inhaltlich mit dem Antrag beschäftigen müssen. Und wenn wir da Probleme erkennen, dass wir da noch mal drauf eingehen. Aber du hast sehr oft in deiner Argumentation Bezug zur SFP hergestellt. Aber ich möchte noch mal betonen, dass im Antrag zu keinem Zeitpunkt die Rede von SFP war. Klar hat man den Antrag von SFP als Anlass genommen, um etwas zu tun. Aber die haben nun mal das Thema angestoßen, ob es jetzt gut ist oder nicht. Das möchte ich gar nicht beurteilen. Aber jetzt.

Lena Kertzsch: Aras, ich würde dich bitten, zum Ende zu kommen. Deine Redezeit ist abgelaufen. Also komm auf den Punkt.

Aras: Also ja, ich sehe nicht das Problem. Inhaltlich sollte man diskutieren.

Marten Schulz: Aras, deine Redezeit ist abgelaufen.

Liam: Also dein Argument im Kern habe ich jetzt verstanden, als man kann diese Aussage, dass man friedlichen Protest super findet, oder für notwendig hält und legitim hält, dass man das als allgemeine Aussage auffassen sollte und nicht als konkrete Aussage über das Camp. Das erschließt sich mir bloß nicht, wenn das im Kontext eines Antrags, der aus dem Camp raus zum Teil gestellt wurde, passiert. Da sehe ich einfach, dass dieser Kontext nun mal ganz klar hergestellt wird. Und zweitens eben, da sich in diesem Antrag... Es geht um den Konflikt in Israel und Palästina. Es wird auf einen ursprünglichen Antrag von SFP hin überhaupt darüber diskutiert. Und man redet über friedlichen Protest, wo es gerade einen friedlichen Protest gibt, der eben ständig auf dem Campus sichtbar ist. Natürlich gibt es auch Aktionen in Solidarität mit Israel, aber welche Studis wissen denn davon, im Vergleich zu den Studien, die mitbekommen haben, dass es da ein Protestcamp gibt? Ich glaube, es ist schon relativ klar, was die Leute sich darunter vorstellen, wenn wir heute oder in dieser Zeit ein Statement für diesen friedlichen Protest machen. Ich bin inhaltlich immer noch dabei, dass dieser friedliche Protest legitim ist. Das ist keine Frage. Aber damit wird nun mal zumindest für alle, die sich diesen Antrag durchlesen und wissen, was gerade in der Studierendenschaft oder auf dem Campus abgeht, die werden darunter SFP sehen. Ob du jetzt sagst, das ist so gar nicht gemeint gewesen oder nicht. Was den Titel betrifft, wenn wir ein ordentliches System hätten, um den Titel auszutauschen, dann würde ich das begrüßen. Nun war es jetzt nicht so und ich kann jetzt auch nicht dem Präsidium vorschreiben, wie es die Dinge zu betiteln hat. Das muss ich aufheben lassen.

Simeon Ricking: Ja, also ich stimme Aras in so weit zu, als dass ich diese Vorstellung, dass wir, wenn wir so einen Text beschließen, gleichzeitig die Position, die allgemeine Position der Antragsteller übernehmen würden, ist aus meiner Sicht ein komisches Verständnis von unserer Arbeit hier. Aber das hast du ja jetzt schon lange genug, deine Position so aufgeführt. Deshalb möchte ich noch einen anderen Punkt anbringen. Ich finde, in dem Antrag, der jetzt aufgehoben werden soll, stehen viele gute Dinge drin. Sicherlich auch einige Sachen, die man diskutieren kann. Ich denke aber, wenn wir jetzt diesen Antrag zurücknehmen und ihn nicht mehr in den Titel schicken, ohne vorher einen Ersatz beschlossen zu

haben, und es war ja zwischen den Listen vorher abgesprochen, dass wir erst den neuen Antrag annehmen und dann den alten zurücknehmen, dass das jetzt einfach andersrum gemacht wird. Ich sehe nicht, wie wir dann jetzt den Beschluss zurücknehmen können, ohne dann einen Ersatz dafür gefunden zu haben. Das sendet aus meiner Sicht ein völlig falsches Signal aus.

Liam: Wenn wir jetzt erst den Ersatz beschließen würden, warum gäbe es dann überhaupt noch einen Grund, um den Aufhebungsantrag abzulehnen? Dann hätten wir zwei Statements. Ich finde, in die eine Richtung ergibt es genauso wenig, wie in der anderen. Wenn wir über einen neuen Antrag reden, wo wir noch gar nicht wissen, ob der alte Antrag aufgehoben wird, dann haben wir im Zweifel zwei sich widersprechende Anträge. Dementsprechend sehe ich da jetzt nicht, dass das sinnvoller wäre, das in der Reihenfolge zu machen. Ich gebe dir den Punkt, dass es vorher so abgesprochen war. Ich finde es auch nicht bestens, dass das jetzt kurzfristig geändert wurde. Aber ich sehe nicht das inhaltliche Problem mit der Änderung. Du hast noch andere Sachen gesagt. Du hast, warte mal, dein erster Punkt, den habe ich gerade, kannst du bitte den noch mal wiederholen? Der erste nach den Dingen, die ich schon dreimal gesagt hatte.

Simeon: Ich finde diese Vorstellung von unserer Arbeit hier, dass wir, wenn wir einen Text beschließen, gleichzeitig auch die Positionen der Antragsteller übernehmen, irgendwie komisch. Das entspricht nicht meinem, was wir eigentlich machen.

Liam: Ja, die Frage, also kann ich vollkommen nachvollziehen. Das Problem ist, wenn wir den Antrag nicht aufheben, sehe ich nicht die Grundlage, über einen neuen Antrag zu diskutieren. Und wenn du selber schon gesagt hast, es gibt Dinge in diesem Antrag, über die man diskutieren kann, so war deine Formulierung, und ich sage, es wurde noch nicht hinreichend darüber diskutiert, weil ich finde, vier Redebeiträge sind eben nicht diese differenzierte Auseinandersetzung. Du sagst selber, man sollte da oder man kann da gerne noch mal darüber diskutieren. Ich kann halt keine Beschlussänderung ohne eine Aufhebung machen. Ich weiß nicht, ob ich das hätte tun können, zu sagen, wir ändern in dem alten Titel, wir ändern das und das, aber andere zentrale Kritikpunkte von mir bleiben da ja weiterhin bestehen. Und ich glaube, der einzige Weg, dass wir als Studierendenparlament da noch mal von vorne ordentlich darüber diskutieren können, ist, wenn wir den alten Antrag, die Altlast, wie ich es jetzt formulieren will, hinter uns lassen und von Null auf einfach gucken, was wollen wir hier tun. Es gibt schon Vorschläge dazu. Es gibt auch von SFP neue Anträge, über die man reden kann. Wo meine Meinung dazu klar sein wird. Aber ich sehe nicht, dass sich dadurch oder dass durch die Aufhebung irgendwie das Studierendenparlament sich in seiner Möglichkeit beschneidet, hier frei darüber zu urteilen, was es möchte.

Simeon: Aus meiner Sicht ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt, dass man jetzt an dieser Stelle, wo wir diesen Beschluss zurücknehmen wollen, nicht weiß, haben wir am Ende wirklich einen Beschluss, der besser ist? Oder stehen wir am Ende mit oder überhaupt ohne Beschluss da? Oder mit irgendwas, was nicht wirklich die Punkte aufgreift, die wir aufgreifen sollten? Das ist so mein Punkt, warum ich mich schwer tun würde, jetzt diesen Beschluss wieder aufzuheben.

Liam: Kann ich vollkommen nachvollziehen. Die Sache ist, ich persönlich bin der Meinung, dass kein Beschluss besser ist als der Beschluss, den wir gerade haben. Unabhängig davon, was für andere Beschlüsse man dazu fassen könnte, die gut oder schlecht oder wie auch immer wären. Ich meine der Beschluss, so wie er gerade da steht, mit dem Titel, mit dem Inhalt, so möchte ich ihn gerne aufgehoben haben. Und in anderen Formen kann man den natürlich dann stellen, diskutieren, wie auch immer. Und ich sehe jetzt nicht, warum man aus Angst davor, dass es keinen Beschluss gibt, einen Beschluss, von dem einige meinen, dass er schlecht ist, nicht zurücknehmen sollte. Lieber schlecht als gar nichts ist die Frage. Wenn du sagst, der Beschluss ist gut, dann ist auch klar, dass du gegen die Aufhebung stimmen wirst. Dementsprechend weiß ich nicht, ob ich dich überzeugt bekomme.

Simeon: Ich glaube nicht, belassen wir es dabei.

Fynn Grünwald: Es liegt mir wirklich nichts ferner, als irgendwelche imperialistischen Staatsprojekte, mich damit zu solidarisieren. Darüber will ich jetzt gar nicht diskutieren. Aber, Liam, du hast jetzt zwei Kritikpunkte an SFP aufgemacht. Du hast zum einen gesagt, sie kritisieren die israelische Regierung für Sachen, die sie machen. Für was denn sonst? Das andere ist, du hast gesagt. Es ist mir wohl bekannt, dass du das gesagt hast. Ich habe ja aufmerksam zugehört. Du hast zum einen dann gesagt, sie kritisieren die Hamas für Sachen nicht. Deine Kritik ist daran, dass sie die israelische Regierung daran messen, was sie macht. Und der andere Kritikpunkt ist, dass du SFP an einer Sache kritisierst, die sie nicht machen.

Liam: Ich kritisiere Doppelstandards. Ich kritisiere Doppelstandards.

Fynn: Du kritisierst Doppelstandards. Okay, können wir das mal konkret machen? Hast du ein Beispiel? Das ist jetzt so wild. Stellt die Hamas die Israel auch den Wasserhahn ab?

Liam: Gib mir eine halbe Minute, dann finde ich dir ein schönes Beispiel.

Fynn: Dann wird die halbe Minute von meiner Redezeit abgezogen.

Liam: Von mir aus mache ich das auch nach deiner Redezeit.

Fynn: Das wäre ja jetzt schon für alle interessant. Ich bin auch bereit, 30 Sekunden von meiner Redezeit abzugeben.

Lena K.: Streng genommen, nein. Ich würde das nicht abziehen.

Liam: Fynn, ich muss dich enttäuschen, ich bin nicht schnell genug. Ich würde einfach sagen, ich tue das nach deinem Redebeitrag. Und vielleicht melde ich mich gleich noch mal zurück. Es ist tatsächlich gerade ein Suchproblem und kein Problem, es gibt es nicht. Da musst du mir vertrauen.

Fynn: Vertrauen muss man sich verdienen, Liam. Das war ein polemischer Kommentar. Ich möchte das nicht ernst genommen wissen. Was mir nicht ganz klar wird, ist jetzt, wo das Problem liegt. Du hast kritisiert, der Antrag steht irgendwie in dem Kontext, dass der SFP was mit zu tun hat. Und an SFP kritisierst du jetzt Doppelstandards, wo du hoffentlich vielleicht die Möglichkeit hast, Wenn du mir gleich ein Beispiel nacheichst, dann kann man darüber diskutieren. Ich finde prinzipiell ist erst mal die Frage, stimmt es denn, was die sagen oder stimmt es

nicht? Und das ist der Maßstab, an dem ich Argumente messe. Und wenn es stimmt, ich glaube, wir können alle nicht für uns behaupten, die absolute Wahrheit über alles mit allen Perspektiven hier zu verkünden. Sie heißen Students for Palestine und nicht Students for Nahostkonflikt. Das heißt, die Laufrichtung ist wohl klar. Ja, du hast es, dann gerne.

Liam: Wunderbar. Hier ist im zweiten Absatz des ursprünglichen Antrags, um ein schönes Beispiel dafür zu nennen, wo ich meine, dass Students for Palestine Doppelstandards ansetzt, beziehungsweise auch Diskurs verschiebend arbeitet, ist bei dem zweiten Absatz in der Begründung, was sind die Ziele der Students for Palestine Aachen im zweiten Satz. Das Camp fordert, ich zitiere, das Camp fordert die Freilassung aller zivilen Geiseln. Dazu gehören diejenigen, die am 7. Oktober von der Hamas entführt wurden, ebenso wie 1320 PalästinenserInnen, darunter viele Frauen und Kinder, die bereits vor Oktober, oder warte, sorry, die bereits vor Oktober ohne Gerichtsprozess von der israelischen Armee gefangen gehalten wurden. Was lese ich jetzt hier? Ich lese eine faktuelle Darstellung, die Hamas hat Leute entführt, während die Israelis Leute, unter anderem Frauen und Kinder, ohne Gerichtsbeschluss verhaftet haben. Das heißt, wir machen moralisierende und emotionalisierende Aussagen bei den Taten der Israelis, während die Hamas, die hat die Israelis, die hat die Israelis entführt. Aber das ist ja nicht weit, da waren ja auch keine Frauen und Kinder dabei und da war ja auch alles mit Gerichtsbeschluss. Da sehe ich halt einfach, dass man suggeriert, hier passiert von der Hamas eine Entführung und von den Israelis passiert Terror. Und das wäre irgendwie ein qualitativer Unterschied. Es sind ja auch mehr PalästinenserInnen, sie wurden vor dem 8. Oktober gefangen gehalten. Das heißt, im Prinzip haben die Israelis ja angefangen. In so eine Richtung geht das dann halt. Klar, jetzt kann man sagen, das haben wir nicht so gemeint, das ist nur so reingelesen, aber wer sich so viel plausible Deniability in so einem Antrag offen hält, dem ist es offensichtlich nicht wichtig genug, dass er klar und deutlich verstanden wird.

Fynn Grünwald: Ich glaube, dein Deutschlehrer war stolz auf deine Interpretationsaufsätze, aber die Frage ist doch, steht es da oder steht es nicht da? Ja, so da steht nicht, dass die Hamas der Segen ist und dass sie die alle mit Gerichtsbeschluss entführt haben. Ich gebe dir vollkommen recht, dass das, was da über Israel geschrieben ist, moralisierender Quatsch ist. Die Moral ist mir fremd, ich bleibe damit nichts am Hut, das brauche ich nicht. Kann man meines Weges rauslassen. Aber deswegen jetzt den gesamten Beschluss, die Solidaritätsbekundung mit den leidenden Menschen vor Ort und auch, wenn es dir da mit der Moral nicht ganz passt, aber auch den Geiseln der Hamas, auch mit dem, was sie tun, auch denen sich zu solidarisieren, deren Freilassung zu fordern. Ich komme gerne zum Ende, wenn das, ich gebe Gas. Danke. Genau, also das deswegen jetzt abzusagen, weil dir da auf der einen Seite Moralüberschuss und auf der anderen Seite Moralmangel hängt, das sehe ich tatsächlich nicht irgendwie als plausible Begründung dafür. Danke.

Liam: Ja, ich verstehe ungefähr, glaube ich, wo du herkommst, das Problem ist, ich weiß nicht, ob ich Gegenfragen stellen darf, das sagt das Präsidium. Darf ich Fynn jetzt was fragen und darauf antworten? Okay, dann sage ich einfach, was meine Frage wäre. Ist es denn so, dass wenn wir keine Solidarisierung mit den Opfern veröffentlicht haben, ist es dann so, dass wir uns vorwerfen lassen müssen, dass wir gar nicht solidarisch sind? Hängt unsere Solidarität davon ab, dass wir alle in einem Studierendenparlament beschließen, dass wir solidarisch sind? Ist Solidarität etwas, was man beschließen kann, oder ist es eine Haltung, die man einfach hat? Der Vorwurf, den ich jetzt höre, ist, wenn man diese Solidarisierung zurücknimmt, dann sind wir unsolidarisch. Und ich behaupte, so habe ich das verstanden. Zumindest würde ich sagen, auch wenn wir keine Solidarisierung verabschiedet haben, heißt das noch lange nicht, dass sich hier irgendjemand dem Vorwurf gefallen lassen muss, dass wir nicht solidarisch mit Opfern wären oder dass wir in irgendeiner Form das akzeptieren und tolerieren würden, was dort abgeht.



Ordnungsruf an Fynn Grünwald

Begründung: polemische Kommentare

Marten: Ich möchte darum bitten, oder wir als Präsidium möchten darum bitten, polemische Kommentare zu hinterlassen und rufen nicht deshalb zur Ordnung. Als Nächstes ist Valentin dran.

Valentin: Danke, zwei Punkte. Erstmal, weil gerade viel dazu gesagt wurde, dass der Antrag in der ursprünglichen Form nicht mehr wirklich zu SFP passt oder gehört, weil er eben ein kompletter Änderungsantrag war. Zwei Sachen, die ich dazu noch sagen wollte. Mir ist heute noch gesagt worden, dass wenn dieser Beschluss zurückgenommen wird, es Konsequenzen geben wird, und die würde es ja nicht geben, wenn dieser Antrag komplett losgelöst von SFP wäre. Und dann ist der Änderungsantrag ja auch nur schnell reinkommen können, weil er direkt von SFP angenommen wurde und in der vorliegenden Form so abgestimmt werden konnte. Und ansonsten, zu dem, was Simon eben gesagt hatte, dass es ja irgendwie auch möglich sein kann, dass wir dann gar keinen neuen Beschluss haben, das blöd wäre. Das stimmt. Dieses Risiko besteht immer, aber wir haben auch einen Beschluss vorliegen, der in der zumindest gerade vorliegenden Form auf vier Listen getragen wird, weswegen ich glaube, dass wir generell eine relativ breite Mehrheit dafür haben, dass wir auch Sachen in irgendeiner Form hier abstimmen wollen.

Liam: Da würde mich interessieren, um auf die Frage zu antworten, was wurde gesagt mit, es wird Konsequenzen geben? Woher ist die Information? Was genau ist die Information?



Liam Morison Gagelmann: GO-Antrag auf wörtliche Übernahme

„Valentin: Es wurde gesagt, dass für das StuPa Konsequenzen drohen, wenn wir diesen Antrag ablehnen [...].
Liam: „Von wem?“

Valentin: „Von einer Person, die ich nicht nennen möchte.“

Liam: „von einer Person die mit SFP-assoziiert ist?“

Valentin: „Ja“, **Valentin Andreas Voigtland, Liam Morison Gagelmann**



David Hall: GO-Antrag auf Sofortige Abstimmung.

Gegenrede Heiko Hilgers Ich stimme eigentlich voll dazu, dass es beim letzten Mal gar nicht so gut lief, dass es abgebrochen wurde. Deswegen finde ich, dass wir das jetzt schon auch weiter diskutieren sollten. **Der GO-Antrag ist mit (M/R/R) angenommen**

Lena K.: Gut, damit kommen wir zur sofortigen Abstimmung. Dann würde ich einmal mal ein bisschen Ruhe bitten. Ja. Okay, gut. Dann gehen wir jetzt einmal rum.

Marten: Die Nummer 16 auf der Rückseite. Danke. Hat jede Person eine Stimmkarte bekommen? Hat jede Person ihre Stimmkarte abgegeben? Hat jetzt jede Person ihre Stimmkarte abgegeben? Dann zählen wir jetzt auf die Stimmkarte. Hallo.

Lena K.: Ich möchte an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, dass offene Getränke nicht so geil sind. Ja, das ist offen. Ich würde darum bitten, dass es keine offenen Getränke gibt, die irgendwie in ein Gefäß umgefüllt werden, das nicht offen ist. Ach ja, wenn irgendwer was über seine Anlage kippt, dann dürft ihr die 1.500 Euro zahlen. Weiter. Das Abstimmungsergebnis ist folgendermaßen. Wir haben 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Damit ist der Antrag aufgehoben.

Marten: Wir haben Ja für die Beschlussaufhebung gestimmt. Wir haben Ja für den Antrag gestimmt. Ja für den Antrag heißt Beschlussaufhebung. Leute. Im Antrag stand drinnen, wir heben den Beschluss auf.

Lena K.: Der Beschluss ist jetzt aufgehoben. Ich würde darum bitten, dass wir wieder Ruhe reinkriegen. Wir würden jetzt weitermachen mit den weiteren SFP-Anträgen.

Baran Yenen: Ich widerspreche der Abstimmung.

Marten: Wir zählen noch mal aus.

Baran Nein, einfach aus dem Grund, weil es falsch kommuniziert wurde.

Lena K.: Liam nicht reinrufen. Wenn eine Abstimmung angezweifelt wird, eine geheime Abstimmung, wird nicht neu abgestimmt, es wird nur neu ausgezählt. Es funktioniert nicht.

Marten: Wir zählen noch mal aus. Gut. Möchte jemand zuschauen, wie wir auszählen?

Marten: Wir haben 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, eine Enthaltung, eine ungültige Stimme gezählt.

Marten: Damit ist der ursprüngliche SFP-Antrag aufgehoben. Dann kommen wir, ich habe gerade alles vorgelesen. 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, eine Enthaltung, eine ungültige Stimme. Damit ist der Antrag abgelehnt. Wir kommen zu den Top-11-Anträgen.

Mehmet Alagül: Marten, wir können gar nichts hören. Dann kannst du wiederholen.

Silas Ritz: Sorry.

Marten: 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, eine Enthaltung, eine ungültige Stimme. Damit ist der ursprüngliche SFP-Antrag aufgehoben. Weil der aktuelle Antrag mit 24 Ja-Stimmen angenommen wurde.

der Antrag SP72-A015 ist mit 24/10/1/1 angenommen der beschluss SP71-E106 ist aufgehoben

TOP 11.2 Konkurrierende Anträge

TOP 11.2.1 Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments der RWTH Aachen zum Israel-Palästina-Konflikt (Antrag SP72-A016)

22:33 Uhr

Valentine Voigtland, David Hall, Julius Kröger, Liam Gagelmann stellen den Antrag vor.

Lena K.: Wir machen jetzt weiter. Wir sind bei den konkurrierenden SFP-Anträgen.

Marten: Wollt ihr zuhören, damit es nicht noch weitere Nachfragen gibt?

Lena K.: Und ihr vielleicht wisst, worüber ihr abstimmt. Kannst du mit Alex reden? Wir wären jetzt bei den konkurrierenden Anträgen. Top-11-1. Und zwar gibt es nun zwei konkurrierende Anträge. Es gibt einmal den Antrag zur Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments der LWTH Aachen zum Israel-Palästina-Konflikt. Konkret mit dem Antrag der Forderung nach Beendigung der Umbrella-Cooperation mit der Universität Technion in Haifa. Wir können nur einen dieser beiden Anträge in die zweite Lesung überführen. Das heißt, wir würden jetzt beide Anträge vorstellen. Dann würden wir einmal über beide Anträge parallel diskutieren für eine Stunde. Und nachdem das passiert ist, würden wir einen Antrag überführen. Der, der nicht überführt wird, wird automatisch abgelehnt. Ich würde dann einmal die Antragsteller nach vorne bitten, von dem Antrag Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments um ihn vorzustellen. Das sind Valentin Vögner, David Hall, Julius Kröger und Liam Gangelmann.

Valentin: Ja, halo. Wir hatten ja letztes Mal schon angefangen, den Antrag zu bearbeiten. Die Begründung ist nach wie vor sehr kurz. Wir haben letztes Mal nicht über die Sachen diskutiert, die angenommen wurden. Es gab den großen Wunsch, darüber weiter zu diskutieren. Eben wurde noch einmal hervorgehoben, dass wir über dieses Thema sprechen sollten. Und viele sich wünschen, sich in irgendeiner Form zu dem Thema zu äußern. Wir haben mit verschiedenen Listen oder mit Vertretern in verschiedenen Listen eine Version erarbeitet, die zumindest den Rückhalt von diesen Personen genießt. Und von zwei jeweils anderen größeren Listen aus dem Studierendenparlament liegen bereits Änderungsanträge vor. Weswegen ich davon ausgehe, dass sich alle grob schon mit diesem Antrag beschäftigt haben.

Marten: Dann die Antragstellerin der zweiten Antrag ist der Antragspunkt 72 A 18. Abdalla Walqadur ist die Person hier. Wenn ja, würde ich Sie bitten, Ihren Antrag vorzustellen. In English or what? Did you prefer the English language? Kann, wenn die Person anwesend ist, Abdalla Walqadur nach vorne kommen und Ihren Antrag vorstellen? Bzw. wird die englische Sprache gewünscht? Oder kann eine andere Person den Antrag vorstellen, wenn die Antragstellerin nicht da ist? Ja, klar.

Antragssteller SFP: Hallo zusammen. Wir haben einen Antrag gestellt, wie die GHG zur letzten Stupa-Sitzung basierend auf dem ursprünglichen Beschluss mit einer kleinen Änderung. Unsere Änderung ist nur ein Part, also nicht der gesamte Antrag. Deshalb würde ich die vorlesen. Wir ersetzen damit den Teil, in dem es um Verurteilung von beiden Seiten geht, um eine Kontextbringung. Unsere Änderung lautet, wir verurteilen unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien. Einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige, sowie Geiselnahmen durch die Hamas, eben wie die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen Israels, die vom Internationalen Gerichtshof als plausibler Völkermord eingestuft werden. Der Hintergrund dieser Formulierung ist einfach, um es auf den Punkt zu bringen, der Antrag von Südafrika im Internationalen Gerichtshof gegen den Staat Israel. Die Begründung dafür, dass wir diese Änderung machen, im Vergleich zu dem Antrag, den wir eigentlich durchgesetzt hatten in der vorletzten StuPa Sitzung, die Begründung ist, eigentlich geht es uns überhaupt nicht um die Kontextsetzung. Es geht uns nicht um die Verurteilung. Was wir suchen, ist die Verantwortungsnahme als Universität und zweitens eine Einflussnahme als Universität an den Krieg, an den Staat, an die Parteien und so weiter. Deshalb wollten wir ursprünglich keine Kontextualisierung machen. Wenn das Studierendenparlament es für nötig sieht, eine Kontextualisierung zu machen, dann sind wir dafür, dass es eine gleichmäßige oder eine symmetrische Nennung beider Seiten ist. Es geht gar nicht darum, wer ist schuld. Es geht nicht darum, wer hat mehr gemacht als der andere, sondern einfach nur eine Einordnung. Hauptsächlich geht es uns dabei darum, dass wir weiterhin darauf bestehen, die Kooperation mit dem Technion in Haifa durch die RWTH zu beenden. Vielen Dank.

Marten: Danke für die Vorstellung. Es können jetzt Fragen weiter gestellt werden in der ersten Lesung. Danach entscheiden wir, wen wir weiter behandeln und ob wir einen weiter behandeln. Aras.

Aras: Ich würde erst mal auf euren Antrag eingehen. Valentin, Liam, Julius und so weiter. Ich würde nur kurz nochmal anknüpfen an die alte Diskussion, aber aus dem Grund, weil es einen direkten Bezug zu diesem Antrag hat. In der vorherigen Diskussion hat Liam beispielsweise kritisiert, dass man mit dem Satz, dass man friedliche Proteste unterstützt, dass man da einen Bezug zur SFP herstellt. In eurem Antrag tut ihr dasselbe. Ich kann das auch nochmal kurz zitieren, um das auch nochmal sehr deutlich zu sagen. Das Studierenden-Grundgesetz begrüßt demokratische und friedliche Proteste aus der Studierendenschaft auf dem Campus der RWTH Aachen. Nun habe ich die Frage, inwiefern unterscheidet sich euer Satz von dem Satz des anderen Antrags und warum soll man hier es anders interpretieren? Und Liam, wie erklärst du dir das, wenn du das vorher kritisiert hast?

Liam: Recht einfach. In unserem Antrag ist direkt darüber ein sehr, sehr wichtiger Satz. Kriegsverbrechen dürfen in keinem Fall normalisiert, gerechtfertigt und verharmlost werden. Es gibt auf beiden Seiten des Konflikts Stimmen, die genau das tun. Ich glaube, damit beugen wir von vornherein vor, dass man da reininterpretieren könnte, dass man irgendwelche Grenzüberschreitungen, solange sie friedlich passieren oder wie auch immer, für akzeptabel hält. Das heißt, ja, ich habe auch vorhin gesagt, ich sehe es so, dass demokratischer und friedlicher Protest legitim ist. Ich habe dem inhaltlich nicht widersprochen. Ich habe gesagt, in dem Framing, da man es in einer Abstimmung von einem Antrag, der von SFP gestellt wurde, gehabt hat, das sind alles Sachen, die jetzt anders sind als damals. Wir haben jetzt von vornherein einen anderen Antrag. So wie ich gesagt habe, haben wir einen Strich gezogen und gesagt, wir machen jetzt einen neuen Antrag. Und in diesem neuen Antrag sind diese Altlasten eben nicht mehr drin, die vorher drin waren. Deswegen macht es für mich einen qualitativen Unterschied.

Aras: Okay, du beziehst dich also auf den Satz, dass man alle Kriegsverbrechen verurteilt. Ich möchte noch mal erwähnen, dass auch im alten Antrag sehr deutlich die Verurteilung beider Seiten vorhanden war. Ich möchte mich jetzt nicht nur auf diesen Satz beharren. Weiterer Punkt, oder beziehungsweise, damit wir jetzt auch ein bisschen weiterkommen. Wenn man sich beide Anträge anschaut, dann wird auch auffallen, dass es eigentlich recht viele Gemeinsamkeiten gibt. Es ist nicht so, dass diese Anträge komplett 180 Grad voneinander entfernt sind. Ich glaube, ein fundamentaler Unterschied ist eben, dass der eine Antrag auffordert, dass man die Hochschulkooperation aussetzt und der andere Antrag tut es nicht. Und vielleicht wäre es klug, sich mal auch auf diesen Punkt zu konzentrieren und das mal auszudiskutieren. Also was ist der Grund, warum die eine Seite dafür ist? Was ist der Grund, warum die andere Seite nicht dafür ist? Ich glaube, wenn wir diese Frage lösen könnten, würden wir einen größeren Schritt weiterkommen. Vielleicht zu meiner Auffassung zu diesem Thema. Ich würde dann einfach mal beginnen, da einzusteigen. Ich sehe Tendenz, also aus meiner Perspektive heraus ist es nicht verwerflich, eine Aussetzung zu fordern. Ich würde es mir persönlich auch schwer tun, wenn da jetzt stehen würde, eine permanente Beendigung der Kooperation. Denn das ist nicht gut, das ist nicht konstruktiv, das hilft keiner Seite weiter. Aber wenn man sagt, ich möchte die Hochschulkooperation aussetzen mit einer Bedingung, die eigentlich überall lautstark eingefordert wird, dass einfach erst mal nur die Waffen ruhen, dass eben nicht mehr geschossen wird. Weil wir sehen ja, das ist eine humanitäre Katastrophe. Es kann so nicht weitergehen und die Forderung zu stellen, dass man eben sagt, okay, die Kooperation wird so lange ausgesetzt, bis endlich eine Waffenruhe eintritt, finde ich nicht verwerflich. Und ich möchte auch den Grund nennen, warum man das tut, auch im Kontext mit der Technion Haifa. Die Technion Haifa ist eng mit der israelischen Rüstungsindustrie verzweigt. Man kann auch noch mal ein bisschen recherchieren, da wird man schnell was finden. In der gegenwärtigen Lage ist es so, dass der israelische Staat Völkerrecht bricht. Es gibt verschiedene Prozesse am IGH, die eben sogar so weit gehen. Und da würde ich ein bisschen auch das wieder rezitieren, was die SFP-Leute in ihrem Antrag geschrieben haben. Das IGH spricht davon, dass es plausible Gründe für ein

Genozid gibt. Und wenn das IGH davon spricht, dann muss man davon ausgehen, dass es zumindest Kriegsverbrechen stattfinden. Ach so, sorry, ich bin schon über der Zeit, das habe ich nicht realisiert. Und deswegen finde ich, dass man darüber spricht, oder dass man diese Forderung stellt kann legitim sein.

Liam: Da du noch zehn Sekunden hast, was ist deine Frage?

Aras: Meine Frage ist, wie ihr zu diesem Punkt eingestellt seid. Weil in eurem Antrag habt ihr es überhaupt nicht miteinbezogen.

Liam: Wir haben in unserem Antrag nicht die Aufkündigung der Kooperation drinstehen. Die Aussetzung der Kooperation. Da haben wir sie nicht drinstehen. Hätten wir sie da drin gewollt, hätten wir sie reingeschrieben. Weil wir keinen Grund dafür sehen. Also die Sache ist, wenn wir nicht sehen, dass es ein wirksames Mittel ist, wenn wir nicht sehen, dass wir in der Verantwortung stehen, genau diese Kooperation zu beenden, weil wir nicht sehen, wo dieser konkrete Zusammenhang ist zwischen unserem Austausch, zwischen Studierenden, die da drüber fahren, zwischen Forschungsk Kooperationen und mutmaßlichen Genozid, der im Gaza-Streifen passiert. Wenn du mir jetzt nahe legen kannst oder beweisen kannst, dass Studierende der RWTH bereitwillig und aus innerem Elan heraus, weil sie an dieser Hochschule zum Austausch waren, sich an Kriegsverbrechen beteiligen. Wenn diese Hochschule mit dem Ziel, Leid zu verursachen, an den ran geht, dann könnte ich es verstehen. Aber solange das nicht der Fall ist, ist das nur eine Maßnahme, um Druck auf die israelische Regierung auszuüben. Und die Frage ist, ist sie dafür geeignet? Können wir so Druck auf die israelische Regierung ausüben? Ich würde behaupten, eher nicht.

Heiko: Ich habe einen Co-Moderator, Co-Sprecher.

Aras: Vielleicht nur ganz kurz. Ich meine, das ist ja okay, oder? Also es verstößt nicht gegen die Ordnung, oder? Verstößt es gegen die Ordnung, ja oder nein?

Marten: Die Vorsitzenden der Studierendenparlament rufen die Leute der Reihenfolge nach auf. Heiko ist aufgerufen.

Heiko: Okay, gut, ich habe mich ja sowieso gemeldet. Ich möchte an Aras aber sowieso anschließen. Ich finde, dass man tatsächlich sehr darüber diskutieren muss, ob man akademische Kontakte abbricht oder einfriert. Ich finde auch, dass man da zum Beispiel auch als Russland in die Ukraine einmarschiert ist, da hätte man auch noch viel mehr darüber diskutieren können, wie sinnvoll oder wie nicht sinnvoll sowas ist. Man muss da auf jeden Fall sehr vorsichtig sein. Wichtig ist dabei auf jeden Fall, dass man Bedingungen stellt. Und ich finde, dass in dem einen Antrag auf jeden Fall eine Bedingung gestellt ist, die mindestens erreichbar ist, weil ein Waffenstillstand ist jetzt keine Sache, die absolut gar nicht erreichbar ist. Ich rede gar nicht mehr so lange, deswegen keine Sorge. Und natürlich können wir ja überlegen, was können wir tun, um doch irgendwie Druck aufzubauen. Und wenn dann die Kolleginnen oder die Wissenschaftlerinnen am Technion mitbekommen, da gibt es Hochschulen, die sehr darüber nachdenken, mit uns die Beziehungen abubrechen, weil wir diese Verstrickungen haben, dann kann das Druck ausüben. Und dann sehe ich das absolut als ein legitimes Mittel. Und nochmal, um zurückzukommen, da ist es dann einfach wichtig, dass man die Möglichkeit hat, dass durch weiteren Druckaufbau, durch ein Waffenstillstandsabkommen, dass dann das aufgehoben wird wieder.

Liam: Also ich verstehe die Hoffnung jetzt so, dass, also ich verstehe die Aussage jetzt so, dass man hofft, dadurch, dass die individuellen wissenschaftlichen Mitarbeiter, Hewies, Profs, alle merken ja, unsere Kooperation ist im Arsch wegen diesem Krieg, dass sie sich mehr äußern, mehr zu Wort melden und vielleicht mehr Druck auf die Universitätsleitung, indirekt vielleicht auch auf die Regierung ausüben. Das Problem, was ich damit sehe, es kann auch genau in die andere Richtung losgehen. Es kann auch sein, dass dieser Forschungsaustausch gerade überhaupt erstmal für Austausch sorgt, dass Leute miteinander reden. Und ich glaube, die Position innerhalb von Israel oder anders, die Position innerhalb Deutschlands ist, glaube ich, etwas kontroverser zu diesem Thema, als in bestimmten akademischen Kreisen in Israel. Das heißt, wir haben auch einen Mehrwert durch diesen Austausch, was den Druck betrifft. Weil wir dadurch, dass wir gewisse Werte haben, dadurch, dass wir völkerrechtswidrige Handlungen in jeder Form kritisieren, dass wir den Leuten das auch zeigen. Und wenn wir jetzt irgendwelche, wenn wir jetzt kritisieren, in dem Ursprungsantrag wurde kritisiert, Leute von der Universität werden zu Morden einberufen und beteiligen sich aktiv an diesem Krieg. Ja, wie ändern wir das, was in diesen Köpfen dieser Leute ist, dass sie so radikalisiert sind, dass sie unbedingt für so einen Krieg sterben möchten oder dass sie sich dafür eine Waffe hergeben. Ich glaube, da ist es etwas besser, wenn wir in dem Austausch sind, dass die Leute mitbekommen, in Deutschland wird das von den Studis überhaupt nicht gefeiert. Aber wenn diese Kooperation abgesagt wird, ist es wieder viel einfacher, ins reaktionäre Denken zu verfallen und zu sagen, ja, die bösen Deutschen canceln uns, weil wir hier unser Land verteidigen. Da sieht man, dass in Deutschland wieder die Antisemiten sind. Also, das ist jetzt übertrieben und ich fände das auch nicht fair, so zu argumentieren. Aber ja.

Lena K.: Heiko, hast du noch irgendwas hinzuzufügen?

Heiko: Nee, ich wollte Baran jetzt reden lassen und wenn ich noch was habe, dann melde ich mich nachher nochmal. Danke.

Baran: Also, ich sehe dieses sehr pessimistische Denken darüber, dass wenn eine Kooperation, die aktuell besteht, kurzzeitig beendet wird oder für einen bestimmten Zeitraum beendet wird, dass das nichts bewirken kann. Es gibt genug Beispiele in den letzten Jahrzehnten, wo so etwas oft genug was bewirkt hat. Sei ich zum Beispiel bei den Gezi-Protesten in der Türkei, wo Akademikerinnen und Akademiker auch aus Deutschland Druck auf die türkische Regierung ausgeübt haben, indem sie gesagt haben, wir beenden bestimmte Kooperationen mit euch. Und deshalb sehe ich das als einen sehr wichtigen Schritt, diese Verbindung mit der Technion zu unterbrechen, bis ein Waffenstillstand herrscht. Du hast davon gesprochen, dass wir in den Dialog treten müssen, dass wir mit bestimmten Akteuren in Israel sprechen müssen, denen zeigen müssen, so hey, wir finden diesen Krieg nicht gut. Aber das tut unsere Bundesregierung ja nicht. Sie tut das nicht, sie kritisiert den Krieg nicht, sie feuert ihn nur an. Da würden wir uns natürlich einen kritischeren Umgang mit wünschen. Aber das ist kein hochschulpolitisches Thema. Ich sehe es einfach als wichtig, dass wir Kooperationen, die damit zu tun haben, Waffen zu produzieren oder aktiv Waffen zu benutzen, kritisieren. Das gilt nicht nur jetzt für Technion, sondern auch für andere Kräfte, die an unserer Universität zum Beispiel für Praktika werben, in der türkischen Waffenindustrie, die für Praktika werben bei Rheinmetall usw. Das sind Dinge, die man kritisieren muss, weil diese Waffen am Ende dafür genutzt werden, um unschuldige Zivilisten zu ermorden. Und das passiert, egal wie man diesen Krieg aufbaut. Am Ende

des Tages leidet die Zivilgesellschaft darunter, die Zivilbevölkerung, keine andere Person. Und deshalb, wir können hier diskutieren, machen dies und das, aber wenn es sich wehtut, wenn wir diese Kooperation nicht beenden, dann bringt das nichts. Wir müssen die Kooperation kurzfristig beenden, damit die Menschen verstehen, dass wir das nicht akzeptieren, wir akzeptieren nicht, dass Wissenschaft dafür genutzt wird, Menschen umzubringen. Und das ist ein klarer Faktenreder, der sagt, das passiert nicht, die Waffen dort werden nicht genutzt, die Menschen werden nicht aktiv dazu genutzt. Doch, Studierende werden aktiv in Israel aktuell einbezogen, auch wenn sie das nicht wollen, auch wenn sie dagegen protestieren, sie werden inhaftiert dafür, wenn sie den Kriegsdienst verweigern, weil sie den Krieg nicht gut finden. Das ist ein Fakt, das ist die Realität und der könnte nicht widersprechen. Und deshalb müssen wir als Studierenden, die in einer luxuriösen Situation sind, dass sie nicht in einen Krieg einberufen werden müssen, ein Zeichen setzen, dass wir uns gegen Forschung stellen, die in der Militärindustrie genutzt wird. Und das können wir nicht einfach so akzeptieren. Wir können nicht hier sitzen und reden und sagen, wir müssen irgendwie ein Zeichen setzen, wir müssen den Dialog, einen Dialog kann man weiterführen, auch wenn die Kooperation gestoppt wird, bis ein Waffenschildstand durchgeführt wird, ganz einfach.



Liam Morison Gagelmann: GO-Antrag auf wörtliche Übernahme

„Aber das tut unsere Bundesregierung ja nicht. Sie tut das nicht, sie kritisiert den Krieg nicht, sie feuert ihn nur an.“, **Baran**

Lena K.: Wenn, ok Valentin, antworte gerne. Ich würde sonst einfach Aras dran nehmen. Moment, stopp, warte, Fynn Grünwald kommt davor, weil er ist erst Redner.

Valentin: Ja, ich möchte mich nur gegen wehren, dass gesagt wird, die Bundesregierung würde diesen Krieg anzetteln und unterstützen, anfeuern.

Baran: Bitte ins Mikrofon. Ich kann genug Argumente dafür nennen, dass die Bundesregierung diesen Krieg, und nicht nur diesen Krieg, sondern Krieg im Nahen Osten, sei es in der Türkei, in den kurdischen Gebieten oder an anderen Orten dieser Welt, unterstützt mit ihrer Waffenlobby und alles, was dahinter steht. Und wer dagegen argumentiert oder das verneint, der hat, der Realität hat Realitätsverlust, ganz einfach.



David Hall: GO-Antrag auf Ustrukturierung der Tagesordnung

Es gab in letzter Zeit einen Vorfall im AStA der unter dem TOP bericht Soziales behandelt werden müsste. Zekiye würde gerne nachhause gehen deswegen würden wir gerne die Tagesordnung umstellen und jetzt die Tagesordnung umstellen. Gegenrede Baran: Ja, ich bin nicht dafür und würde erst mal den Punkt gerne zu Ende beraten. **Der GO-Antrag ist mit angenommen 18/6/6**

TOP 12 Bericht: Referat für Soziales

Marten Schulz: Egal. Dann haben 18 Leute dafür gestimmt, 6 dagegen. Damit haben wir jetzt den Bericht Soziales.

Lena Kertzsch: Ich würde jetzt einmal bitten, Zekiye Kazan, nach vorne zu kommen, um zu berichten. Es tut mir leid. Danke für deinen Bericht, Zekiye.

Zekiye: Gerne. Ich glaube, ich brauche gar nichts berichten. Habt ihr Fragen?

Lena K.: Luan, du wärest jetzt einmal dran zuerst.

Luan Shkurti: Hallo, hört man mich? Super. Danke erst einmal. Ich habe ein bisschen was vorbereitet. Ich würde das einfach vorlesen. Guten Abend, meine lieben ParlamentarierInnen. Guten Abend, liebe Mitglieder der Studierendenschaft. Der Grund, warum ich mich hier heute Abend in Anschluss an diesen Bericht zu Wort melde, der ja nicht wirklich erfolgt ist, ist, weil ich Sorge habe, dass ein Vorfall, der sich kürzlich im AStA ereignet hat, negativ auf mich zurückfallen könnte. Darüber hinaus verstehe ich mich ebenfalls in der Verantwortung, mich für das Recht der im AStA engagierten ProjektleiterInnen einzusetzen und mich gegen diese Vorkommnisse zu verteidigen. Gerade deswegen würde ich mich freuen, wenn ihr mir für einen Augenblick eure ungeteilte Aufmerksamkeit schenken könntet. Wie vielleicht einige von euch bereits mitbekommen haben, wurde ich letzte Woche Mittwoch ohne jede Vorwarnung und Begründung aus meinem Amt als Projektleiter im Sozialreferat entlassen. Einfach so. Diese Situation wirft Fragen auf, die ich heute mit euch besprechen möchte. Als ich am Tag darauf, also letzte Woche Donnerstag, auf der AStA-Sitzung nachfragte, weshalb ich eigentlich entlassen wurde, bekam ich die Antwort von der Sozialreferentin und ich zitiere wörtlich, es gibt keinen Grund. Ich bin aus mehreren Gründen sehr enttäuscht von dem Ablauf der letzten AStA-Sitzung. Zum einen kam es während der Sitzung zu Meinungsverschiedenheiten. Einige Äußerungen der Sozialreferentin empfand ich dabei als sehr unangemessen, wie etwa der Vorwurf, ich würde ein Psychospiel spielen. Zum anderen fand ich es sehr schade, dass ich nicht die Unterstützung von den Angehörigen des AStA auf der Sitzung bekam, die ich mir ersehnt hätte und die Entlassung ohne weitere Kommentare abseits meiner Einwände so hingenommen wurde. An dieser Stelle möchte ich trotzdem ein großes Lob an Marco aussprechen,

der sehr vorbildlich versucht hat, die Situation auf der Sitzung zu schlichten und die Sozialreferentin zu einer Rücknahme der Entlassung zu überreden. Leider ohne Erfolg. Vermutlich seid ihr genauso wie ich zuerst sehr verwundert darüber, was denn eigentlich passiert sein muss, dass eine unbegründete Entlassung überhaupt passieren musste. Eine klare Antwort darauf habe ich aber leider auch nicht. Nur eine Vermutung. Ich wende mich an euch mit der Bitte,

Lena K.: Luan, deine Redezeit neigt sich sehr stark.

Luan S.: Ich habe nur noch einen kurzen Absatz. Ich wende mich an euch mit der Bitte, diese Situation hier heute gemeinsam und konstruktiv aufzuarbeiten und eine Lösung zu finden, wie wir mit solch einer kritischen Entlassungskultur umgehen und ähnliche Situationen künftig vermeiden können. Vor allem unter dem Aspekt der Wertschätzung des Ehrenamts und dem Schutze von Studierenden, die auf die Aufwandsentschädigung angewiesen sind, sehe ich große Lücken in den Ordnungen der Studierendenschaft. Ich möchte für die Zukunft unter anderem ein eindeutiges Willkürverbot für die Satzung der Studierendenschaft mit ausarbeiten, damit es künftig gar nicht erst zu solchen Vorfällen kommen kann. Für Rückfragen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung und ich bedanke mich vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Lena K.: Hast du Fragen, An Zekiye?

Luan S.: Ich würde das als Debatte in den Raum geben wollen. Das ist mein Vorgehen.

Lena K.: Das ist halt ein Fragen stellen zu Berichten und Dingen, die passiert sind.

Luan S.: Entschuldige, kannst du das noch mal kurz erläutern?

Lena K.: Naja, die Leute berichten und dann stellen wir ihnen Fragen dazu, was sie getan haben und diskutieren jetzt nicht über die Explizit.

Luan S.: Achso, ja, dann wäre meine Frage an dieser Stelle, wie sich denn die Frau Sozialreferentin dazu positionieren möchte und was sie dazu zu sagen hat.

Zekiye: Erstmal habe ich einen Namen. Meine Eltern haben mich so genannt. Zekiye. Das hast du erst mal zu respektieren.

Luan S.: Also ich sehe nicht, wo ich dich disrespektiert habe.

Zekiye: Indem du mich Frau Sozialreferentin genannt hast. Jetzt lass mich mal antworten. Ich muss mich jetzt extrem zusammenreißen. Erstens auch, weil es so spät geworden ist. Und ich mir das nicht um diese Uhrzeit antun wollte, weil ich einfach nicht bis 12 Uhr ausschlafen kann. Okay, ich mache jetzt weiter. Du hast aus deiner Sicht, aus deiner Perspektive erklärt, erzählt, wie du es empfunden hast. Aber ich brauche keine Begründung. Aber ich habe tausende Gründe dafür. Außerdem, warum erwähnst du nicht, dass du mich psychisch terrorisiert hast, dass du mich angeschrien hast, dass du mir gedroht hast? Warum erwähnst du das nicht? Das war jetzt nur eine rhetorische Frage. Ich mache jetzt weiter. Es ist immer sehr schön.

Zekiye: Ich muss keine meiner einzigen Entscheidungen, die ich mir auf meine PL stelle, hier vom StuPa aus diskutieren. Ich bin mir sicher, dass keine einziger Referent/Referentin das überhaupt je machen musste. Das ist sowas von bodenlos. Das ist sowas von ekelhaft gerade. Und dann sagst du, dass ich dich in einem schlechten Licht dargestellt hätte. Ich habe überhaupt niemandem davon erzählt. Brauch dich nicht.

Luan S.: Ich habe dich nicht angegriffen. Ich habe dich angeschrien. In der Hinsicht ist das nicht so. Ich kann gerne, falls es Interessierte gibt, weil ich nehme an, das hat ein sehr hohes Interesse für die Studierendenschaft, erklären, was vorgefallen ist. Ich wurde in das Büro gerufen und mir wurde.

Marten: Du bist leider nicht dran.

Luan S.: Tut mir leid. Dann möchte ich mich an die Redeliste halten.

Luan S.: Ich dachte nur, es ist wegen der Dringlichkeit wichtig, dass ich das so sprechen kann.

Marten: Wir müssen auch in dieser Situation eine gewisse Grundordnung halten, dass die Geschäftsordnung. Daran möchte ich mich auch halten. Als Nächstes wäre Baran dran.

Baran Yenen: Wenn du eine Pause brauchst, ist das ganz normal. Das ist auch kein Zeichen von Schwäche. Bei den Vorwürfen, die in den Raum geworfen werden, ist das für die Person selbst sehr verletzend. Ich hätte vier kurze Fragen an dich. Du kannst mit Ja und Nein antworten. Wurdest du von ehemaligen PLs angeschrien? Wurde dir von diesen indirekt gedroht?

Zekiye: Nein, in dem Moment nicht. Er war ja in dem Moment noch gewählt.

Baran: Wie gehst du mit Drohungen um, die in diesem Moment passiert sind? Wie fühlst du dich aufgrund dieser?

Zekiye: Ich habe mich sehr unwohl gefühlt. Wenn wir davon ausgehen, dass du diesen Moment meinst. Carla war vorne. Ich bin auch direkt hinterher, weil Luan den Raum verlassen hat. Sie hatte mich auch als erstes umarmt. Für diejenigen, die nicht wissen, Carla hat auch Awarenesserfahrungen. Er ist danach wieder zurück, hat seine Schlüssel abgeholt, weil er sie vergessen hat. Du hast mich daraufhin wieder angeschrien. Hast du auch nicht erwähnt, vielleicht so zu Protokoll. Dann wurde auch Carla Zeugin davon. Oder Ira hat es im Lehre-Referat mit geschlossenen Türen gehört. Ich glaube, da waren auch noch andere Personen im Raum.

Baran: Fühlst du dich aktuell sicher?

Zekiye Nein.

Baran Musst du eine Kündigung begründen? Oder musst du sie jemandem erklären, außer der Person, die PL ist?

Zekiye Nein.

Baran Das sind für mich ganz klare Beantwortungen einer Frage. Deshalb ist dieses Statement für mich auch ganz klar nicht vonnöten. Ich kann verstehen, wenn eine Person sauer ist. Oder enttäuscht darüber, wenn man gekündigt wird. Aber man sollte die Sicherheit der Personen, die hier ehrenamtlich, man hat von Ehrenamt gesprochen, jederzeit gewährleisten. Wenn wir von einer Frau sprechen, von weiblich gelesenen Personen, dann insbesondere mehr. Wir leben in einem Zeitalter, wo es tagtäglich Femizide gibt. Die können jederzeit passieren. Dementsprechend sollten wir uns verhalten, die Art und Weise, wie man miteinander spricht. Wir haben oft von Respekt im Hause gesprochen. Auch im AStA. Wie man miteinander umgeht, ist etwas ganz Wichtiges. Wenn eine Person sich nicht kontrollieren kann, in einer emotionalen Situation, insbesondere in der Position Sozialreferat, dann ist er oder sie oder es in der Stelle ganz falsch. Man sollte sein Verhalten überdenken. Und nicht noch von links und rechts befeuert werden, um andere Interessen durchzusetzen. Weil man eine Abneigung hat gegen bestimmte Personen. Man sollte diese Situation nüchtern betrachten und nüchtern analysieren. Wenn ich angeschrien werde oder angegangen werde, dann ist das das Letzte, worüber ich nachdenke, die gegenüberliegende Person noch davon zu überzeugen, warum ich sie kündige oder welche Schritte ich unternommen habe. Wenn man seine Arbeit nicht vernünftig macht, dann ist das einfach in unserem kapitalistischen System so, dass man vor die Tür gesetzt wird. Und damit müssen wir leben.



Malena Moog: GO-Antrag auf Internes Protokoll

Gegenrede von Baran: Es gibt auch Angehörige des AStAs, die kein Stimmrecht haben, trotzdem dieses Thema mitverfolgen sollten. Es geht um internes Protokoll. **Der GO-Antrag ist mit angenommen mit 16/5/7**

Malena: Ich habe das Gefühl, dass hier auch über Privatpersonen geredet wird. Ich glaube, deswegen wäre Ausschluss der öffentlichen Arbeit.

Marten: Gibt es da Gegenrede? Es wurde ein GO-Antrag auf internes Protokoll gestellt. Ich würde den nacheinander abarbeiten. Gibt es da Gegenrede? Aras, du hast keine Stimmkarte? Nein. Baran, weil? Magst du das ins Mikrofon sagen, damit wir es im Protokoll haben?

Baran: Es gibt auch Angehörige des AStAs, die kein Stimmrecht haben, trotzdem dieses Thema mitverfolgen sollten. Es geht um internes Protokoll.

Marten: Es geht um internes Protokoll. Gibt es Gegenrede gegen ein Internes Protokoll? Okay, wir stimmen darüber ab, ob ein internes Protokoll durchgeführt wird. Wer möchte ein internes Protokoll haben über die ganze Debatte, der meldet sich bitte jetzt.

Lena K.: Gut, dann einmal die Gegenstimmen. Wer ist dagegen? Ist das eine Meldung, Julius?

Marten: Wer enthält sich?

Lena K.: Der Antrag ist mit 16 Ja-Stimmen angenommen. Ich habe das richtig verstanden, Malena, dass du auch einen Antrag auf Ausschuss der Öffentlichkeit stellst? Nein? Okay.

– Internes Protokoll –



Mehmet Alagül: GO-Antrag auf 5 Minütige Sitzungsunterbrechung

Gegenrede: Es hat sich bereits gezogen und wir sollten zum Ende kommen. **Der GO-Antrag ist mit (11/6/5) angenommen**

TOP 12.0.1 Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments der RWTH Aachen zum Israel-Palästina-Konflikt (Antrag SP72-A016)

23:57 Uhr

Der Antrag ist unter Anlage 8 zu finden.

Lena K. Pause ist zu Ende. Wir würden jetzt weitermachen. Ich würde dann auch bitten, alle Leute reinzukommen, sich wieder hinzusetzen. Ich würde euch bitten, das zügig zu machen, damit wir weitermachen können. Wir wären dann jetzt wieder beim Tagesordnungspunkt 12.1. Die SFP-Anträge, der Antrag von David, Valentin, Julius und von SFP. Ich würde euch bitten, nach vorne zu kommen, damit wir weitermachen können mit der Debatte. Wir würden dann jetzt weitermachen, auch mit der alten Redeliste. Dann wäre jetzt Fynn Grünwald dran.

Fynn Grünwald: Ich bin schwer enttäuscht, dass Liam gar nicht vorne steht, weil ein Teil richtete sich auch an das was Liam eben gesagt hat, aber gut, ich mache meine Punkte trotzdem. Es tut mir furchtbar leid, dass das jetzt ein ruckeliger Einstieg wird, weil wir das Thema vor einer Stunde das letzte Mal hatten. Aber ich habe ein, zwei Anmerkungen. Allgemein. Wir haben diesen netten Antrag vorgesetzt bekommen und mir fehlen ein paar Fragen. Ich stelle mir ein paar Fragen, wenn ich auf diesen Konflikt schaue. Wir verurteilen hier ganz viel und bla, aber die erste Frage, die wir uns stellen, ist doch, warum gibt es diesen Krieg eigentlich? Warum sterben da Menschen, mit denen wir uns solidarisieren? Und ist es nicht wert, sich damit auseinanderzusetzen, um sich überhaupt sinnvoll mit der Frage zu beschäftigen, was man da machen kann oder auch nicht? Die Illusion, dass hier irgendeine Solidarisierung, irgendeine Forderung oder was weiß ich, irgendwas ändern oder nicht ändern würde, ist eine maßlose Überschätzung dieses Parlaments. Das macht man hier gerne. Wir spielen hier gerne Bundestag und tun so, als würden wir die Welt retten. Aber ehrlicherweise tut es wirklich nichts zur Sache, ob wir das jetzt hier beschließen oder nicht. Das wollte ich nur gesagt haben. Jetzt habe ich hier so eine Notiz, da weiß ich selber nicht mehr, was ich da gemeint habe. Ganz ehrlich, ist auch

eine Stunde her. Die Solidarisierung mit irgendwelchen Staatsprojekten, mit denen ich nichts gemein habe und auch sonst hier, glaube ich, kaum jemand, was mit den Inhalten dieser Projekte zu tun hat, halte ich auch einfach für Zeitverschwendung. Das kann man privat diskutieren, aus Spaß an der Freude, aber hat wirklich keinen Mehrwert, die Beschäftigung damit. Abschließend noch, eine Sache ist mir ins Auge gefallen. Da steht dieser tolle Satz, ich beziehe mich jetzt auf genau den Antrag von den Stupa-Menschen, die da vorne stehen. Da steht drin, wir stehen klar zum Selbstverteidigungsrecht Israels im Rahmen des humanitären Völkerrechts. Das ist super nett, dass das Stupa das beschließen soll. Aber bekannt ist mir nicht, dass das Studierendenparlament das Völkerrecht durchsetzt, beschließt, das Selbstverteidigungsrecht Israels in irgendeiner Form an- oder aberkennen kann oder auch nur im Entferntesten was daran ändern könnte. Ich frage mich ein bisschen, was will man da eigentlich mit sagen, außer wir finden das ganz toll, an dem wir eh nichts ändern können.

David Hall: Auf einer Unterhaltungsebene stimme ich dir an sehr vielen Punkten zu. Ich habe mich sehr gut unterhalten gefühlt. Du hast selber eben gesagt, du bist heute zum Pöbeln hier, verstehe ich das vollkommen. Ich versuche, auf einzelne Punkte einzugehen, die vielleicht etwas produktiver sind. Und zwar würde ich mit einer Rückfrage anfangen. Du hast jetzt sehr viel kritisiert. Ja oder nein, findest du den Antrag obsolet?

Fynn Grünenwald: Mit dem, was da drin steht, weiß ich nicht obsolet. Ich halte es für einen Fehler. Ich halte es für verkehrt, was man da versucht.

David: Dann sag doch mal, wo du die Fehler genau siehst. Du hast jetzt ganz viel angekreidet. Würdest du es einfach streichen, verbessern? Wir sind hier auf einer produktiven Ebene. Du kannst ja in Zweifel Änderungsanträge stellen oder wir unterhalten uns darüber, was du nicht so gut findest und dann ändern wir das.

Marten: Nein, kann er nicht. Wir finden es in der Grundsatzdebatte.

David: Willst du es grundsätzlich ablehnen, dann kannst du ja sagen, da bin ich grundsätzlich gegen.

Fynn Grünenwald: Ich halte es allgemein für Quatsch, dass wir uns hier zu etwas positionieren, wo wir überhaupt nichts ändern können. Das ist nicht mal mit einer Forderung verbunden. Da steht überhaupt nichts drin. Wir finden das alles doof und toll. Das Ergebnis ist, wir können uns alle auf die Schulter klopfen, dass wir die solidarischen Menschen hier sind, aber das tut ja nichts. Wir können uns gerne Absatz für Absatz durchgehen. Ich kann euch sagen, wo ich da einen Fehler gefunden habe. Ich glaube, das führt eher zur Ermüdung des gesamten Hauses. Deswegen beantworte ich die Frage kurz und knapp. Ich halte die Prämisse des Antrags für verkehrt.

David: Danke für die sehr kurze Antwort, die sehr viele Worte gebraucht hat. Ist aber vollkommen in Ordnung. Ich finde es gut, dass du als jemand von der Juso-HSG gegen solidarische Sachen bist. Du bist nicht mehr Juso-HSG. Entschuldigung.

Fynn Grünenwald: Davon möchte ich mich distanzieren. Sowohl als auch. Ich weiß nicht, welche Aussage wir haben.

David: Entschuldigung, ich wollte dir nichts zuschreiben, was nicht mehr aktuell ist. In dem Fall ist es ja eigentlich so, dass beide Anträge, die zur Debatte stehen, die aus irgendwelchen Gründen konkurrierende Anträge sind, für dich eher Schabernack sind und Selbstbespaßung, die nicht notwendig ist. Das ist auf jeden Fall eine Meinung. Dann warst du ja eigentlich auch bei dem alten Antrag, der irgendwann mal in der letzten Legislatur getroffen wurde. Wahrscheinlich auch nicht dafür, weil das sind ja gleich die selben Argumente. Nur auf einer anderen Ebene.

Fynn G.: Da habe ich nicht drüber abgestimmt.

David: Okay, dann merken wir uns schon mal, du hast auf die beiden Anträge keinen Bock. Hältst das für unnötig, ist ja vollkommen in Ordnung. Danke für den Input. Hat Spaß gemacht.

Fynn Grünenwald: Du hast mir vorgeworfen, ich wäre nur hier zum Pöbeln. Ich versuche es in fünf Sekunden hinzukriegen. Aber die Frage ist, ob es stimmt, was ich gesagt habe, oder stimmt es nicht. Ich versuche ja, hier einen kleinen Input zu geben, warum ich es für verkehrt halte.

David: Ich habe dich ja auch nur zitiert.

Lena K.: Gut, dann ist jetzt Aras dran.

Aras Osso: Ich möchte Folgendes sagen. Man kann durchaus etwas mit den Anträgen bewirken, wenn man das möchte. Und den Willen sehe ich tatsächlich nicht im Antrag von den Stupa Menschen. Im Antrag von den anderen Personen ist es so, da steht ganz klar drin, wir fordern die Aussetzung der Kooperation mit der Technion Haifa. Das ist ein ganz klarer hochschulpolitischer Schritt, um Druck auszuüben. Das ist sehr viel konstruktiver, als einfach nur zu schreiben, wir stehen zum Selbstverteidigungsrecht Israels und wir verurteilen dieses oder jenes. Wenn wir wirklich etwas bewegen wollen, dann ist die Forderung, die Kooperation auszusetzen, ein richtiger Schritt. Und der einzige Schritt, meines Erachtens, der etwas bewegen kann. Wir fordern die Hochschule RWTH auf, die Kooperation auszusetzen. Der AStA sollte sich dafür einsetzen. Das ist nicht antisemitisch. Ich habe mehrfach schon dieses Argument gehört, es wäre antisemitisch. Das ist es nicht. Das sind keine doppelten Standards. In der Vergangenheit hat die RWTH Kooperation mit russischen Universitäten beendet. Deutsche Hochschulen haben Kooperation mit iranischen Universitäten beendet. Weil auch im Iran Menschenrechte nicht eingehalten wurden. Deutsche Hochschulen können sehr wohl Kooperationen auch mit israelischen Universitäten aussetzen. Und das nicht aus antisemitischen Gründen. Das ist der einzige Weg, auch hochschulpolitisch etwas zu erreichen. Und diese Forderung bleibt legitim. Der israelische Staat bricht Völkerrecht. Und nein, ich erwähne natürlich, es ist nicht so, dass die Hamas freundlich und friedlich ist. Darum geht es aber nicht. Ich möchte nur betonen, dass dieser Staat Völkerrecht bricht. Und deswegen durchaus legitim ist, zu fordern, dass man diese Kooperation aussetzt. Und die Begründung erfolgt schon. Die Technion Haifa ist eng mit der israelischen Rüstungsindustrie verwickelt. Sie arbeiten an Rüstungsprojekten. Und die Art und Weise, wie die IDF in Gaza gerade vorgeht, wird auch am IGH thematisiert. Nicht ohne Grund. Es gibt Anzeichen für Kriegsverbrechen. Und der IGH spricht auch von plausiblen Gründen für ein Genozid. Das heißt, das sind wirklich schwerwiegende Vorwürfe. Und wenn wir was erreichen wollen, dann bitte Kooperation aussetzen. Das ist der einzige Schritt, um irgendetwas hochschulpolitisch zu tun. Das, was ihr verfasst habt, kann ich auch im Kindergarten verfassen. Das kann ich auch in der Schule verabschieden. Es bringt überhaupt nichts. Wir sind

in der Hochschulpolitik. Und deswegen brauchen wir Schritte aus der Hochschulpolitik. Und das ist bei euch nicht gegeben. Es tut mir leid. Wir können auch darüber sprechen, dass wir nicht die Kooperation aussetzen. Dann kommt bitte mit einem Vorschlag, wie wir das tun können. Mit einer Handlung und nicht nur mit einer Positionierung.

Liam Gagelmann: Was ist die Frage, Aras?

Aras Was wollt ihr tun, damit es nicht nur bei Symbolpolitik bleibt?

Liam: Ich persönlich bin der Auffassung, dass das, was das Studierendenparlament hier seit ein paar Sitzungen sich gewünscht hat, Symbolpolitik ist. Dass wir ein Zeichen setzen wollen. Dass wir nicht einfach sagen wollen, dieses Thema ist nicht unsere Aufgabe. Deswegen machen wir dazu gar nichts. Ich bin der Meinung, wir haben in diesem Haus keine Mehrheit dafür, diese Kooperation zu unterbrechen. Zeitgleich weiß ich, dass ganz viele Menschen hier unbedingt möchten, dass sich die Studierendenschaft der RWTH Aachen solidarisch mit Opfern erklärt. Auf beiden Seiten. Das ist Inhalt des Antrags. Auf der anderen Seite ist die Frage, wenn du jetzt sagst, der eine Antrag beinhaltet eine konkrete Forderung und der andere nicht. Du hast vorhin gesagt, dass du SFP Aachen als nicht unterstützenswürdig oder dass du sagst, das ist sehr problematisch. Eigentlich sollte man sich mit ihnen nicht gemein machen. Das ist eine Aussage von letzter Sitzung. Kannst du dich für den Antrag von Students for Palestine, von den konkurrierenden Einsätzen, wenn genau die Probleme, die beim letzten Mal da waren, weswegen wir heute den Antrag aufgehoben haben, wieder da sind? Nämlich von SFP gestellter Antrag etc. pp.

Aras: Der Antrag von Juni war nicht von SFP verfasst, der in einer veränderten Form verabschiedet wurde. Diesen Antrag, wo eine konkrete Forderung stand, habt ihr mit eurem Antrag aufgelöst.

Aras: Ihr tragt gerade die Verantwortung dafür.

Liam Was heißt, wir haben den aufgelöst. Das Parlament hat den aufgelöst.

Aras: Ihr habt doch den Antrag gestellt.

Liam: Sorry, aber das Parlament entscheidet, nicht die Antragsteller.

Aras: Dann stelle ich dir noch mal die Frage, warum habt ihr den Antrag gestellt, den Antrag, der in einer veränderten Form verabschiedet wurde, zurückzunehmen? Dieser Antrag wurde nicht von SFP verfasst. SFP stand gar nicht in Verbindung mit diesem Antrag. SFP hat dieses Thema in der Stupa gebracht. Aber dafür kann ich doch nichts. Dafür können auch nicht die anderen Personen, die diesen Antrag verfasst haben. Die haben das Thema eingebracht. Okay, aber was soll ich jetzt tun? Ich kann da nichts gegen tun. Aber das Einzige, was ich tun kann, ist, einen konstruktiven Antrag zu stellen und hoffen, dass er durchkommt. Und er ist durchgekommen. Und dann kommt ihr und sagt, der Antrag muss wieder zurück.

Lena K.: Aras, ich würde dich bitten, zum Ende zu kommen.

Aras: Sorry, was ich nur noch sagen möchte. Wir hatten einen konstruktiven Antrag, der nicht in Verbindung mit SFP stand. Und der wurde von denselben Leuten zurückgenommen. Sie haben den Antrag gestellt, dass man diesen Antrag zurücknehmen soll. Und jetzt wird uns vorgeworfen, wir wären nicht konstruktiv.

David: Ich würde dir gerne an einer Stelle widersprechen. Der Antrag zur Auflösung kam von Liam. Der Antrag, über den wir gerade unter anderem reden, kommt von uns Vieren. Und wir haben einen anderen Antrag. Liam, kannst du gerne Doppelzügigkeit vorwerfen. Die übrigen drei Antragsteller würde ich gerne rausgenommen wissen. Nur, dass wir klar sind. Und um ein weiteres Scheinargument noch reinzuwerfen. Das letzte Parlament hat es beschlossen. Wir sind ein neues Parlament. Wir dürfen die Entscheidung des alten Parlaments überarbeiten.

Michael Dappen: Ich wollte nur sagen, ich verstehe nicht, warum wir grundsätzlich noch darüber reden, ob wir den neuen Students for Palestine Antrag überhaupt in Betracht ziehen anzunehmen. Wir haben gerade eben mit einer klaren Mehrheit dafür gestimmt, diesen alten Antrag aufzuheben. Und der neue Antrag ist fast genau das gleiche, nur er ist schlechter. Es sind zwei Sachen daran geändert. Die eine Sache, die geändert wurde, ist, dass man aus dem ursprünglichen Antrag den Punkt rausgestrichen hat, dass Hamas eine Terrororganisation ist und antisemitische Organisation ist. Ihr habt ja gesagt, ihr wolltet den besser machen. Das ist scheinbar eure Auffassung davon, den besser zu machen. Und die andere Sache, dass Israel aktiv einen Völkermord begeht. Wenn ihr meint, dass das die beiden Sachen sind, die den neuen Antrag, also wenn wir jetzt mit 24 Stimmen für die Auflösung des anderen Antrags gestimmt haben, sind das jetzt die Sachen, die beiden Punkte, die uns jetzt davon überzeugen sollen, den neuen Antrag jetzt wieder zu bestimmen?

Antragssteller SFP: Also die Motivation, den Antrag zu stellen, ist, wie am Anfang, so wie jetzt, wir als Studierende fordern, als Antwort auf das, was passiert im Moment, dass die RWTH reagiert und eine Auflösung der Umbrella-Kooperation einleitet. Alles drumherum war, sag ich mal, mitgestaltet worden von dem Studierendenparlament. Nochmal, uns geht es um die Hauptforderung. Was das Studierendenparlament damit beschließt, jetzt in der neuen Sitzung, finden wir schade, dass dieser Antrag aufgehoben wurde. Wir sind dafür da, dass der weiterhin steht. Scheinbar gibt es Dinge, die angepasst werden sollen. Wir sehen es aber trotzdem im Interesse des Studierendenparlaments, und so sehen wir auch das Stimmungsbild, dass weiterhin das Studierendenparlament die Aufhebung der Umbrella-Kooperation einleiten sollte.

Michael: Ich habe einfach kein Vertrauen mehr dazu, dass ihr das in goodwill, diese Aufhebung machen wollt. Wenn ihr explizit an diesen alten Antrag hattet und die Sachen, die ihr ändern wolltet, wenn euch eigentlich nur die Hauptforderung von der Aufhebung der Kooperation wichtig war, war, Hamas ist keine Terrororganisation, Israel begeht einen Völkermord. Wenn euch der Rest so unwichtig gewesen wäre, dann hättet ihr das auch komplett rausstreichen können. Aber ihr meintet, ihr wolltet den Antrag besser machen, deswegen habt ihr das da reingepackt.

Antragssteller SFP: Das Ding ist, das war ja nicht drin. Das Studierendenparlament hat eine Kontextualisierung scheinbar gefordert. Deshalb haben wir keine Kontextualisierung entfernt. Wir haben sie so beantragt, dass sie auch dem Geist unserer Bewegung entspricht.

Michael: Okay, danke. Wenn das der Geist eurer Bewegung ist.

- 1994 Antragssteller SFP: Der Geist unserer Bewegung ist, dass wir nicht dafür sind, anzufangen, okay, Israel darf das, weil Hamas, Hamas darf
1995 das, weil Israel und irgendwie am Ende ist das alles doof. Wir möchten einfach nur als StuPa sagen, wir finden das doof, aber wir hoffen, es
1996 löst sich von alleine.
- 1997 Michael: Der Geist eurer Bewegung ist, dass Israel einen Völkermord begeht und Hamas keine Terrororganisation ist.
- 1998 Antragssteller SFP: Niemand hat gesagt, dass Hamas keine Terrororganisation ist.
- 1999 Michael: Ihr habt das explizit aus dem alten Antrag rausgestrichen. Ihr habt den alten Antrag, den wir beschlossen haben, und jetzt aufgehoben
2000 haben, habt ihr die beiden Sachen geändert.
- 2001 Antragssteller SFP: Nochmal, der Geist unserer Bewegung ist es, möglichst viel aus der Thematik raus zu halten.
- 2002 Michael: Ich habe es schon verstanden. Wir kommen nicht weiter an dem Punkt.
- 2003 Lena K.: Dann wäre jetzt wieder Fynn dran.
- 2004 Fynn Grünwald: Es tut mir furchtbar leid, ich quäle euch noch mal. Auf eine Sache will ich nur kurz eingehen. Ich weiß, das fällt mir schwer.
2005 Diese Völkerrechtsgeschichte, über die wir jetzt schon wieder gesprochen haben. Wir stellen uns wieder auf den Standpunkt, uns zu Richtern,
2006 zu machen, welches Töten, welches im Nahostkonflikt stattfindet, welches Töten davon ist jetzt völkerrechtswidrig und welches passiert im
2007 Rahmen des Selbstverteidigungsrechts und ist damit legitimiert. Der Widerspruch, der in dem einen Antrag drinsteckt, ist der, zu sagen, wir
2008 sind ganz bestürzt, über die Opfer im Gazastreifen, als wäre es nicht eingepreist darin, dass Israel sein Selbstverteidigungsrecht durchsetzt.
2009 Das ist Bestandteil des Ganzen. Das Selbstverteidigungsrecht funktioniert nur als solches, das mit Waffengewalt durchgesetzt wird, gegen
2010 die palästinensische Bevölkerung. Ihr könnt mir doch nicht erzählen, dass ihr auf der einen Seite sagt, wir finden das Selbstverteidigungsrecht
2011 total geil, aber warum müssen denn da Leute sterben? Ja, bitte, warum?
- 2012 Liam: Finn, würdest du sagen, grundsätzlich kann es kein Selbstverteidigungsrecht geben, ohne das humanitäre Recht von anderen einzu-
2013 schränken, darauf zu schießen?
- 2014 Fynn Grünwald: Was heißt denn das Selbstverteidigungsrecht?
- 2015 Liam: Ich würde behaupten, das heißt, dass ich das Recht habe, mich gegen Angriffe von außen zu wehren.
- 2016 Fynn Grünwald: Okay, jetzt hast du es anders formuliert. Jetzt hast du immer noch nicht gesagt, was das beinhaltet.
- 2017 Liam: Wenn aus einem Nachbarstaat eine Rakete auf mein Territorium fliegt, und jetzt bin ich zwar kein Völkerrechtler, aber ich hätte das jetzt
2018 so gelesen, dass ich das Recht habe, die Stellung auszuschaalen.
- 2019 Fynn G.: Ja, okay, dann steckt doch das drin, das Töten. Dann sag ich, die sitzen im Tunnel drunter, und das mag stimmen, aber das Töten,
2020 das steckt da doch drin.
- 2021 David: Ich möchte an der Stelle darauf hinweisen, dass wir in der Grundsatzdebatte sind, nicht in der Detaildebatte. Entsprechend fände ich
2022 es gut, wenn wir grundsätzliche Sachen haben, weil wir sind noch nicht so weit mit Änderungsanträgen oder Streichen einzelner Punkte, wie
2023 wir schon festgestellt hatten.
- 2024 Fynn G.: Gut, ja, eben hast du gefragt, ich sollte doch mal was Konkretes, einen konkreten Punkt nennen. Aber gut, wir sind in der Grund-
2025 satzdebatte, ich bleibe dabei, ich halte davon nichts.
- 2026 Liam: Fynn, tatsächlich, ich würde auch darauf bestehen, einen konkreten Punkt zu machen, weil eines der wesentlichen unterscheidenden
2027 Kriterien zwischen den beiden Anträgen ist, neben den Antragstellenden, dass in dem einen Antrag eine Forderung nach Aufhebung der
2028 Solidarisierung drinsteht, und in dem anderen Antrag nicht. Jetzt frage ich mich, wie steht das Studierendenparlament dazu? Will das Stu-
2029 dierendenparlament, abgesehen von einer Solidarisierung, abgesehen von den Dingen, die als Symbolpolitik bezeichnet wurden, möchte es
2030 jenseits davon eine Aufkündigung der Kooperation oder nicht? Ich hätte gerne dazu ein Stimmungsbild, ein Meinungsbild.
- 2031 Fynn G.: Ich würde trotzdem noch was dazu sagen, wenn das Präsidium nichts dagegen hat. Ich will nur einmal auf die Forderung eingehen
2032 oder die Frage aufmachen, ob das wirklich der große Unterschied ist, zu dem wir das hier groß reden. Glaubst du mir ernsthaft, dass es die
2033 RWTH schert, wenn das Studierendenparlament sich hier nachts um 12 Uhr hinsetzt und sagt, wir wollen aber, dass sie die Kooperation
2034 aufkündigen? Als wäre es abhängig davon, was wir davon halten?
- 2035 Liam: Darf ich das so verstehen, dass du beide Anträge ablehnen würdest?
- 2036 Fynn G.: Ich habe eben schon gesagt, dass ich beide Anträge in der Prämisse für falsch halte.
- 2037 Lena K.: Es gab die Forderung von Liam auf ein Meinungsbild. Würdest du das bitte einmal kurz wiederholen, was du wolltest, Liam?
- 2038 Liam: Wollen wir die Kooperation mit dem Haifa in der Form einschränken oder nicht? Also Aussetzung ist auch eine Einschränkung, Aufkün-
2039 digung ist eine Einschränkung.
- 2040 Lena K.: Okay, ich denke, das war relativ klar. Wer ist für diese Einschränkung, für diese, was weiß ich, Pausierung, Aufhebung, was auch
2041 immer? Ihr dürft euch alle daran beteiligen, es ist ein Meinungsbild. Es ist ein Meinungsbild, es dürfen sich alle daran beteiligen, das ist einfach
2042 nur, was für eine Meinung haben wir? Das macht bis jetzt nichts. Gut, wer ist dagegen? Du hattest dein Meinungsbild, Liam. Baran, du bist
2043 dran.
- 2044 Baran: Hey, Dankeschön und super, dass du noch so motiviert bist um die Uhrzeit. Auf jeden Fall, ich habe eine Frage an SFP. Ist für euch,
2045 für das Camp und für eure Philosophie und für das, was ihr verkörpert und wohinter ihr steht, eurer Ideologie entsprechend die Hamas,
2046 eine terroristische Organisation? Ist die Hamas für eure Ideologie und die Ideologie des Campes, die ihr jetzt hier vertreten, eine terroristi-

sche Organisation? Bro, das ist eine voll einfache Frage. Bruder, ich bitte dich. Soll ich die Frage nochmal wiederholen? Bro, das ist keine Freiheitsbewegung.

Antragssteller SFP: Der Grund, warum das so bezeichnet werden soll, ist ja, weil die Hamas Kriegsverbrechen begangen hat, sozusagen. Und Israel hat da noch viel mehr begangen. Und, okay. Also deswegen wollen wir halt nicht solche Begriffe wie, ja, verwenden, die halt auch benutzt werden. Und zum Beispiel wird von vielen Rassisten geglaubt, alle Palästinenser sind Terroristen und solche Aussagen werden nicht getroffen. Und wir haben uns jetzt einfach auf das Völkerrecht konzentriert und gesagt, wir verurteilen die Kriegsverbrechen auf beiden Seiten.

Baran: Also ihr könnt als Gruppe nicht sagen, was ich sehr enttäuschend finde übrigens, weil wir uns in diesem StuPa sehr oft auch außerhalb des StuPas für dieses Camp einsetzen. Und mit der Bedingung, dass das Camp sich distanziert von den Gräueltaten der Hamas, die nichts damit zu tun haben mit, ja, hey, Israel verübt auch grauenvolle Taten und so weiter und so fort. Ich glaube, das ist uns allen klar, dass da viele Punkte sind, die wir kritisieren. Aber nicht nur Israel oder die israelische Bevölkerung leidet unter der Hamas, auch die palästinensische Bevölkerung leidet unter der Hamas. Und das schon seit Jahrzehnten. Und das ist ein klarer Fakt. Ihr könnt Menschen fragen, ihr müsst das so einsehen. Also für mich ist das einfach gerade sehr, sehr enttäuschend, weil für mich war es so eine. Ey, das Tor ist leer, schießt einfach rein. So eine ganz klare Bekennung dazu, dass man sagt, die Hamas ist terroristisch, die Hamas antisemitisch. Die Hamas hat am 7. Oktober ein Massaker ausgeübt, verübt, was nicht zu tolerieren ist und was nicht zu dulden ist. Und das ist meine Frage gewesen. Dann bedeutet das im Umkehrschluss auch, dass ihr Ideologien vertrittet, die in Rojava, Nordsyrien und in anderen Bereichen des Nahen Ostens Gräueltaten wie zum Beispiel das Abhacken von Köpfen oder politischen Islam und Islamismus mit unterstützt, weil die Hamas ja davon auch lebt und diese predigt und diese auch preist. Also bedeutet das, dass ihr keine internationale Solidarität für die Menschen zum Beispiel im Kurdistan habt, weil die auch vom Hamas-Terror und ähnlichen Arten von Terror fliehen mussten. Erst vor kurzem war der 10. Gedenktag an den Genozid der Jesiden, die vom IS verklagt wurden, getötet wurden, verfolgt wurden. Ich sehe da keinen Unterschied zwischen dem IS und der Hamas und ihren Taten. Also seht ihr das nicht ein oder wollt ihr das nicht sehen?

Antragsstellende: Ich bin ein bisschen überfordert von der Weite der Schlussfolgerungen, die du damit machst. Also ich kenne eher die Stellungnahme, dass Hamas und IS sich eigentlich gegenseitig sehen. Beide sind in dem Raum. Das ist mein Verständnis. Beide sind. Wir gehen gar nicht in diese Debatte rein. Wenn wir das machen würden, dann müssten wir. Unsere Stellungnahme ist bezogen auf die Handlungen.

Baran: Es geht ja nicht um eine Stellungnahme. Es ist doch klar. Schau mal, wir verurteilen doch auch gerade, bevor wir diese Pause hatten wegen Sozialreferat, haben wir doch verurteilt, wie Israel diesen Krieg führt und wie Israel die Zivilgesellschaft, die Zivilbevölkerung und Palästina unterdrückt und wirklich leider, leider auf eine menschenverachtende Art und Weise Krieg führt. Und dann erwartet man auch von euch, dass ihr das auf der Gegenseite auch verurteilt, wenn das die Hamas macht. Und wenn ihr das nicht schafft, dann müsst ihr euch selbst anzweifeln. Dann müsst ihr auch überlegen, ob diese Ideologie, die ihr folgt oder die ihr führt und ob euer Ziel, weil ich weiß nicht, was euer Ziel ist. Ist euer Ziel einen langfristigen Frieden schaffen oder ist euer Ziel eine Hamas regiertes Palästina Staat, der nicht für Frieden ist und was nicht. Weil für mich ist die Frage so, es ist nicht nur ein Problem, was Israel auslöst, sondern die Hamas löst auch in Palästina genügend Probleme aus, die man ankämpfen muss. Die Hamas terrorisiert in Palästina Menschen, die links sind, die homosexuell sind, die sich entgegenstellen diesem politischen Islam, diesem Islamismus durch die Hamas. Und da musst du auch sagen, weißt du was, das ist nicht in Ordnung, dem muss ich widersprechen, dem muss ich entgegenstehen. Ich muss internationale Solidarität zeigen, ich muss dem solidarisch sein, der sich für Menschenrechte einschätzt, der sich für die Gleichstellung von Mann und Frau einsetzt. Also das tut ihr ja nicht dann.

Lena K.: Danke. GO-Antrag, Liam, bitte, viel Spaß.

Lena K.: Kurz, wirklich kurz.

Antragsstellende: Ja, sorry, ich stehe gerade ein bisschen auf dem Schlauch. Genau, ich habe nur eine Gegenfrage. Würdest du Israel als Schurkenstaat bezeichnen?

Baran: Was ist das für eine Frage?

Lena K.: Ja, aber du kannst sie trotzdem nicht beantworten. Tut mir leid, das ist scheiße. Egal. So, Liam, du darfst deinen GO-Antrag vorstellen.



Liam Morison Gagelmann: GO-Antrag auf Sofortige Abstimmung

Ja, ich habe die letzten Redebeiträge von den Antragstellenden des anderen Antrags als disqualifizierend wahrgenommen. Wir mögen uns nicht einig sein, in welche Richtung dieser Antrag gehen soll. Aber ich glaube, dass es jetzt wenige Leute in diesem Raum gibt, wenn nicht niemanden, der ernsthaft der Meinung ist, dass wir von diesen Antragstellenden nochmal einen Antrag annehmen können. Sollte das der Fall sein, würde ich von diesem Parlament sehr enttäuscht sein und auf der nächsten Sitzung einen weiteren Aufhebungsantrag stellen. Danke. Ich werbe dafür, dass wir sofort den Antrag, unseren Antrag in die zweite Lesung überführen. **Der GO-Antrag ist ohne Gegenrede angenommen.**

Lena K.: okay. Gibt es Gegenrede? Wenn dies nicht der Fall ist. Kommen wir zur sofortigen Abstimmung. Ich möchte kurz daran erinnern, es sind konkurrierende Anträge. Ich möchte, dass jeder in diesem Raum bewusst ist, dass wir über den ersten Antrag abstimmen. Wenn wir den ersten Antrag überführen, können wir den zweiten nicht überführen. Ist das allen bewusst? Es wurde geheime Abstimmung gefordert.

Der Antrag SP72-A016 wurde mit (25/6/2) in die Zweite Lesung überführt.



Liam Morison Gagelmann: GO-Antrag auf 15-Minuten Sitzungsunterbrechung

Ich beantrage jetzt 15-minütige Sitzungsunterbrechung, damit wir noch mal über Änderungsanträge außerhalb der Sitzung reden können. **Der GO-Antrag ist ohne Gegenrede angenommen.**

Lena K.: Wir würden dann weitermachen. Wir haben jetzt noch eine Minute übrig von diesem Top. Wenn die Minute abgelaufen ist, vertragen wir es entweder automatisch oder wir stimmen sofort ab.

Heiko Hilgers: Änderungsantrag

Ersetze den 7. Satz durch: Der Terrorangriff am 7. Oktober 2023 war ein Akt, der trotz zahlreicher Kriege in der Geschichte Israels seinesgleichen sucht.

Ersetze den 8. Satz durch: Die Studierendenschaft der RWTH Aachen steht hinter dem humanitären Völkerrecht. Inwiefern die Reaktion Israels in ihrem Ausmaß oder gar ihrer Art mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar ist, ist juristisch jedoch umstritten. **von den Antragsstellenden angenommen**

Liam Morison Gagelmann: Änderungsantrag

Ändere den 9. Satz zu: Wir verurteilen des Weiteren die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen Israels gegen das palästinensische Volk, welches unter Terror, Unterdrückung, öffentlicher Instrumentalisierung und Missbrauch als menschlicher Schutzschild der Hamas sowie unter Israels Kriegsführung leidet.

Ändere den 12. Satz zu: Die Kritik an der Kriegsführung aus der israelischen Gesellschaft, die Meinungsverschiedenheiten des Kriegskabinetts sowie die Konflikte zwischen Regierung und Militär zeigen, dass die Bevölkerung nicht geschlossen hinter dem Kurs der Regierung steht. **von den Antragsstellenden angenommen**

Liam Morison Gagelmann: GO-Antrag auf Überführung in die 3. Lesung

Zeitmangel **Der GO-Antrag ist ohne Gegenrede angenommen.**

Lena K.: Gibt es Gegenrede? Das ist nicht der Fall. Dann wird es jetzt in die dritte Lesung überführt. Wir befinden uns jetzt in der dritten Lesung. Gibt es Diskussionsbedarf? Ihr hättet noch. Ja, Michael.

Michael: Könnt ihr mal sagen, was der weiße Rauch ergeben hat?

Valentin Voigtland: Es gab zwei Änderungseinträge. Einen, den Liam gestellt hat. Da ging es darum, dass auch noch erwähnt wird, dass auch die palästinensische Bevölkerung unter Hamas leiden. Im Großen und Ganzen, der ist durch übernommen worden. Und es wurde eben sehr viel kritisiert, dass sich auf das Selbstverteidigungsrecht bezogen wurde. Und auch ein wenig, dass der Satz mit den Opfern auf israelischer Seite am 7. Oktober das Ganze in den Kontext des Nationalsozialismus rückt. Deswegen wurde dieser Satz raus, also dieses Wort nationalsozialistisch rausgenommen. Und wir sprechen nicht mehr vom Selbstverteidigungsrecht, sondern vom humanitären Völkerrecht. Der Antrag kam aus der Ecke. Von Heiko. Beide wurden übernommen, in Einklang mit den Leuten, die die gestellt haben. Danke.

Lena K.: Gibt es noch irgendwelche Fragen? Ihr hättet noch eine Minute Zeit, diese Fragen zu stellen. Das scheint nicht der Fall zu sein, da wir uns jetzt dem Ende der Zeit.

Baran: An die Antragsteller. Seht ihr es kritisch, dass an unserer Universitäten Gruppierungen und Organisationen, Institutionen herrschen, die Waffentechnologie entwickeln oder für Praktika bei Waffenfirmen werben?

Liam: Ich kann da nur für mich selber sprechen. Ich persönlich habe da eine relativ einfache Meinung zu und sehe da wenig Probleme. Aber ich glaube, die Diskussion ist hier viel am Platz. Aber ich glaube auch, dass das die Antragsteller mit Antragstellenden von diesem Antrag sehr anders sehen könnten. Und dementsprechend ist es jetzt nichts, was wir als Antragstellende gemeinsam sehen oder sehen. Ich glaube, wir müssen eine gemeinsame Meinung dazu haben.

Valentin: Ja, ich denke auch, wir müssen das länger diskutieren, nicht in 15 Sekunden. Ich halte das für problematisch.

Julius Kröger: Ich will auch nicht schnell die Diskussion aufmachen, aber ich bin für eine starke Zivilklausel.

Lena K.: Okay, damit wäre die Stunde jetzt für diesen Antrag vorbei. Das heißt, wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir diesen Antrag sofort abstimmen. Ein Ja führt dazu, dass wir diesen Antrag sofort abstimmen. Ein Nein führt dazu, dass dieser Antrag automatisch vertagt wird auf die nächste StuPa-Sitzung. Schön.

Wir stimmen mit (M/R/R) sofort über den Antrag ab.

Der Antrag SP72-A016 wurde mit (25/4/1) angenommen.

Lena K.: Sehr schön. Ich habe im falschen Antrag rumgekrakelt. Das ist ja dumm. Wir kommen zum nächsten Antrag. Wir kommen zum Top 11 3. Das ist der Antrag zur Forderung nach Unterstützung zum Schutz der Meinungsfreiheit.

TOP 12.1 Forderung nach Unterstützung zum Schutz der Meinungsfreiheit (Antrag SP72-A017) 00:54 Uhr

Antragsstellende SFP: Jetzt aber. Unser zweiter Antrag. Ich denke mal, ihr habt den schon seit der letzten Sitzung gelesen. Wir sind nicht hier um... Wir sind hier für eine Abstimmung. Wir sind hier für einen Protest gegen den Krieg, als Protest gegen die Haltung der Universität. Und dafür kämpfen wir. Und das Recht, zu protestieren, ist im deutschen Gesetz geschützt. Daran ist auch die Universität gebunden. Vor allem als staatliche Einrichtung. Was die Universität macht, ist das genaue Gegenteil. Sie versucht, uns auszuhebeln. Sie setzt Wärmebildkameras ein, in der Nacht von unseren schlafenden Campern, um damit uns irgendetwas zu konstruieren gegenüber der Polizei. Damit hat die Universität keinen Erfolg gehabt. Ihr Eilantrag auf die Beendigung unseres Protestcamps wurde belächelt vom Richter. Es wurden eine Menge Gelder verschwendet für Anwälte, die eigentlich den Studierenden hätten zustehen sollen. Unsere Forderung ist, dass das Studierendenparlament und das Rektorat dazu auffordert, in das Gespräch zu kommen und uns keine Steine in den Weg zu legen. Die Universität macht das Gegenteil.

Julius K.: Grundsätzlich war ich dem Antrag relativ offen. Ich finde auch, dass es nicht okay ist, dass die Hochschule das macht. Aber ich habe ein paar Kritikpunkte an dem Antrag. Einmal finde ich den Namen des Antrages relativ frech. Dann ist mir nicht klar, ob wir uns als Studierendenschaft in einem juristischen Prozess zwischen zwei anderen Parteien einmischen sollten. Und zum Dritten finde ich es sehr, sehr kritisch, dass wenn wir Anträge annehmen von Personen, die die Hamas nicht als Terrororganisation anerkennen.

Antragsstellende: Dein zweiter Punkt war, du möchtest wissen, wo Gelder hingehen.

Julius K.: Nein, ich bin mir nicht sicher, ob die Studierendenschaft sich in juristische Angelegenheiten zwischen zwei anderen Parteien einmischen sollte.

Antragsstellende: Zwischen den Parteien, welche Mitstudierende sind und dein Rektorat. Da geht es dich nichts an, auch nicht als Studierendenparlamentsmitglied.

Antragsstellende: Dafür ist doch das Studierendenparlament da, für die Bedürfnisse der Studierenden.

Julius K.: Ja, aber ich glaube, das ist hier zum einen nicht der richtige Raum, um juristische Angelegenheiten zu besprechen. Das merken wir hier immer sehr oft. Und ich finde schon, dass es etwas anderes ist, weil es geht mir nicht... Natürlich ist die Meinungsfreiheit und freier Protest wichtig, und das muss man auch anerkennen, aber trotzdem komisch, dass wenn sich die Studierendenschaft sich da irgendwie positioniert. Das macht mir Bauchschmerzen.

Antragsstellende: Ich würde gerne auf die vielen und aufeinanderfolgenden Angriffe hinweisen, gegen Protestcamps an Universitäten, gegen Studenten, die sich für Palästinenser einsetzen. Das ist ein neues und sehr gefährliches Phänomen, was dadurch befeuert wird, dass diese Camps stehen gelassen werden, und in der Gegenschaft sind zu der Universität. Und genau das ist es, was diese Angriffe ihr Feuer verleiht.

Julius K.: Also ich kann mich jetzt nicht hier zum Angriff auf anderen Campussen äußern. Da weiß ich zu wenig von.

Julius K.: Also ich würde sagen, wir beschränken uns als Studierendenparlament der RWTH Aachen auf die Gebiete der RWTH Aachen. Und wenn da eine Brandstiftung oder bei euch im Campus sind, dann würden wir uns natürlich auch dazu äußern. Aber ich finde, das ist jetzt nicht genug, damit wir uns in einen juristischen Prozess als Studierendenschaft so einmischen.

Antragsstellende: Es ist keine Meinung. Es ist kein Studierendeprozess, in dem wir darum bitten, sich einzumischen, weil der Prozess ist schon vorbei vor zwei Monaten. Warum wir bitten, ist eine Positionierung des Studierendenparlaments in den Konflikt zwischen uns Studierenden und dem Rektorat. Und wir und ihr als unsere Kommilitonen von euch wünschen wir und als Vertretung vor allem wünschen wir uns ein wenig Anteilnahme, Solidarität zu dem Thema.

Julius K.: Natürlich hat jede legitime und demokratische Proteste meine volle Solidarität. Aber ich glaube, auch bezogen auf eure Kommentare von vorhin, kann man euch nicht als demokratisch demnach beurteilen. Deswegen kann ich das nicht unterstützen.

Aras: Ich würde es tatsächlich nicht so einfach machen. Zunächst einmal zum Titel. Ich finde das gar nicht mal so frech. Wenn jetzt die Hochschulleitung auf die Idee kommt, Personen im Camp zu filmen mit Wärmebildkamera. Und es war ja abends und es hätte ja sein können, vielleicht war es sogar so, dass Menschen eben in diesen Zelten geschlafen haben. Und wenn dann mit Wärmebildkameras gefilmt wird und man in das Innere des Zeltes schauen kann, dann kann man ja durchaus davon sprechen, ich bin kein Jurist, aber man kann ja durchaus davon sprechen, dass vielleicht Persönlichkeitsrechte verletzt werden von diesen Individuen. Es ist schon so, dass in dem Moment, in dem ich die Freiheit anderer Menschen einschränke, indem ich sie beispielsweise abends unbemerkt filme, dass es doch schon ein Eingriff in die Meinungsfreiheit ist. Weil die Menschen sitzen dann, oder zelten ja nicht nur ohne Grund, sondern sie haben da eine klare Position, die sie auch in die Öffentlichkeit tragen. Genau. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Wir sollten die Hochschulleitung in diesem Kontext kritisieren. Das eigentliche Problem ist, ich glaube, dass SFP noch nicht, oder nur beziehungsweise, wie soll ich das sagen, SFP hat momentan meines Erachtens noch problematische Positionen. Und in dem Moment, in dem wir uns mit einer Gruppe solidarisieren, läuft das meist hinaus, dass wir dann auch bis zu einem gewissen Grad hinter dieser Gruppe stehen. Und da ist halt dieser Knackpunkt. Also ich tue mich schwer jetzt, hinter dieser Gruppe zu stehen. Und mir ist natürlich auch bewusst, dass diese Gruppe erst mal ein Camp ist, wo viele verschiedene Menschen

zusammenkommen, die auch nicht alle die gleiche Auffassung vertreten müssen. Aber ich sehe das schon als höchst problematisch an, wenn das Rektorat einfach Leute filmt. Das ist absolut nicht in Ordnung. Wir müssen uns überlegen, wie wir damit umgehen. Denn wenn das jetzt schon bei diesem Nahostkonflikt passiert, dann möchte ich mir nicht ausmalen, was vielleicht auch bei anderen Themen passieren könnte, die vielleicht noch etwas stärker die Hochschule kritisieren. Genau, also solche Dinge sind nicht erlaubt. Ich möchte mich nicht wiederholen, aber wir müssen einen Weg finden, wie wir damit umgehen. Also so etwas einfach zu dulden oder nicht zu tun, ist falsch. Gleichzeitig sollten wir aber auch SFP in diesem Momentum nicht sehr viel Spielraum geben. Wir müssen überlegen, wie wir als Parlamentarier uns dazu äußern. Genau, das ist so meine Auffassung dazu. Und es gab auch Angriffe hier auf das Camp in Aachen. Das möchte ich auch klar betonen. Es gab einmal eine Farbattacke. Es ist also durchaus so, unabhängig davon, dass die höchst problematische Position teilweise vertreten, dass sie auch teilweise angegriffen werden. Und das muss man auch klar benennen können. Ich würde mir wünschen, wenn der AStA, auch wenn er jetzt zum größten Teil nur noch kommissarisch im Amt ist, sich noch mal mit dem Rektor austauscht und sehr klar zum Ausdruck bringt, dass so etwas nicht in Ordnung ist. Und das haben ja auch juristische Personen schon getan. Und ich würde auch gerne wissen, wie man sicherstellen kann, dass so etwas nicht noch einmal passiert. Und wenn so etwas noch einmal passiert, was es für Konsequenzen auch für das Rektorat geben könnte. Also, dass man beispielsweise die Unterstützung für das Rektorat entzieht. Also, dass man sehr offen sagt, dass man dieses Rektorat nicht mehr unterstützt. Genau, also es muss etwas geben. Vielleicht können ja Menschen vom AStA was dazu sagen.



Michael Benjamin Dappen: GO-Antrag auf Sofortige Abstimmung

Michael: Ich bin nicht der Auffassung, also ich will hier keine juristische Aussage treffen zu dem Fall. Wenn ihr das anders seht, könnt ihr dagegen stimmen. Aber ich glaube auch, dass ihr alle nicht qualifiziert dafür seid.

Gegenrede von Liam: Das sind sehr schwere Vorwürfe und wir müssen darüber reden.

Der GO Antrag ist mit (9/7/2) angenommen .

Die Auszählung wird angezweifelt.

Der GO Antrag wird nach dem zweiten mal auszählen mit (9/13/7) abgelehnt.

Liam: Folgendermaßen, Aras, du hast vorhin gesagt, es ist eventuell eine Möglichkeit, dass es eine Persönlichkeitsrechtseinschränkung gibt. Wenn es tatsächlich so ist, und es scheint ja so zu sein, dass selbst im Senat darüber anerkannt gesprochen wurde, dass Studierende der RWTH oder Leute auf einem genehmigten Camp mit Wärmebildkameras zu späten Uhrzeiten beobachtet werden, dann ist es nicht vielleicht eine Persönlichkeitsrechtseinschränkung, sondern ganz klar eine Persönlichkeitsrechtseinschränkung. Aber ich würde an der Stelle noch differenzieren. Es ist definitiv keine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Hier wird die Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt. Das ist die Versammlungsfreiheit, die, wenn, eingeschränkt wird. Oder man kann sich auf andere Persönlichkeitsrechte beziehen. Aber ich finde, Meinungsfreiheit ist wirklich fehl am Platz als Begriff. Zeitgleich ist für mich die Frage, was das Studierendenparlament jetzt konkret tun soll. Weil ich sehe nicht, dass wir uns in einen juristisch sehr schwierigen Fall jetzt konkret einmischen, indem wir. Ich sehe nicht, dass wir in einem juristisch schwierigen Fall einfach so mal einsteigen sollten und das Studierendenparlament da jetzt eine Position ergreifen sollte. Wir sollten uns viel mehr Gedanken machen, was für Regelungen gibt es da? Ich meine auch nicht, dass wir auf dieser Sitzung etwas beschließen sollten dazu. Aber was gibt es da für Regelungen zu? Und wie kann man systematisch Machtmissbrauch der Hochschule dort verhindern? Die Frage an euch, gibt es da gerade ein laufendes Gerichtsverfahren zu? Gibt es da rechtliche Schritte, die gerade ergriffen werden schon von den Seiten der Leute, die ihre Rechte eingeschränkt sehen? Oder ist das geplant oder gar nicht?

Antragsstellende: Also gerade passiert nichts. Und die Klage selber wurde im Gericht zurückgenommen von der RWTH auf Empfehlung vom Richter.

Liam: Ich meine die Klage, ich meine, ob es juristische Schritte gibt.

Liam: Okay, gut. Wir können natürlich niemandem das verbieten oder dazu raten.

Antragsstellende: Sollen wir vielleicht noch mal unseren Antrag vorlesen, damit alle wissen, was genau gefordert wird und so was? Oder ich kann den letzten Absatz...

Liam: Von mir aus nicht, aber ich habe jetzt nichts mehr zu sagen. Deswegen ist auch meine Redezeit entweder an euch spendiert oder wie das Präsidium entscheidet, passiert damit.

Lena K.: Ihr seid Antragsteller, ihr könnt immer reden. Also wenn ihr es gerne noch mal vorlesen wollt, könnt ihr das gerne tun. Ansonsten würde ich Heiko dran nehmen. Möchtet ihr es vorlesen?

Lena K.: Ich werde das mal als Ja.

Antragsstellende: Also was gefordert wird, dass ihr euch beim Rektorat dafür einsetzt, dass das Rektorat mit uns einen Dialog sucht und halt, dass es verurteilt wird, dass unsere Privatsphäre da so in unsere Privatsphäre eingegriffen wird. Also der Dialog, damit wir das effizient behandeln können und regeln können, statt darauf zurückgreifen zu müssen, dass die denken, sie müssten uns ausspionieren.

Liam: Ich wünschte, ich hätte meine Rede nicht beendet.

Heiko: Ja, ich möchte noch mal kurz zum Ausdruck bringen, dass es eigentlich sehr beschämend ist, was überhaupt das Rektorat hier gemacht hat. Und ich frage mich wirklich, wie es zu sowas, also wie Leute auf so eine Idee kommen, sowas überhaupt zu machen. Und ich glaube, man kann eigentlich schon von der Studierendenvertretung, und da zähle ich jetzt uns auch als Parlament zu, kann man schon

erwarten, dass man sich dazu positioniert und auch dem Rektorat, den Leuten, die das irgendwie gemacht haben, die das entschieden haben, denen sagt, dass sowas nicht geht und dass da klar Gegenwind kommt. Und ob mir jetzt die Meinungen von Leuten passen oder nicht, sowas geht einfach nicht. Und ich würde, selbst wenn der RCDS vom Hauptgebäude campen würde, dem Rektorat gerne auch sagen, dass es nicht geht.

Jos: Ja, halo, ich bin auch schon sehr müde, ich versuche mich kurz zu fassen. Drei Sachen. Einerseits habe ich nicht ganz verstanden, dass ihr, also ihr wollt nach den Gesetzen handeln, euch auf Recht berufen, aber dann kritisiert ihr, dass die RWTH ihr Recht nutzt. Also ich verstehe das nicht ganz, aber ist auch, also gut, ihr könnt das auch im StuPa machen. Dann eine Sache, weil das würde mich interessieren, ich bin ganz ehrlich in dem Thema nicht drin. Ich habe nur gehört, dass es eine außergerichtliche Einigung gab, wo halt auch so ein paar Kriterien es gab, zum Beispiel, dass keine Megafone benutzt werden dürfen. Dann habe ich auch von anderen Leuten gehört, dass das getan wurde, dann auch wieder nicht. Was da jetzt der Fall ist, dazu da auch gleich, ich habe gehört, dass wir in der Klausurenphase keine benutzt wurden. Das finde ich gut, also da wollte ich euch nur danken, dass ihr da Rücksicht nehmt. Und die letzte Sache noch. Ja, ich glaube, es hätte mehr Gesprächsbereitschaft vom Rektorat gegeben, wenn man halt die nicht aufgenommen hätte beim ersten Gespräch. Das kommt halt nicht so gut an. Ich glaube, kein Endvorstell würde auch was davon erzählen, dass man nicht die Hand, die einem zuhört, irgendwie beißen sollte. Aber das ist halt meine eigentliche Frage, was genau ist abgelaufen, gab es so Kriterien? Weil, wie gesagt, wie mir erzählt wurde, ist es so, ihr dürft da bleiben alles, aber es dürfen keine Megafone benutzt werden und es wird nicht irgendwie ausgeweitet. Und das interessiert mich einfach nur.

Antragsstellende: Okay, das ist ein bisschen komplizierter. Das wurde im Gericht geregelt mit einem Richter, aber es kam nicht zu einem Gerichtsverfahren, weil die Anklage zurückgezogen wurde auf Empfehlung des Richters. Aber beide Parteien haben Zugeständnisse gemacht. Wir dürfen vor der Bibliothek keine Megafone benutzen und an unserem jetzigen Standort, wo wir sind, nur in angemessenem Umfang, was natürlich sehr offen für Interpretation ist. Und das mit der Ausweitung hat auch nur mit der Fläche vor der Bibliothek zu tun. Beantwortet das alle Fragen?

Lena K.: Dann ist Andreas dran.

Andreas Mimberg: Hallo. Sehe ich das richtig, dass das Protestcamp offiziell eine Versammlung, schrägstich eine Demonstration ist? Ja, nein? Ja. Sehr schön.

Antragsstellende: Ja. Wir sind angemeldet.

Andreas: Gut, dann, wenn ich mich nicht irre, ist es nach § 23 des KUG völlig rechtmäßig, Foto- und Videoaufnahmen von Demonstrationen zu machen und zu veröffentlichen. Und ich bin noch nicht ganz fertig, damit es einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte einer Person wäre, müsste die Person darauf zu erkennen sein und zwar wirklich zu identifizieren. Auf einem Wärmebild würde ich jetzt nicht erkennen können, ob jetzt, ich sage das mal beispielhaft, ungefähr anhand der Statur, ob da jetzt Aras, Heiko oder Marc auf dem Foto zu sehen ist. Und von daher ist die Person nicht zu erkennen. Außerdem würde ich gerne fragen, inwiefern schränkt so eine Aufnahme denn die Meinungsfreiheit ein?

Antragsstellende: Also das Letzte haben wir nie gesagt. Erstens, ja, das haben wir nie gesagt. Und es ging darum, dass quasi, klar, darf man Aufnahmen von außen machen, aber es ging darum, dass wir in den Zelten fotografiert wurden, was auch ausdrücklich von der Polizei nicht gemacht wird und gesagt wurde, dass das nicht gemacht werden soll von der Universität. Also die Polizei hat das gesagt.

Antragsstellende: Und unser Antrag richtet sich an das Vorgehen der Universität generell, nicht explizit die oder die Sache, sondern dass die Universität Juristen einstellt, Kameraleute, Equipment, mit dem Ziel, unser Versammlungsrecht aufzuheben, das einzuschränken. Warum macht die Universität das? Sie möchte uns daraus schaffen, wie durch diesen Eilantrag an das Landgericht, wo sie dagegen klagt oder fordert, dass unser Camp beendet wird, um es auf den Punkt zu bringen. Das ist das, worum es der Universität geht. Und dafür setzt sie diese Mittel und diese Fotos ein.

Andreas: Inwiefern würde das eine Wärmebildaufnahme jetzt verhindern, dass euer Camp weitergeht?

Antragsstellende: Also die Argumentation der Hochschule war, dass unsere Versammlung unnötig ist, weil eh niemand da schläft oder so was. Deswegen wollten die beweisen, dass eh niemand da schläft. Nur als Side Note, auf den Bildern sind Menschen drauf, also da schlafen auch Leute. Aber das war die Argumentation von der Universität. Aber im Gericht hat das auch gar nicht irgendwie Eindruck gemacht.

Andreas: Das wäre eine valide Argumentation, wenn es stimmen würde.

Antragsstellende: Das ist der Punkt. Es geht darum, was die Universität für ein Ziel hat damit. Nicht um, deshalb habe ich den Faden.

Antragsstellende: Es geht natürlich auch darum, dass wir uns in unserer Privatsphäre angegriffen fühlen. Aber vor allem geht es auch darum, dass sie versucht haben, auch unsere Meinungsfreiheit einzuschränken, also unser Versammlungsrecht einzuschränken mit diesem Eiferfahren. Und um ihre Position zu stützen, haben sie unsere Privatsphäre verletzt.

Andreas: Eine Privatsphäre, die es auf einer Versammlung, einer Demonstration nicht gibt.

Antragsstellende: In den Zelten aber schon, laut der Polizei.

Andreas: Also. Hat die Polizei einen Juraabschluss?

Antragsstellende: Die Polizei hat Anwälte. Du fragst, was haben die Bilder damit zu tun, unsere Meinung einzuschränken. Wie soll die Universität es schaffen, unsere Meinungsfreiheit einzuschränken? Die Universität ist kläglich gescheitert. Und das ist das, was für uns Studierende der RWTH ein wenig peinlich ist. Dass die Universität so weit geht, so viel Mittel einsetzt, für solche dummen Aktionen und sich dann so blamiert vor dem Richter.

2298 Andreas: Das mag sein. Meine Zeit ist vorbei.

2299 Moritz Henkes: Sehr gut, vielen lieben Dank. Und genau darum geht es mir. Ich freue mich, dass wir hier listenübergreifend so nah und so
2300 eng zusammenarbeiten. Und natürlich klar ist, dass wir uns, egal welche Meinungsverschiedenheiten es geben mag, in Fällen solcher Eingriffe
2301 auf jeden Fall miteinander solidarisieren. Es ist unglaublich wichtig, dass wir in diesem Fall davon trennen, was das für ein Camp ist. Es geht
2302 nämlich genau darum, wie die Hochschule damit umgeht. Wir hören schon, es kann durchaus sein, dass es Einschränkungen dabei gibt, wie
2303 stark dieser Eingriff war, weil man vielleicht Einzelleute nicht erkennt. Und trotzdem ist es sehr wichtig, dass wir als Parlament schon feststellen,
2304 dass dieses Vorgehen der Hochschule zu verurteilen ist, weil wir eben nicht beachten dürfen, wer da ein Camp einrichtet oder um welche
2305 inhaltliche Forderungen es da geht. Es ist sehr wichtig, dass die Hochschule ein Ort für den freien Austausch bleibt. Man kann sich sicherlich
2306 darüber streiten, welche Form so ein Austausch haben kann, ein Protest haben kann, aber wir müssen darauf achten, dass die Hochschule
2307 hier eine Form findet und einen Umgang damit findet, der uns darin bestärkt, uns politisch, gesellschaftlich und sonst wie einzubringen und
2308 zu engagieren. Und dazu gehört ein Protest ganz klar dazu. Danke.

2309



Xenia Lehmann: GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit

2310

2311

2312

2313

Anwesend sind: Moritz Henkes, Liam, Annika Richter, Maike Herrmann, Simon Roß, Alexander Kaltenbacher, Marc Haberland, Michael, Robert Rixen, Julius K., Aras, Simeon Ricking, Yaren Can, Tuna Akyol, Xenia, Ira Lenau, Aaron Dötsch, Andreas, David, Jana Zühlke, Justus Schwarzott, Max Tröger, Wiebke Gütschow

Die Sitzung ist mit 21 Personen nicht mehr Beschlussfähig und wird daher geschlossen.

2314 Lena K. beendet die Sitzung im 01:30 Uhr.

Lena Kertzsch
(Vorsitz)

Marten Schulz
(stellv. Vorsitz)

Alexander Hermesmeier
(Protokollführung)

Wiebke Gütschow
(Protokollführung)

Anlagen:

1. Begriffserklärung
2. SP72-A009 - Antrag auf mehr PI-Stellen für die AV
3. Änderung der Finanzordnung (Ae der AV)
4. SP72-A013 - Änderung der FSZOO
5. SP71-A054 - Änderung der Satzung (Einführung der Möglichkeit einer Geschäftsordnung für das Gleichstellungsprojekt)
6. Antrag zur Änderung der Vertretungsregelung Finanzreferent*in
7. SP72-A022 - Änderung der Finanzordnung (Anpassung der Aes)
8. Resolution zur Positionierung des Studierendenparlaments der RWTH Aachen zum Israel-Palästina-Konflikt

Begriffserklärung

Begriff	Erklärung
GO	Geschäftsordnung
SP	Studierendenparlament

Marten Schulz
c/o AStA der RWTH
Pontwall 3
52062 Aachen
marten.schulz@rwth-aachen.de
27.06.2024

Präsidium des Studierendenparlaments
c/o AStA der RWTH Aachen
Pontwall 3
52062 Aachen

Antrag auf mehr PL Stellen für die PL-Stellen der AV

Liebes Präsidium,
Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

wir beantragen, dass die Stellen für die PL-Stellen der AV von 3,5 auf 5 erhöht. Damit steigen auch die Kosten pro Semester um 4432 € auf 14775 € oder auf das Jahr eine Mehrbelastung von 8864 € auf eine Gesamtsumme von 29550,00€ für die Pls für der AV.

Begründung:

Teil des aktuellen Nachtragshaushalts ist unter anderem die Einführung von 5 weiteren PL Stellen verteilt auf die Institutionen der Studierendenschaft. Da eine Stunde für die Beratung dieser Punkte nicht ausreicht wollen wir für diese weitreichende Entscheidung einen Antrag für jede diese Stellen vorher zur Besprechung geben.

Eine Begründung der AV folgt.

Viele Grüße
Marten Schulz

Studierendenschaft der RWTH Aachen
Studierendenparlament
z.Hd. SP-Präsidium
Pontwall 3
52062 Aachen

**Ausländerinnen- und
Ausländervertretung**
Representation of Foreign
Students

Lal SoneI
Referentin
lsonel@av.rwth-aachen.de

Pontstraße 41
52062 Aachen
GERMANY

+49 241 80-99153
av@av.rwth-aachen.de

Antrag auf Anpassung der Finanzordnung zu Aufwandentschädigungen

Liebes Präsidium,
liebe Mitglieder des Studierendenparlamentes,

das Studierendenparlament möge beschließen:

Ändere in § 54 Absatz 2 die dreizehnte Tabellenzeile wie folgt:

Amt	Maximale Aufwandsentschädigung in BAföG-Höchstsat	Anmerkungen
[...]	[...]	[...]
Die Referentin bzw. der Referent und die stellvertretende Referentin bzw. der stellvertretende Referent für die ausländischen Studierenden	Je 67 Prozent pro Monat	

Hinweis: Die Änderungen sind fett hervorgehoben. Der Beschluss bezieht sich lediglich auf den Text; die Formatierung wird nicht beschlossen.

Begründung:

Die Arbeit innerhalb der AV trägt maßgeblich zur Förderung eines inklusiven und vielfältigen Umfelds an der Universität bei, insbesondere für internationale Studierende.

Es ist zu bemerken, dass der Umfang der Tätigkeiten innerhalb des Teams erheblich angestiegen ist, was zu einem höheren Maß an Engagement und Einsatz führt. Wir führen täglich Beratungen per E-Mail durch und bieten bis zu zweimal wöchentlich persönliche Beratungen an. Darüber hinaus besteht

eine aktive Beteiligung an relevanten Terminen, wie beispielsweise IDEALiS-tiC, regelmäßigen Treffen mit dem Rektor und Runder Tisch.

Besonders ausschlaggebend ist die Zunahme der Anzahl von Veranstaltungen über die vergangenen Semester. Diese fördern das studentische Leben, den interkulturellen Austausch und die Integration der Internationals.

In Zukunft möchten wir unser Angebot weiter ausbauen. Dazu planen wir verschiedene Kurse wie z.B. Deutschkurse sowie Kooperationen mit verschiedenen Fachschaften, aber auch Seminare wie z.B. HiWi Seminar in Kooperation mit BSHK und TVStud PL und auch Seminare für Visum, Aufenthaltsgenehmigung, Online-Informationsseminare für internationale Studieninteressierte usw.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es erforderlich, eine Überprüfung der aktuellen Aufwandsentschädigung vorzunehmen, um den gestiegenen Aufwand, das Engagement und den wachsenden Beitrag adäquat anzuerkennen. Eine Anpassung würde dazu beitragen, das Engagement aufrechtzuerhalten und den kontinuierlichen Erfolg der AV sowie den Ausbau unseres Angebots zu unterstützen.

Viele Grüße

Lal Sonel



Allgemeiner
Studierenden-
ausschuss

RWTHAACHEN
UNIVERSITY

AStA der RWTH Aachen | Pontwall 3 | 52062 Aachen | GERMANY

060010

Präsidium des Studierendenparlaments
Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)
Pontwall 3
52062 Aachen

**Allgemeiner
Studierendenausschuss**
Students' Union Executive Board

Marten Schulz
Projektleitung für die
Überarbeitung von Satzungen
und Ordnungen der
Studierendenschaft

Pontwall 3
52062 Aachen
GERMANY

Änderungsantrag zur FSZOO (Wirtschaftsmathematik)

Liebes Präsidium des Studierendenparlamentes,
liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

Telefon: +49 241 80-93792

mschulz@asta.rwth-aachen.de

Das Studierendenparlament möge folgende Ergänzung in § 4 der Fachschafts-
zuordnungsordnung (FSZOO) in der 1. Tabelle beschließen:

Mein Zeichen: ms
03.07.2024

Studienfach	Fachschaft
...	...
B.Sc. Wirtschaftsmathematik	1/1
M.Sc. Management Science and Mathematics	8
B.Sc. Mensch-Technik-Interaktion und -Kommunikation	7/3
M.Sc. Mensch-Technik-Interaktion und -Kommunikation	7/3

Begründung Wirtschaftsmathematik:

Der Studiengang ist neu, Fakultäts- bzw. fachgruppenübergreifend und noch
nicht zugeordnet.

Begründung Mensch-Technik-Interaktion und -Kommunikation:

MTIK ist der durch Akkreditierungsänderungen und Umbenennung als neuer
Studiengang entstandene Nachfolger von Technik-Kommunikation, der be-
reits der Fachschaft 7/3 zugeordnet war.

Viele Grüße

Marten Schulz

USt-Identifikationsnummer
DE 121 689 823

Steuernummer
201/5930/5005

Studierendenschaft der RWTH Aachen
Sparkasse Aachen
Konto 16 00 11 33
BLZ 390 500 00
SWIFT-BIC: AACSD33XXX
IBAN: DE91 3905 0000 0016 0011 33

Antrag „Einführung der Möglichkeit einer Geschäftsordnung für das Gleichstellungsprojekt in der Satzung der Studierendenschaft der RWTH“

Sehr geehrte Parlamentarier*innen,

hiermit beantrage ich den § 41a zwischen den § 41 und § 41a einfügen und die folgenden § mit 41b etc. fortzusetzen. Der neue § 41 soll lauten:

„Geschäftsordnung des GSP

Das SP kann mit absoluter Mehrheit auf Vorschlag eines Mitgliedes des GSP oder in Ausnahmefällen der GSK eine Geschäftsordnung beschließen. Die Geschäftsordnung trifft insbesondere Regelungen über die Arbeit des Gleichstellungsprojekt und ihrer zugeordneten Angehörigen und Mitgliedern.“

Begründung:

Das Studierendenparlament diskutiert seit längerem über eine mögliche Einführung einer Geschäftsordnung für das GSP.

Damit diese eingeführt werden kann muss diese Möglichkeit in der Satzung geschaffen werden. Dieser Antrag ist ein erster Aufschlag für eine mögliche Formulierung, um die Einführung einer GO zu ermöglichen. Der Antragstext basiert auf der Formulierung/den Paragraphen zur AStA GO.

Die vorschlagenden Personen sind bewusst weit gewählt aus zwei Gründen. Einerseits als Diskussionsgrundlage, andererseits aber auch als mein Vorschlag den ich gerne mündlich ausführlich berichten kann. Hier eine kurze Erläuterung:

Ich sehe das GSP und seine Mitglieder als gesetzt ähnlich wie beim AStA der Vorsitz; die GSK sehe ich vor allem in Ausnahmesituation oder als Entlastungsmöglichkeiten.

Mit besten Grüßen



Marc Gschlössl

Studierendenschaft der RWTH Aachen
Studierendenparlament
z.Hd. SP-Präsidium
Pontwall 3
52062 Aachen

**Allgemeiner
Studierendenausschuss**
Students' Union
Executive Board

Marco Leonhardt
Finanzreferent

Pontwall 3
52062 Aachen
GERMANY

finanzen@asta.rwth-aachen.de

Mein Zeichen: ml
29.06.2024

Ust-Identifikationsnummer
DE 121 689 823

Studierendenschaft der RWTH Aachen
K.d.ö.R.
Sparkasse Aachen
Konto: 16 00 11 33
BLZ: 390 500 00
SWIFT-BIC: AACSD33XXX
IBAN: DE91 3905 0000 0016 0011 33

Antrag auf Anpassung von Satzung und Ordnungen – Finanzreferent*in

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,
das Studierendenparlament möge Folgendes beschließen:

Ändere § 47 der Finanzordnung zu:

§ 47

Beauftragung von Vertreterinnen und Vertretern der Finanzreferentin bzw. des Finanzreferenten

- (1) Die Finanzreferentin bzw. der Finanzreferent kann im Rahmen einer geordneten und jederzeit übersichtlichen Wirtschaftsführung weitere Mitglieder und Angehörige des AStA gemäß § 19 Abs. 1 Ziffern 2, 4 und 5 der Satzung der Studierendenschaft mit der Wahrnehmung einzelner Befugnisse schriftlich beauftragen. Hierunter fällt auch das Unterzeichnen von Kassenanordnungen. Beauftragte Personen dürfen nicht zugleich für die Konten der Studierendenschaft zeichnungsberechtigt sein.*
- (2) Die Bevollmächtigung hat schriftlich zu erfolgen und ist von der Finanzreferentin bzw. dem Finanzreferenten, der bevollmächtigten Person und von der bzw. dem Vorsitzenden des AStA oder der bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden gegenzuzeichnen. Sie muss zu den Akten genommen sowie dem Haushaltsausschuss angezeigt werden.*
- (3) Die Bevollmächtigung endet*
 - 1. unmittelbar durch schriftlichen Widerruf durch eine der unterzeichnenden Personen*
 - 2. nach Ablauf einer bei der Unterzeichnung gesetzten Frist,*
 - 3. mit dem Ende der Amtszeit im AStA von einer der unterzeichnenden Personen,*
 - 4. durch Verlust der Geschäftsfähigkeit.*
- (4) Die bevollmächtigte Person ist für ihre Handlungen selbstverantwortlich.*

Änderungsdarstellung Finanzordnung:

§ 47

Bevollmächtigung von Vertreterinnen und Vertretern der Finanzreferentin bzw. des Finanzreferenten

- (1) Die Finanzreferentin bzw. ~~der~~ Finanzreferent kann im Rahmen einer geordneten und jederzeit übersichtlichen Wirtschaftsführung weitere Mitglieder ~~und Angehörige~~ des AStA gemäß § 19 Abs. 1 Ziffern 2 ~~und 4 und 5~~ der Satzung der Studierendenschaft mit der Wahrnehmung einzelner Befugnisse schriftlich beauftragen. Hierunter fällt auch das Unterzeichnen von Kassenanordnungen. ~~Die Bevollmächtigung von mehr als einer Person für eine Aufgabe zur selben Zeit ist nicht zulässig.~~ Bevollmächtigte Personen dürfen nicht zugleich für die Konten der Studierendenschaft zeichnungsberechtigt sein.
- (2) Die Bevollmächtigung hat schriftlich zu erfolgen und ist von ~~der Finanzreferentin bzw. dem Finanzreferenten~~, der bevollmächtigten Person und von der bzw. dem Vorsitzenden des AStA oder der bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden gegenzuzeichnen und zu den Akten zu nehmen sowie dem Haushaltsausschuss anzuzeigen.
- (3) Die Bevollmächtigung endet
 1. unmittelbar durch schriftlichen Widerruf durch ~~die Finanzreferentin bzw. den Finanzreferenten~~ eine der unterzeichnenden Personen,
 2. nach Ablauf einer ~~von der Finanzreferentin bzw. dem Finanzreferenten bei der Unterzeichnung~~ gesetzten Frist,
 3. mit dem Ende der Amtszeit im AStA von einer der unterzeichnenden Personen ~~Verlust des Status als Mitglied des AStA~~,
 4. ~~mit dem Ende der Amtszeit der Finanzreferentin bzw. des Finanzreferenten,~~
 5. durch Verlust der Geschäftsfähigkeit.
- (4) Die ~~Finanzreferentin bzw. der Finanzreferent~~ bevollmächtigte Person ist für ihre Handlungen ~~der bevollmächtigten Person~~ selbstverantwortlich.

Begründung:

Die aktuelle Regelung mit den einhergehenden Amtsverpflichtungen und Verantwortlichkeiten sind für eine Person kaum gut und für die Person in einem gesunden Maße zu erfüllen. Die Vertretungsregelung (§ 47 der Finanzordnung) zeigt sich ebenfalls in mehreren Punkten als untauglich.

Grundlage ist die Beauftragung nach § 7 HWVO NRW:

https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=0&bes_id=8184&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=557811

Die Delegation von Aufgaben an Projektleitende funktioniert leider nur begrenzt, da im Finanzreferat für sehr viele Angelegenheiten die Berechtigungen und Verantwortlichkeiten bei der*dem Referent*in liegt. Eine Bevollmächtigung ist in unserem Fall aktuell nur an andere AStA-Mitglieder möglich. Diese sind allerdings mit der Leitung ihrer Referate ausgelastet.

Sie sind nicht in die Geschäfte des Finanzreferates eingearbeitet und können die verantwortliche Person für Finanzen dementsprechend nicht gut vertreten.

Daher sollte die Vertretungsregelung, wie auch bereits im Sozialreferat angepasst (vgl. Sozialordnung), für Projektleitende geöffnet werden, damit sich die Aufgaben besser geteilt werden können und die*der Finanzreferent*in (bspw. im Krankheitsfall) entsprechend auch gut vertreten werden kann von Personen, die mit den Angelegenheiten vertraut sind. Weiterhin soll die bevollmächtigte auch für Handeln verantwortlich sein, da die aktuelle Regelung dazu führt, dass keine Aufgaben abgegeben werden, wenn die vollständige Verantwortung weiterhin bei dem*der Referent*in liegt.

Ich freue mich über Eure Unterstützung für die Überarbeitung der Regelung.

Liebe Grüße

Marco Leonhardt
Finanzreferent

Studierendenschaft der RWTH Aachen
Studierendenparlament
z.Hd. SP-Präsidium
Pontwall 3
52062 Aachen

**Allgemeiner
Studierendenausschuss**
Students' Union
Executive Board

Simon Roß
Vorsitzender

Pontwall 3
52062 Aachen
GERMANY

Antrag auf Anpassung der Finanzordnung zu Aufwandentschädigungen

vorsitz@asta.rwth-aachen.de

Liebes Präsidium, liebe Mitglieder des Studierendenparlamentes,

Mein Zeichen: sro
18.07.2024

das Studierendenparlament möge beschließen:

Ust-Identifikationsnummer
DE 121 689 823

Ändere § 54 Absatz 1 der Finanzordnung zu:

Studierendenschaft der RWTH Aachen
K.d.ö.R.
Sparkasse Aachen
Konto: 16 00 11 33
BLZ: 390 500 00
SWIFT-BIC: AACSD33XXX
IBAN: DE91 3905 0000 0016 0011 33

*Mitgliedern der Studierendenschaft, die sich in derart erheblichem Maße zeitlich für die Belange der Studierendenschaft betätigen, dass das Verfolgen des Studiums oder einer dem Unterhaltserwerb dienenden Nebenbeschäftigung eingeschränkt ist, kann seitens der Studierendenschaft eine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt werden. Diese darf **in der Regel** in ihrer Höhe den Bedarfssatz gemäß § 13 Abs. 1 Ziffer 2 und § 13 Abs. 2 Ziffer 2 des Bundesausbildungs-förderungsgesetz (BAföG) zuzüglich der Erhöhung des Bedarfs nach § 13a Abs. 1 und § 14b Abs. 1 des BAföG nicht übersteigen (Höchstsat). Die Gewährung der Zuschläge nach § 13a Abs. 1 und § 14b Abs. 1 des BAföG erfolgt anhand der Kriterien des BAföG.*

Ändere in § 54 Absatz 2 die zweite Tabellenzeile wie folgt und füge am Tabellenende zwei weitere Zeilen ein:

Amt	Maximale Aufwandsentschädigung in BAföG-Höchstsat	Anmerkungen
Mitglieder des AStA	Je 1 pro Monat zuzüglich pro Monat des Betrags, der der Geringfügigkeitsgrenze nach § 8 Absatz 1a SGB IV entspricht.	
[...]	[...]	[...]

(Stellv.) Gruppensprecherin bzw. Gruppensprecher der Studierenden im Senat der RWTH Aachen	Insgesamt 1 pro Monat	Die Verteilung der Aufwandsentschädigung erfolgt durch die Gruppensprecherin bzw. den Gruppensprecher der Gruppe der Studierenden im Senat der RWTH Aachen nach den Vorgaben des Abs. 1. Bei Widerspruch der stellv. Gruppensprecherin bzw. des stellv. Gruppensprechers gegen diese Verteilung entscheiden die studentischen Mitglieder im Senat.
Mitglieder der Fachschaftsräte	Je maximal 67 Prozent pro Monat	Näheres regelt die die Fachschaftsrahmenordnung

Die Regelungen nach § 54 Absatz 2 zur Aufwandsentschädigung der Gruppensprecherin bzw. dem Gruppensprecher und der stellvertretende Gruppensprecherin bzw. dem stellvertretender Gruppensprechers der Gruppe der Studierenden im Senat tritt zum 01.10.2024 in Kraft beziehungsweise kommt frühestens dann zur Anwendung.

Füge nach § 13 in der Fachschaftsrahmenordnung folgenden neuen Paragraphen hinzu und nummeriere die nachfolgenden neu:

§ 14 Aufwandsentschädigungen

- (1) Die jeweilige Fachschaftsordnung kann eine Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Fachschaftsrates vorsehen.
- (2) Der monatliche Maximalbetrag pro Person richtet sich nach § 54 der Finanzordnung. Weiterhin darf die Summe der monatlich gezahlten Aufwandsentschädigungen nicht ein Sechstel der aktuellen Selbstbewirtschaftungsmittel der Fachschaft nach § 29 der Satzung der Studierendenschaft überschreiten. Bereits abgerufene Mittel können nicht als Aufwandsentschädigung ausgezahlt werden.
- (3) Die Auszahlung und Verwaltung erfolgt durch den AStA. Die Höhe der Aufwandsentschädigung sowie die notwendigen Unterlagen inklusive der Wahlprotokolle sind von der Geschäftsführung der Fachschaft dem Finanzreferat des AStA für den jeweiligen Monat jeweils bis zum ersten Tag des betreffenden Monats zu übermitteln.
- (4) Die Aufwandsentschädigungen inklusive anfallender Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge werden von den Selbstbewirtschaftungsmitteln der jeweiligen Fachschaft abgezogen.

Hinweis: Die Änderungen sind fett hervorgehoben. Der Beschluss bezieht sich lediglich auf den Text; die Formatierung wird nicht beschlossen.

Begründung (aus früheren Anträgen, Ergänzung siehe unten):

Die Studierendenschaft zahlt Aufwandsentschädigungen orientiert am BAföG. Darin sind die entsprechenden Bedarfe für Studierende gesetzlich festgelegt. Im Januar haben wir einen Antrag gestellt, die Aufwandsentschädigung, um die Freibeträge zu erhöhen, welche im BAföG u.a. für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit vorgesehen sind. Der Hintergrund war, dass Studierende, die BAföG erhalten, einen Nebenjob ausüben können und das Einkommen bis zu einer Grenze, die ungefähr der Minijobgrenze entspricht, nicht angerechnet wird.

Wir haben dargelegt, dass neben dem Engagement im AStA, das nicht selten mehr als 40 Stunden pro Woche umfasst, es kaum möglich ist zusätzlich noch einen Nebenjob auszuüben, geschweige denn zu studieren. Die Referent*innen (Mitglieder) des AStA engagieren sich in außerordentlich hohem Maße für die Studierendenschaft und tragen in vielen Fällen eine sehr hohe, persönliche Verantwortung.

Gleichzeitig reicht das BAföG kaum zum Leben (vgl. z.B. [50 Jahre BAföG – kein Grund zu feiern](#)). Wer nicht auf andere Finanzierungsquellen zurückgreifen kann, muss einen Nebenjob aufnehmen, um über die Runden zu kommen. Nach der [Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerk](#) liegt die Erwerbstätigenquote von Studierenden in Nordrhein-Westfalen bei 70 %. Über die Hälfte der erwerbstätigen Studierenden geben an, dass der zusätzliche Nebenjob es zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist; nur 3 von 10 verneinen diese Aussage.

Die Notwendigkeit von zusätzlicher Erwerbstätigkeit stellt eine zusätzliche Belastung dar und hindert Studierende, die z.B. nicht von ihren Eltern unterstützt werden können oder wollen, daran ein Engagement als Referent*in im AStA in Erwägung zu ziehen, da sie es sich schlichtweg finanziell nicht leisten können. Nachfolgen zu finden wird hierdurch zusätzlich erschwert.

Vielfach wurde argumentiert, dass Studierende nicht mehr Geld zum Leben brauchen könnten als das BAföG vorsieht und bei der Ausübung eines Referent*innen-Amtes das BAföG eins zu eins durch die AE ersetzt werden würde. Hierbei wurden weitere wesentliche Punkte außer Acht gelassen:

Die Höhe des BAföGs wird listen- und parteiübergreifend kritisiert und als nicht ausreichend angesehen. Sie liegt unter dem Existenzminimum von 956 Euro pro Monat (für 2024) sowie deutlich unterhalb der Armutsgrenze von 1251 Euro pro Monat. Die nun doch beschlossene Erhöhung des BAföG ändert daran leider nichts und die Chance für eine ausreichende Reform, wie im Koalitionsvertrag der Regierung noch versprochen, wurde vertan.

Wenn AStA-Referent*innen sich beurlauben lassen weil ihr Amt sie zeitlich so herausfordert, dass sie nicht mehr studieren können, entfällt mit der Beurlaubung auch der Kindergeldanspruch für die Erziehungsberechtigten. Nimmt man an, dass ein*e Referent*in vor der Amtszeit im AStA BAföG bezogen hat und von den Erziehungsberechtigten das Kindergeld erhalten hat, und sich während der Amtszeit beurlauben lässt, hat er*sie sogar deutlich weniger Geld zur Verfügung als vorher. Dies ließe sich nur vermeiden, wenn keine Beurlaubung erfolgt. Doch damit wird ein Abschluss in Regelstudienzeit mit dann greifenden etwaigen Vorteil-Regelungen unerreichbar.

Hieraus wurde von Personen argumentiert, dass anstelle des im Januar vorgeschlagenen Freibetrages lediglich ein Zuschlag in Höhe des Kindergeldes gezahlt werden soll. Da jedoch das Kindergeld eine Leistung an die Erziehungsberechtigten ist und je nach Situation auch die Erziehungsberechtigten kein Kindergeld erhalten, weil beispielsweise die Kinder älter sind als 25 Jahre oder von der Anwendung des Steuerfreibetrages Gebrauch gemacht wird, sehen wir Schwierigkeiten in der Argumentation.

Hinzufügend sollte betrachtet werden, dass mit der Beurlaubung auch das Recht auf Erhalt von Bürgergeld vorhanden ist. Der Regelbedarf für eine erwachsene Person beträgt seit dem 01.01.2024 563 €. Die Wohnpauschale für Aachen beträgt 512 € und somit würde monatlich für einen Ein-Person-Haushalt 1.075 € anfallen, wobei nicht zu vergessen ist, dass das Jobcenter in bestimmten Situationen auch andere Sozialleistungen erstattet. Trotz der Anhebung des Bürgergelds wird die Höhe als nicht ausreichend angesehen. Vor allem der Paritätische Wohlfahrtsverband weist daraufhin, dass eine Erhöhung des Bedarfssatzes auf mindestens 813€ monatlich angepasst werden muss, um vor Armut geschützt sein zu können. Nach dieser Ansicht müsste das Bürgergeld 1.325 € betragen. Allein diese Tatsache zeigt, dass das zu niedrig angesehene Bürgergeld als armutsgefährdend eingestuft wird und die jetzige AE nicht annähernd daran anknüpft.

Der nach der Sitzung im April einberufene Ausschuss, der sich mit der Thematik auseinandersetzen sollte, brachte kein Ergebnis. Mit den Betroffenen wurde nicht mehr gesprochen und anstelle das gemeinsam eine Lösung erarbeitet wurde, haben wir den Eindruck, dass es sich im Ergebnis eher um einen AE-Anpassungs-Vermeidungs-Ausschuss gehandelt hat.

Es ist entsetzlich, wie das Thema behandelt wird und wir verurteilen, dass sich viele Personen nicht sachlich mit der Thematik auseinandersetzen, geschweige denn auf unsere Argumente eingehen. Stattdessen wird oft mit Nebelkerzen oder anderen Taktiken versucht vom Thema abzulenken und damit werden die Probleme bewusst missachtet. Beispielhaft ist hier, dass andere Personen, die sich engagieren oder andere Empfänger*innen von Aufwandsentschädigungen genutzt werden, um zu argumentieren, dass eine Anpassung der AE für die AStA-Referent*innen nicht gerechtfertigt sei.

Die Diskussionen nach unserem ersten Vorschlag und auch die späteren Gespräche und Debatten haben gezeigt, dass von vielen die Aufwandsentschädigung eher als Lohn für eine Arbeitsleistung betrachtet wird. Diese Sichtweise steht in Kohärenz dazu, dass nach dem Einkommenssteuerrecht der*die Vorsitzende und die Referent*innen des AStA Arbeitnehmende sind. Das entschied der Bundesfinanzhof im Zuge einer Klage einer Studierendenschaft (siehe BFH/NV 2008, 1929 - VI R 51/05). Als entscheidend sah es der Bundesfinanzhof an, dass die AStA-Mitglieder in einem Dienstverhältnis zur Studierendenschaft stehen. Dieses erwächst daraus, dass sie vom Studierendenparlament gewählt werden und nach HG NRW die Beschlüsse des Studierendenparlaments ausführen und die Geschäfte der laufenden Verwaltung der Studierendenschaft erledigen. AStA-Mitglieder vertreten die Studierendenschaft und sind ihr gegenüber verantwortlich und weisungsgebunden.

Sollte es Personen geben, die eine Erhöhung nicht als gerechtfertigt sehen, möchten wir darauf aufmerksam machen, dass die RWTH bereits seit mindestens drei Jahren auf ihrer Website zu Studieninformationen angibt, dass für ein Studium in Aachen Mindestkosten von etwa 1.100 Euro erforderlich sind [\[Link\]](#).

Am 09.07.24, wurde zudem gemeldet, dass das Berliner Verwaltungsgericht im BAföG-Satz einen Verstoß gegen das Grundgesetz sieht. [\[Link\]](#)

Nach dem Gericht dürfe der BAföG-Bedarfssatz (452 Euro) nicht unter dem Bürgergeld (563 Euro) liegen. Zudem sei es nicht legitim die Wohnungskosten bundesweit pauschal in gleicher Höhe anzusetzen und es müssten stattdessen die durchschnittlichen Wohnungskosten der Studierenden am lokalen Studienort herangezogen werden. Schon letztes Jahr lagen die durchschnittlichen Kosten für ein WG-Zimmer in Aachen bereits bei 410 Euro und damit 50 Euro über der Wohnkostenpauschale von 360 Euro im BAföG. [\[Link\]](#)

Weiterhin sehen wir es als Form der Anerkennung, dass die Studierendenschaft bereit ist ihren gesetzlichen Vertreter*innen für deren Einsatz nicht nur den Betrag zu zahlen, der als Existenzminimum betrachtet wird, sondern die Leistung auch honoriert wird. Es ist eine Form der Wertschätzung den gesellschaftlichen Einsatz für die Studierendenschaft und das hohe Maß an Verantwortung, dass die Personen bereit sind zu übernehmen, sollte auch entsprechend gewürdigt werden. Weniger zu zahlen ist eine Abwertung der Ämter und führt, wie dargelegt dazu, dass es extrem schwierig ist Nachfolgen zu finden.

Ergänzung der Begründung:

Es wurde Kritik daran geäußert, dass die Aufwandsentschädigung der Referent*innen erhöht werden soll während andere, ebenfalls sehr engagierte Studierende (z.B. die Gruppensprecher*innen der Studierenden im Senat sowie Fachschaftler*innen) bislang keine Aufwandsentschädigung erhalten (können).

Für beide wird diese Möglichkeit nun direkt geschaffen. Wichtig zu betonen ist dabei, dass die Fachschaften selbst über ihre Fachschaftsordnungen entscheiden können ob und wenn ja welchen Mitgliedern des Fachschaftsrates eine AE ausgezahlt werden soll. Es ist lediglich die Höhe der AE pro Person begrenzt. Die Finanzierung soll aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln der Fachschaft erfolgen. Diese wurden im letzten Jahr nach langer Zeit verdoppelt, das Studierendenparlament könnte hier weitere Änderungen vornehmen, wenn die Mittel als nicht ausreichend angesehen werden, um hieraus Aufwandsentschädigungen zu finanzieren. Die Auszahlung erfolgt über den AStA genau so wie bereits für alle anderen Stellen der Studierendenschaft, die eine AE erhalten.

Wir hoffen, dass mit der vorgelegten Änderung die Ämter attraktiviert und aufgrund der (höheren) Aufwandsentschädigung die Ämter auch mehr Studierenden zugänglich gemacht werden können, die finanziell nicht gut aufgestellt sind und die sich nicht ohne die Ausübung eines Nebenjobs in diesem Maße für die Studierendenschaft engagieren könnten.

Wir freuen uns auf Eure Unterstützung zum Antrag!

Viele Grüße

Simon Roß
Vorsitzender

Marco Leonhardt
Finanzreferent

Zekiye Kazan
Sozialreferentin
Stellv. Vorsitzende

Valentin Voigtland
valentin.voigtland@rwth-aachen.de
Pontwall 3
52062 Aachen
Deutschland
03.07.2024

Präsidium des Studierendenparlamentes
c/o AStA der RWTH Aachen
Pontwall 3
52062 Aachen

Liebes Präsidium,
Liebe Mitglieder des Studierendenparlamentes,
wir beantragen, dass das Studierendenparlament folgendes beschließen möge:

**Resolution zur Positionierung des Studierendenparlamentes der RWTH Aachen
zum Israel-Palästina-Konflikt**

Beschluss:

Das Studierendenparlament zeigt sich bestürzt über den schrecklichen Krieg im Nahen Osten und trauert um sämtliche zivile Opfer. Wir sprechen allen Studierenden, die von diesem Krieg direkt oder indirekt betroffen sind, unser tiefes Mitgefühl aus. Unsere volle Solidarität gilt insbesondere allen israelischen und palästinensischen Studierenden in Aachen, welche anhaltend großes Leid erfahren. Wir stellen uns entschieden gegen alle Formen von offenem und verstecktem Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus.

Wir verurteilen den Terror, die anhaltenden Geiselnahmen und jegliche Angriffe der extremistischen und antisemitischen Terrororganisation Hamas. Selbiges gilt für sämtliche gegen Israel gerichteten Angriffe des Islamischen Dschihad und der Hisbollah. Der Terrorangriff am 7. Oktober 2023 war ein Akt, der in der Geschichte Israels seit dem Ende des nationalsozialistischen Regimes seinesgleichen sucht. Wir stehen klar zum Selbstverteidigungsrecht Israels im Rahmen des humanitären Völkerrechts.

Wir verurteilen des Weiteren die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen Israels gegen das palästinensische Volk. Die humanitäre Lage im Gaza-Streifen ist entsetzlich und der Schutz der Zivilbevölkerung muss wesentlich besser gewährleistet werden. Auch die seit Jahrzehnten andauernde Siedlungspolitik im Westjordanland und in den letzten Monaten weiter zunehmende Gewalt und Repression gegen die palästinensische Bevölkerung ist inakzeptabel. Das Vorgehen der israelischen Regierung in beiden Gebieten wird auch intern kritisiert und ist nicht unumgänglich, wie die anhaltenden Proteste innerhalb Israels und Meinungsverschiedenheiten im israelischen Kriegskabinett zeigen.

Kriegsverbrechen dürfen in keinem Falle normalisiert, gerechtfertigt oder verharmlost werden. Es gibt auf beiden Seiten des Konfliktes Stimmen, die genau das tun. Ein solches Vorgehen lehnen wir entschieden als diskursverschiebend ab.

Das Studierendenparlament begrüßt demokratische und friedliche Proteste aus der Studierendenschaft auf dem Campus der RWTH Aachen. Das legitime Engagement aus der Studierendenschaft gegen gesellschaftliche Missstände hat eine lange Tradition. In diesem Sinne begrüßen wir respektvolle Diskurse zwischen Studierenden, Studierendeninitiativen und den gewählten studentischen Vertretungen der RWTH Aachen. Wir unterstützen eine kritische Auseinandersetzung mit dem Israel-Palästina-Konflikt.

Wir fordern stärkere diplomatische Bemühungen der deutschen Bundesregierung und anderer Akteur:innen zur Lösung dieses Konfliktes. Gleichzeitig befürworten wir alle weiteren Anstrengungen, die zu einer nachhaltigen und friedlichen Koexistenz zwischen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung beitragen.

Begründung:

Der nach wie vor anhaltende Israel-Palästina-Konflikt und die zunehmende Tragik der dortigen Geschehnisse bewegt auch die Studierenden der RWTH Aachen. Eine konkrete Positionierung der Studierendenschaft bestärkt die anhaltende Solidarität mit den leidtragenden Parteien, schafft Klarheit in der öffentlichen Wahrnehmung und setzt einen wichtigen Rahmen für den weiteren Diskurs an unserer Universität.

Valentin Voigtland (GHG Aachen)

David Hall

Julius Kröger

Liam Gagelmann